Nr. 118 A 60 Morgen-Ausgabe

Berlin

Donnerstag, 11. März 1926 V

Vossische Zeitung

15 Pfennig

Gegründet 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechsmal (Morgen- und Abendblatt vereint. Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder", Sonstige Beilagen: „Recht und Leben" — „Umschau in Technik und Wirtschaft" — „Für Reise und Wanderung" — „Literarische Umschau"

Wöchentlich 1.— Mark, monatlich 4,30 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 30 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 18 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmter Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin. Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Amt Dönhoff 3600—3663, für den Fernverkehr Amt Dönhoff 3686—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Bankett-Besprechungen in Genf

Deutschlands Aufnahme am Freitag

Tagungsschluß Sonntag?

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

jb **Genf**, 10. März

Das Unterkomitee der Aufnahmekommission der Völkerbundsversammlung unter Vorsitz von Chamberlain hat heute nachmittag in einer kurzen Sitzung seinen Bericht für die morgen vormittag zusammentretende Vollkommission fertiggestellt.

Auf Antrag Chamberlains hat das Unterkomitee nach Entgegennahme des kurzen Berichts der ständigen Militärkommission des Völkerbundes beschlossen, von einer besonderen Anhörung eines Mitgliedes der deutschen Delegation zur Aufklärung Abstand zu nehmen, und in seinem Bericht festgestellt, daß der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund keinerlei Hindernisse entgegenstehen.

Die Vollkommission dürfte diesen Bericht morgen vormittag debattelos annehmen und damit ist der Weg zum Eintritt Deutschlands in den Völkerbund frei, vorausgesetzt, daß die heute noch fortzuführenden Besprechungen morgen in Anwesenheit Briands endgültig ein günstiges Resultat ergeben.

Angesichts des glatten Verlaufs der Verhandlungen der Unterkommission nimmt man hier an, daß die Dinge nun doch einen beschleunigten Verlauf nehmen werden. Man glaubt auch aus gewissen Anzeichen darauf schließen zu können, daß die Hauptwiderstände in der Ratsfrage im wesentlichen beseitigt sind und daß die Einzelheiten in den heutigen oder morgigen Besprechungen sich ohne größere Schwierigkeiten werden regeln lassen.

Deshalb nimmt man hier mehr und mehr an, daß die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund in einer Sitzung der Vollversammlung am Freitag, dem 12. März, wird erfolgen können. Es wäre danach möglich, daß der Rat am Sonnabend und vielleicht auch am Sonntag — denn der Völkerbund heiligt leider nicht immer den Sonntag — seine Arbeiten zu Ende bringt.

Diese optimistische Auffassung der Lage sei immerhin unter allem Vorbehalt wiedergegeben, wenngleich wir hinzufügen dürfen, daß ihr ein hoher Grad von Wahrscheinlichkeit innewohnt.

Parteiausschuß gegen das Volksbegehren

Für das Kompromiß in jetziger Form

Gestern nachmittag hat der Parteiausschuß der Deutschen Demokratischen Partei die Stellungnahme der Partei zur Fürstenabfindung und zum Volksbegehren erörtert. Der Parteivorsitzende, Reichsminister a. D. Koch, hielt ein ausführliches Referat, in dem er die wichtigsten Bestimmungen des Kompromiß-Entwurfs und die Vorgeschichte des Kompromisses beleuchtete. Er erklärte, daß angesichts der Tatsache, daß in dem Kompromiß den wichtigsten Forderungen der Demokraten nunmehr Rechnung getragen sei, die Reichstagsfraktion es nicht verantworten könnte, das Gesetz fallen zu lassen.

Der von den Kommunisten und Sozialdemokraten vorgelegte Gesetzentwurf sieht eine entschädigungslose Enteignung der Fürsten und Fürstenhäuser vor und bestimmt die Verwendung der enteigneten Vermögen zu besonderen Zwecken. Das gilt auch für die Vermögen, die unzweifelhaft privater Natur sind. **Zu solchen Grundsätzen kann sich die Deutsche Demokratische Partei nicht bekennen. Außerdem ist es fast aussichtslos, daß, wenn sonst eine vernünftige Regelung vorliegt, sich 20 Millionen Stimmberechtigter für einen solchen Volksentscheid erklären werden.** Die Demokratische Partei vermag nicht zu verantworten, daß um eines Volksentscheides dieser Art willen das jetzt vorliegende Kompromiß zum Scheitern gebracht wird. Die Nichtbeteiligung am Volksbegehren ist für alle Parteien ein wesentlicher Teil der Zustimmung zum Kompromiß. Die Demokratische Partei ist bereit, sich an dem Volksbegehren nicht zu beteiligen, sie erwartet aber auch von den übrigen Parteien, daß sie nunmehr an dem Inhalte des Kompromisses nicht mehr rütteln.

Es ist zu hoffen, daß das Kompromiß in seiner jetzt vorliegenden Form im Reichstage angenommen wird. Auch die Sozialdemokraten werden sich dem gesunden Gedanken dieses Kompromisses nicht verschließen können. **Sollte die Zweidrittel-Mehrheit am Widerstande der Deutschnationalen scheitern, so bleibt immer noch die Möglichkeit, der Deutschen Demokratischen Partei zu empfehlen, sich dann am Volksentscheid zu beteiligen.** In diesem Falle kann auch gehofft werden, daß sich dann auch die Angehörigen der Zentrums-Partei und rechtsgerichtete Kreise am Volksentscheid beteiligen werden. Das kann um so eher angenommen werden, als zum Volksentscheid auf Grund der Beratungen des Reichstages nicht nur das Gesetz auf entschädigungslose Enteignung gestellt werden kann, sondern diesem Volksentscheid kann auch ein verbesserter vom Reichstag formulierter Gesetzentwurf zugrunde gelegt werden, sofern er von einer Reichstagsmehrheit angenommen worden ist.

Die Ausführungen Kochs wurden durch Abg. Freiherrn v. Richthofen ergänzt. Nach einer lebhaften Aussprache, an der sich u. a. Finanzminister Höpker-Aschoff, Senatspräsident Großmann, Justizrat Falk und Senator Dr. Stubmann-Hamburg beteiligten, ein Antrag auf Stimmfreigabe für das Volksbegehren gegen wenige Stimmen abgelehnt. Dagegen wurde einstimmig auf Grund eines Antrages des Vorsitzenden der preußischen Landtagsfraktion, Abg. Falk-Köln, folgende Resolution angenommen:

„Der Parteiausschuß spricht dem Parteivorsitzenden und der Reichstagsfraktion würmsten Dank aus für die unermüdliche und erfolgreiche Tätigkeit, die sie zur Verbesserung des Gesetzentwurfes über die Fürstenabfindung entfaltet haben. Die Volksbewegung, die durch die maßlosen Ansprüche der Fürsten entfesselt wurde, und der sich als erste die Demokraten angenommen haben, hat mit dem heute vorliegenden Gesetzentwurfe zwar nicht alle Ziele erreicht, aber einer erträglichen Regelung die Wege geöffnet.

Der Parteiausschuß stimmt dem Gesetzentwurf der Kompromißparteien zu. Für den Fall jedoch, daß die verfassungsmäßige Mehrheit des Reichstags für den jetzigen Gesetzentwurf infolge Widerstands der Rechten nicht erreicht werden sollte, behält sich der Parteiausschuß die Regelung der Frage durch einen Volksentscheid vor."

Weiterhin wurde ebenfalls einstimmig der Beschluß gefaßt, die Fraktionen des Reichstags und der Landesparlamente zu ersuchen, allen Versuchen der Verwaltungsbehörden zur Erschwerung des Volksbegehrens entgegenzutreten.

Grundsätzliche Zustimmung der Wirtschaftspartei

Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei hat die für Mittwoch abend vorgesehene Fraktionssitzung, in der über die Frage der Fürstenabfindung entschieden werden sollte, abgesagt. Die Fraktion behält sich ihre Stellungnahme bis zum Abschluß der Verhandlungen im Rechtsausschuß vor.

Die Reichstagsfraktion der Wirtschaftlichen Vereinigung hielt am Mittwoch abend nach Schluß der Plenarsitzung eine kurze Fraktionssitzung ab, in der sie dem Kompromiß zur Fürstenabfindung grundsätzlich zustimmt, jedoch ebenfalls ihre endgültige Stellungnahme von dem Verlauf der Verhandlungen im Rechtsausschuß abhängig machte.

*

Den Wortlaut des Gesetzes veröffentlichen wir auf der vierten Seite.

Die Ratsmächte um den Teetisch

England gegen Spanien

Sonderdienst der „Vossischen Zeitung"

bhd **Genf**, 10. März

Mittags gegen ½2 Uhr zeigten sich endlich den kriegsstarken Bataillonen internationaler Journalisten, die in der Vorhalle des Hotels Beau Rivage warteten, die Teilnehmer der Besprechung der Rheinlandpaktmächte, die pünktlich um ½11 Uhr vormittags begonnen hatte, zunächst Paul-Boncour und Loucheur, lebhaft miteinander plaudernd, dann hinter ihnen die übrigen, an der Spitze Dr. Luther und der italienische Senator Scialoja, immer noch den Faden der eben offiziell beendeten Beratung weiterspinnend.

Alle Teilnehmer waren zunächst gleich schweigsam über das Ergebnis der Unterredung. Man erfuhr nur, daß die Verhandlungen nachmittags fortgesetzt werden sollen. Es ließ sich allerdings nicht lange geheim halten, daß es in der Besprechung ziemlich lebhaft zugegangen war und daß, so wenig man äußerlich zu einem abschließenden Ergebnis gekommen ist, doch ein einigermaßen verblüffendes Resultat sich herausgestellt hatte.

Es wird nämlich immer deutlicher, daß in Wirklichkeit bei England sehr erhebliche Gegnerschaft gegen den spanischen Ratssitz besteht, daß aber England sehr geschickt bisher versucht hat, die Verantwortung für seine Stellungnahme gegen Spanien auf Deutschland abzuwälzen. Diese Taktik ist nun durch die kluge Zurückhaltung der deutschen Delegierten durchkreuzt worden, und es scheint, daß dadurch England gezwungen worden ist, Farbe zu bekennen. Jedenfalls soll in der heutigen Unterredung England angedeutet haben, daß es unter Umständen gezwungen sei, eine grundsätzliche Entscheidung der Vollversammlung des Völkerbundes über das ganze Ratsproblem und namentlich über die Vermehrung der Zahl der ständigen Sitze herbeizuführen.

Dr. Luther und Dr. Stresemann haben heute noch einmal erklärt, daß es sich für sie bei der ganzen Ratsfrage überhaupt nicht um ein deutsches Problem handele. Der Völkerbund wäre mit der jetzt bestehenden Schwierigkeit über kurz oder lang ja auch befaßt worden, wenn Deutschland nicht eingetreten wäre, und Deutschland müßte deshalb auch verlangen, daß die Völkerbundmächte die Differenzpunkte, die innerhalb des Völkerbundes auftreten, zunächst unter sich klärten. Im Laufe der Verhandlungen tauchte erneut die Idee auf, daß die Ratsmächte unter Heranziehung Deutschlands und eventuell auch Polens einmal in nichtoffizieller Art die ganzen strittigen Fragen durchsprächen. Die deutsche Delegation lehnte eine Beteiligung auch an solchen Besprechungen mit der erwähnten Begründung ab. Die Folge davon war, daß man sich schließlich dahin einigte, am Nachmittag die Besprechungen in der Weise fortzusetzen, daß die Vertreter der Ratsmächte sich zwanglos zum Tee beim Generalsekretär des Völkerbundes einfinden, um dort einmal unter sich die Situation durchzusprechen. Wenn sich dabei herausstellen sollte (was ja bisher im Gremium der Ratsmächte selbst noch nicht erörtert worden ist), daß der schwedische Einspruch aufrechterhalten wird, so müsse man eben den Versuch machen, die Frage auf andere Weise aus der Welt zu schaffen.

Diese inoffizielle Zusammenkunft begann heute um 5 Uhr im Gebäude des Sekretariats und dauerte volle drei Stunden. Erst um 8 Uhr kamen die Ratsmitglieder die Treppen herunter. Fast alle verweigerten irgendeine Auskunft über das Ergebnis ihrer Unterredung. Paul-Boncour gab folgende Erklärung ab: Die Ratsmitglieder (also nicht Polen) waren heute nachmittag zu einer Art offiziöser Sitzung versammelt, um das Problem der Ratserweiterung zu besprechen. Es hat niemand an der Besprechung teilgenommen als die Mitglieder des Rats. Doch hat diese Besprechung in voller Uebereinstimmung mit den deutschen Delegierten, Dr. Luther und Dr. Stresemann, stattgefunden. Die

Konversation ist noch nicht abgeschlossen. Immerhin sind die Dinge reifer geworden und werden morgen nach der Rückkehr Briands fortgesetzt werden. Er wird ihnen wohl den letzten Anstoß zum guten Abschluß geben.

Außerdem haben aber die deutschen Delegierten heute noch zweimal Gelegenheit, mit den Vertretern der im Rat sitzenden Nationen zusammenzukommen. Zunächst findet heute ein **Diner beim englischen Außenminister Chamberlain** statt, zu welchem bereits am Sonntag die Einladungen ergangen sind. An diesem Diner werden alle Ratsmächte, aber auch der polnische Ministerpräsident und die beiden deutschen Hauptdelegierten teilnehmen. Nach dem Essen auf 9 Uhr abends hat außerdem der **Generalsekretär Sir Eric Drummond zu einem Empfang nach seiner Villa** in der Nähe von Genf eingeladen, bei dem auch die Vorstandsmitglieder der Association Internationale de la Presse — der deutsche Vizepräsident der Association ist Dr. Becker, der Korrespondent der „Vossischen Zeitung" — anwesend sein werden.

Es zweifelt hier niemand daran, daß der heutige Tag die Lösung bringen muß. Wenigstens soll die Lösung so vorbereitet werden, daß der morgen hier eintreffende französische Ministerpräsident Briand sein Placet dazu geben kann.

Die Schnelligkeit, mit der Briand sein Kabinett gebildet hat, zeugt dafür, wie ernst es ihm damit ist, den Verlauf der Ereignisse in Genf mitbestimmen zu können. Dem neuen französischen Kabinett wird hier keine lange Lebensdauer prophezeit. Es ist in der Tat ein sehr merkwürdiges Kabinett, denn die beiden Hauptgegner Malvy und Peret — Malvys Steuerprojekt war der Grund des Sturzes der Regierung, und Peret hat die Ministerstürzer angeführt — haben sich plötzlich einträchtiglich in der Ministerliste zusammengefunden. Außerdem sitzt Malvy mit seinen Gegnern, die ihn früher ins Exil geschickt haben, im Kabinett zusammen, und man muß noch daran erinnern, daß die Hauptforderung der französischen Rechtsparteien diejenige war, daß der Wiedereintritt Caillaux' ins politische Leben auch Malvy die ministerielle Bahn von neuem eröffnen würde. Gerade diese merkwürdige Bildung einer Regierung wird hier als ein Zeichen dafür angesehen, wie eilig es Briand hatte, und wie er andererseits bestrebt war, durch die Hereinnahme Perets auch diesen Anhänger für die Ereignisse in Genf mitverantwortlich zu machen.

Im übrigen hat sich, wenn man so sagen will, eine neue kleine Komplikation ergeben. Wie bereits die französischen Zeitungen heute morgen mitteilten, hat der brasilianische Delegierte erklärt, wenn die brasilianischen Ansprüche nicht befriedigt würden, so läge die Wahrscheinlichkeit vor, daß Brasilien gegen den deutschen Sitz stimmen müßte. Er soll als Kommentar dazu gestern abend hier erzählt haben, der Brief der brasilianischen Regierung laute durchaus nicht etwa so definitiv, daß Brasilien jetzt illoyal handeln würde, wenn es gegen Deutschland stimmte. Ob das nun richtig ist oder nicht, ich glaube, man braucht sich keine sehr großen Sorgen über die Haltung Brasiliens zu machen, denn das Kompromiß, das ja schließlich zustande kommen wird, kann ja kaum anders lauten, als daß eine Unterkommission des Völkerbundrates eingesetzt wird, die die Ansprüche der verschiedenen Mächte zu prüfen hat. Dem Ergebnis dieser Prüfung wird sich schließlich Brasilien ebenso fügen müssen, wie die anderen Mächte. Diese Prüfung wird aber eben erst nach der Märztagung erfolgen, so daß Brasilien kaum Gelegenheit haben wird, unter Berufung auf das eigene Schicksal gegen Deutschland zu votieren.

Baldwin: „Weder Schwierigkeiten, noch Verzögerungen"

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

wbe **London**, 10. März

Das englische Kabinett beschäftigte sich heute mit den Berichten Chamberlains aus Genf und soll dem Außenminister mitgeteilt haben, daß an dem grundsätzlichen Charakter der Instruktionen vor seiner Abreise keine Abänderung notwendig erscheine. Die Regierung ist offenbar der Auffassung, daß die Delegation sich nach wie vor nur mit der einen wichtigen Frage der Aufnahme Deutschlands zu beschäftigen habe. Auf die Anfrage eines Abgeordneten erklärte Baldwin heute im Unterhaus, daß die übliche Prüfung des deutschen Zulassungsgesuches zum Völkerbund im Gange sei. Er erwarte weder Schwierigkeiten, noch Verzögerungen bezüglich des Eintrittes Deutschlands in den Völkerbund.

Briand nach Genf abgereist

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

e **Paris**, 10. März

Ministerpräsident Briand ist heute abend 8,55 Uhr an der Gare de Lyon nach Genf abgereist. In seiner Begleitung befinden sich seine beiden intimsten Mitarbeiter Peyceelon und Amé-Leroy. Der Ministerpräsident ist am Bahnhof von der Mehrzahl der Minister seines Kabinetts, von dem polnischen Botschafter in Paris, dem schweizerischen Gesandten und zahlreichen anderen politischen Persönlichkeiten begrüßt worden.

Verbotene Demonstration in Brüssel

Wie der „Vossischen Zeitung" aus Brüssel gemeldet wird, plante die belgische sozialistische Partei für Mittwoch abend einen großen Umzug in Brüssel als Protestkundgebung gegen die sozialistischen Unruhe in Brüssel und Löwen. Ein Erlaß des Bürgermeisters Max hat aber jeden Umzug und jede Ansammlung im Freien für Mittwoch in Brüssel verboten.

Rintschitschs zweite Nonreise

Der südslawische Außenminister Rintschitsch wird nach Abschluß der Budgetdebatte neuerlich nach Rom reisen, um dort mit Mussolini den endgültigen Text des südslawisch-italienischen Vertrages zu redigieren und diesen alsdann zu unterzeichnen.

Italien-Anleihe für Griechenland?

Einer „Times"-Meldung aus Rom zufolge sind zwischen dem griechischen Verkehrsminister und der italienischen Regierung Verhandlungen über die Gewährung eines Kredites von 10 Millionen Dollar an Griechenland im Gange, um Griechenland die Möglichkeit von Ankäufen in Italien zu geben.

Briands neuntes Kabinett

Regierungsbildung in 12 Stunden

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

✱ **Paris**, 10. März

Die Ministerkrise hat schneller als man vielfach annahm, ihr Ende gefunden. Ihre zahlreichen Thronanwärter, die im stillen hofften, Briand würde, ermattet und verärgert über den Undank und die Unfähigkeit der Kammer, diesmal sich auf sein Altenteil zurückziehen, haben sich getäuscht. Zum neunten Male in seinem Leben übernimmt Briand das Ministerpräsidium. Die Schnelligkeit, mit der es ihm gelungen ist, das neue Ministerium zusammenzustellen, beweist aufs neue sein außerordentliches persönliches Prestige.

Gestern nachmittag wurde ihm die Neubildung des Kabinetts anvertraut. Nach zwölf Stunden, heute nacht gegen 3 Uhr, war die neue Regierung gebildet.

Das Kennzeichen des neuen Kabinetts Briand gegenüber der gestürzten Regierung ist ein nicht unerheblicher Ruck nach rechts. Die bürgerlichen Linksradikalen des vorigen Kabinetts, der Unterrichtsminister sowie der Innenminister Chautin, der Justizminister Renault und der Unterstaatssekretär im Ministerium Chautins sind ausgebootet. Die Radikalen, die dafür in das neue Kabinett eintreten, gehören zu dem gemäßigten Flügel.

Als neue Männer, wenn auch nicht als Männer ohne Vergangenheit, treten der bisherige Vorsitzende der Finanzkommission der Kammer, Malvy, und der Berichterstatter der Finanzkommission, Lamoureux, in das Kabinett ein. Die beiden Deputierten, von denen anfangs der gefährlichste Widerstand gegen die Doumersche Vorlage ausging und die dann schließlich klein beigaben und die Regierung in der entscheidenden Nachtsitzung unterstützten. Die beiden Verkehrten können jetzt als Lohn ein Ministerportefeuille einheimsen.

Lamoureux muß sich mit dem ziemlich unwichtigen Unterrichtsministerium begnügen, da keine passendere Stelle frei war. Malvy erhält aber das wichtige Innenministerium, von dem er 1917 auf so tragische Art ausgestoßen wurde. Man sagte ihm damals intime Beziehungen zu der als Spionin erschossenen Tänzerin Mata Hari nach. Clemenceau betrieb die Anklage, und der damalige Innenminister im Kabinett Painlevé mußte seine höchst unpolitischen und flüchtigen Beziehungen zu der vielgeliebten Dame mit fünfjähriger Verbannung büßen. Er wurde erst zusammen mit Caillaux rehabilitiert.

Dem Innenministerium kommt zurzeit eine besondere Bedeutung bei, weil man nach wie vor mit der Möglichkeit der Kammerauflösung rechnet, und dann der Innenminister als Wahlminister für das Aussehen der künftigen Kammer mitbestimmend ist. Zugleich hofft Briand wohl, mit der Berufung Malvys auf diesen wichtigen Posten die Radikalen bei der Stange zu halten. Ob ihm das gelingen wird, ist fraglich. Es ist anzunehmen, daß ein noch größerer Teil der Radikalen als bisher in der inneren Politik sich auf die Seite der Opposition schlagen wird.

Die größten Schwierigkeiten bei der Bildung des Kabinetts bereitete selbstverständlich die Besetzung des Finanzministeriums.

Briand hat gestern abend das Finanzministerium offiziell Caillaux angeboten. Aber Caillaux, der allzu auffällig auf das Ministerpräsidium spekuliert hatte, lehnte ab und zog es vor, abermals den verhinderten Retter zu spielen. Bei seiner Ablehnung vergaß er nicht zu erwähnen, daß er ein Finanz- und Sanierungsprojekt fix und fertig in der Tasche habe, und daß er nur als Kabinettschef und bei völligem Wechsel der Kabinettsmitglieder sein großes Projekt durchführen könne. So weitgehende Veränderungen in der Kabinettsbildung wollte Briand auf alle Fälle vermeiden, schon um die Krise nicht länger hinauszögern und um selbst so schnell wie möglich nach Genf zurückkehren zu können. So fiel die Wahl des Finanzministers auf Raoul Péret, den Kammerpräsidenten des Nationalen Blocks. Péret, ein sehr dekorativer Advokat, gehört politisch der rechten Mitte an. Seine Qualifizierung zur Lösung so schwerer Finanzprobleme, wie sie in Frankreich zur Zeit vorliegen, hat er noch nicht erbracht.

Auch der neue Unterstaatssekretär beim Finanzministerium, der Sohn des früheren Präsidenten der Republik, Fallières, ist ein unbeschriebenes Blatt. An diesen wichtigsten Stellen sieht es also bei dem neuen Kabinett Briand nicht sehr hoffnungsvoll aus. Bezeichnend ist auch, daß die Börse trotz der verhältnismäßig guten Aufnahme, die die neue Regierung in der Presse gefunden hat, den Franken heute morgen einige Punkte schlechter bewertete.

Die Kabinettskrise ist zwar beendet, ob sie gelöst ist, muß sich erst erweisen.

R. L—n.

Deutscher Studentenbesuch in Wien

Die großdeutsche Tagung

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

[redacted] kl **Wien**, 10. März

Im Laufe des heutigen Tages trafen ca. 1200 reichsdeutsche Studenten zur Teilnahme an der großdeutschen Tagung ein. Abends fand im Festsaal der Universität die Eröffnungsfeier statt. Unter den Ehrengästen bemerkte man u. a. den Vizekanzler Waber, den deutschen Geschäftsträger, Grafen Dönhoff, mit dem Gesandtschaftsrat Möhrele, den Obmann der großdeutschen Volkspartei Mottava, den Prinzen Philipp von Sachsen-Koburg-Gotha, den Präsidenten des Reichslandbundes Hepp, den Vorsitzenden des Deutschen Hochschulringes, Dr. Jochmann, usw. Unter den Klängen des Gaudeamus-Liedes betrat der akademische Senat, gefolgt von den Rektoren aller Wiener Hochschulen und zahlreichen Professoren, den Saal.

Der Rektor, Professor Luick, begrüßte die Erschienenen und sagte unter anderem: „Sie sind zu uns gekommen, um einen deutschen Volksstamm, der heim will in das Deutsche Reich, kennen zu lernen. Die Aufgabe des deutsch-österreichischen Stammes in dem vielsprachigen Habsburger Reich konnte nicht von dauerndem Erfolg gekrönt sein. Nach dem Kriege wurde aus dem alten Groß-Österreich ein kleines reichsdeutsches Sprachgebiet und es schien der Tag gekommen, den Traum der Vereinigung zu verwirklichen. Doch äußere Einflüsse verhinderten den Anschluß. Den geistigen Anschluß anzustreben, kann uns aber niemand verwehren. In diesem Sinne sind die Besten des Landes bemüht und finden Widerhall an den Besten des Reiches."

Im Namen des Deutschen Schulvereins Südmark begrüßte Direktor Barta die Erschienenen und sagte u. a.: „Das deutsche Wien will nach Deutschland. Wien hat sich damit abgefunden, nicht mehr die Kaiserstadt zu sein und will es auch nicht mehr sein. Wien will deutsch bleiben für alle Zukunft. So wie im Jahre 1848 in Wien Studenten, Bürger und Arbeiter die Hemmnisse aus dem Wege räumten, die sich der Vereinigung in den Weg stellten, so werden sie es, wenn es einmal dazu kommen sollte, wieder tun, und werden kämpfen für ein deutsches, einiges Deutschland."

Die Arbeitszeit-Konferenz in London

Zu der am 15. März beginnenden Konferenz über die Auslegung gewisser Einzelheiten des Washingtoner Abkommens vom Jahre 1919 begibt sich morgen abend die deutsche Delegation nach London. Sie steht unter Führung des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns, ferner gehören ihr an Ministerialdirektor Sitzler und Ministerialrat Feig vom Arbeitsministerium. Die deutschen Vertreter wollen, da die eigentlichen Verhandlungen erst am Montag vormittag beginnen, den Sonnabend noch zu Vorbesprechungen benutzen.

Bemerkenswert ist, daß Italien, das sich bisher von den Arbeitszeitverhandlungen fernhielt, diesmal vertreten ist.

Die Bemühungen, zu einer Verständigung über die verschiedenen Auslegungszweifel des Washingtoner Abkommens zu gelangen, reichen bereits mehrere Jahre zurück. Deutschland hat an dieser Verständigung besonderes Interesse, weil es an dem Abkommen selbst nicht mitwirken konnte. Die wichtigsten Industriestaaten haben das Uebereinkommen entweder gar nicht oder nur mit starken Vorbehalten ratifiziert, da über die Auslegung mancher Bestimmung Differenzen bestanden, die eine gleichzeitige Ratifizierung verhinderten. Bei einer Besprechung der Arbeitsminister von Deutschland, England, Frankreich und Belgien im September 1924 wurde keine völlige Einigung erzielt. Im Mai vorigen Jahres kam der englische Arbeitsminister Sir Arthur Maitland-Steel mit dem Reichsarbeitsminister Dr. Brauns in Frankfurt a. M. zusammen, man klärte dort eine Reihe von strittigen Fragen und verabredete eine erneute Ministerbesprechung mit Beteiligung Italiens, die nun am 15. März in London stattfinden soll.

✱

Gestern erschienen die Vertreter gewerkschaftlicher Spitzenorganisationen beim Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, um diesen vor seiner Abreise zu der Londoner Ministerbesprechung von der Auffassung der Gewerkschaften zur Frage der Arbeitszeit zu verständigen.

Leipart, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, wies darauf hin, daß von seiten der Gewerkschaften die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens unbedingt gefordert würde, jedoch dürften dessen Vorschriften nur Minimalvorschriften für die Regelung in den einzelnen Ländern sein. Bei dem Bestreben, eine einheitliche Auslegung gewisser Bestimmungen des Uebereinkommens zu finden, dürfe man keineswegs irgendeine Abschwächung zulassen.

In seiner Erwiderung wies der Minister darauf hin, daß die deutsche Delegation die feste Absicht habe, eine einheitliche Ratifizierung durch alle Industriestaaten zu ermöglichen. Die Schwierigkeiten lägen vor allen Dingen in der Tatsache begründet, daß die Bestimmungen des Abkommens sehr eng und einer Angleichung der einzelnen Länder aneinander hinderlich seien.

Englischer Metallarbeiterstreik

Funkdienst der „Vossischen Zeitung"

wbe **London**, 10. März

Trotz des stärksten Appells der Gewerkschaften beschlossen die streikenden Metallarbeiter in London, den Streik fortzusetzen.

Die Arbeitgeber der englischen Metallindustrie haben beschlossen, ihren Aussperrungsbeschluß eine Woche später in Kraft treten zu lassen, um den Gewerkschaften noch eine Gelegenheit zu geben, die Beendigung des wilden Streiks in London herbeizuführen.

Die Völkerbundgesellschaften zur Weltwirtschaftskonferenz

Der zurzeit in Genf tagende Generalrat des Weltverbandes der Völkerbundgesellschaften hat beschlossen, eine besondere Kommission für die Vorbereitung der Weltwirtschaftskonferenz des Völkerbundes einzusetzen. Dieser Kommission werden angehören für Deutschland Professor Bonn, für England das Unterhausmitglied Barnes, für Italien Professor Cosentini-Turin, für Belgien Senator Lafontaine usw.

Nur 18 Millionen für Kulturzwecke

Von 7 Milliarden Gesamt-Etat

Die gestrige Reichstagssitzung

Im Reichstag führte nach der Rede des Reichsinnenministers Külz, über die im Abendblatt der „Vossischen Zeitung" berichtet worden ist, der sozialdemokratische Abgeordnete und frühere Reichsinnenminister **Soltmann** aus: Die Ministerrede beweist den Sieg des sozialen und kulturellen Staatsgedankens, der den Anteil des Einzelnen an der nationalen Kultur möglichst erhöhen will. Das ist auch der geistige Inhalt der Arbeiterbewegung, die das Kulturerbe unserer Vergangenheit keineswegs negiert. **Viel zu gering sind im Etat die Mittel für Kulturzwecke. Die fortlaufenden Ausgaben für Kulturzwecke betragen nur 18 Millionen in einem Gesamt-Etat von sieben Milliarden.** (Hört! hört! links.) Für die Technische Nothilfe sind 2850 Mark, dagegen für das Reichsgesundheitsamt nur 1200 Mark eingestellt. (Hört! hört! links.) Die Hochschulen, für die das ganze Volk die Mittel aufbringt, tragen einen ausgesprochenen Klassencharakter. Unter den 31 000 Studenten befinden sich nur 425 Arbeiterkinder. (Hört! hört! links.)

Dringend notwendig ist eine umfassende Verwaltungsreform. Auch das Beamtenvertretungsgesetz sollte schleunigst verabschiedet werden. Beamte, die heute nach siebenjährigem Bestehen der Republik noch kein inneres Verhältnis zu diesem Staat gefunden haben, sondern sich an der Hetze gegen die Republik beteiligen, sind die schlimmsten Schädlinge am Gedanken des Berufsbeamtentums. Wenn sich Beamte der Reichsfinanzverwaltung in Bayern heute noch weigern, die Reichsfokarde zu tragen, so muß dagegen eingeschritten werden. Heute werden nicht die monarchistischen, sondern die republikanischen Beamten benachteiligt. Frau Oberstudienrat Siemsen in Jena ist von ihren thüringischen Vorgesetzten disziplinarisch verfolgt worden, weil sie bei einer offiziellen Schulfeier ein Hoch auf die deutsche Republik ausgebracht hat. Das wurde als eine unzulässige politische Betätigung und als eine Vergewaltigung Andersdenkender bezeichnet. (Hört, hört! links.) Der Minister sollte seinen Einfluß auf die Polizeigewalt der Länder ausüben. In Tübingen wurde ein Student zwei Jahre lang vom Studium ausgeschlossen, nur weil er einen kommunistischen Abgeordneten zu einem Vortrag eingeladen hatte.

Wir verlangen, daß endlich das Ausführungsgesetz zum Artikel 48 der Reichsverfassung (Ausnahmezustand) **eingebracht wird.** Wenn die sogenannte kleine Wahlreform auf Grund des Art. 48 oktroyiert werden sollte, so würden wir das als Verfassungsbruch, als Staatsstreich betrachten und darauf mit entsprechenden außerparlamentarischen Maßnahmen antworten.

Wir sind mit einer Reform der Wahlkreiseinteilung einverstanden, lehnen aber jede Heraufsetzung des Wahlalters ab. Eine Verminderung der Zahl der Reichstagsabgeordneten würde zu einer unerträglichen Ueberlastung der verbleibenden Abgeordneten führen. Schädlich ist nur die Vielheit der Parlamente. Die jetzige Gliederung des Reiches ist so unzweckmäßig wie möglich. Wir werden alle Entwicklungstendenzen fördern, die auf den Einheitsstaat zielen. **Wir wollen die einheitliche, soziale und demokratische deutsche Republik.** (Beifall b. d. Soz.)

Abg. **Berndt** (Dnat.): Unser Volk braucht eine sittliche und geistige Erneuerung, die Besinnung auf sein Volkstum und auf die Verantwortlichkeit, die jedem sein Deutschtum auferlegt. Wir vermissen in der Ministerrede eine Begründung für die bedauerliche Verzögerung des Reichsschulgesetzes. Wir vermissen auch das Wort „christlich" in den Ausführungen über das Kultur- und Bildungswesen.

Die Beamten müssen ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit und Konfession wirken. Das alte Beamtentum hat sich auch im Dienste der Republik bewährt. Wenn man eine republikanische Beschwerdestelle und einen republikanischen Richterbund gründet, so ist das nicht der Weg zum inneren Frieden. Es ist eine Geschmacklosigkeit, „Platz der Republik" einen Platz zu nennen, auf dem die Denkmäler Bismarcks, Wilhelms und Roons stehen. Ohne eine starke Mitarbeit der Besitzenden und Gebildeten ist die Republik nicht zu regieren.

Die bisher erörterten Wahlreformvorschläge würden nur die bürgerlichen Parteien schädigen. Meine Freunde werden für eine tiefgreifende Wahlreform nicht zu haben sein. Die Gewalt des Reichspräsidenten muß nach amerikanischem Muster erweitert werden.

Abg. **Bertz** (Komm.): Der Etat des neuen demokratischen Innenministers unterscheidet sich wenig von dem seines deutschnationalen Amtsvorgängers. Die Sabotage des Volksentscheides über die Fürsten-Enteignung wird fortgesetzt. Der bayerische Innenminister hat eine kommunistische Broschüre über die Fürsten-Enteignung verboten, weil darin das alte Heder-Lied zitiert worden ist. Daraufhin hat auch der sozialdemokratische Berliner Polizeipräsident die Broschüre beschlagnahmt.

Der Redner der Deutschnationalen, Abg. **Berndt,** hielt eine verhältnismäßig maßvolle Rede, in der er sittliche und geistliche Erneuerung des Volkstums forderte und sich auch sonst im wesentlichen auf dem Gebiete der Abstraktionen bewegte.

Auffallend scharf war dagegen die Rede des Volksparteilers **v. Kardorff.** Er begann damit, sich gegen die Zumutung zu verwahren, als dürfe man von ihm und seinen Freunden republikanisches Denken und Fühlen erwarten. Und er bewies sofort, daß er beides nicht besitzt, indem er die für die von ihm genannten drei Deutschen herabwürdigende Behauptung aufstellte, Bismarck, Moltke und Roon seien nur in einer Monarchie möglich gewesen.

Aehnlich ging die Rede weiter und gipfelte in der Prophezeiung, daß bei einer von ihm als notwendig bezeichneten Verfassungsänderung auf die Rechtsentwicklung der letzten Jahre Rücksicht genommen werden müsse. Die Stellung des Reichspräsidenten sei nach amerikanischem Muster auszubauen. Für eine tiefgreifende Wahlrechtsreform sei die Volkspartei nicht zu haben, da sie auf Kosten der bürgerlichen Parteien gehe.

Daß Kardorff die häufigen Regierungskrisen der „schlechten Verfassung" und nicht etwa der Parteipolitik seiner Freunde von gestern und von heute zuschrieb, war in diesem Zusammenhang selbstverständlich. Daß das Haus, von allem auf der Linken und im Zentrum ganz leer war, war kein Glück. Denn so unterbrach kaum ein leises Gelächter den Applaus, den ihm die Deutschnationalen reichlich spendeten.

Er endete mit einem etwas unvermittelten, dafür aber um so pathetischeren Appell an eine mögliche Zusammenarbeit der Vaterländischen Verbände und des Reichsbanners in irgend einer nebelhaften „großen Stunde".

In der Wandelhalle hatten auf diese Rede die Leute **des Zentrums der demokratischen Partei manches auszustehen.** Alles gratulierte ihnen zu dem angenehmen „Koalitionsbruder". Sie nahmen die Glückwünsche aber gut gelaunt entgegen, und auch an Regierungsstelle scheint man die Rhetorik Kardorffs nicht tragisch zu nehmen.

Unterdessen hielt im Sitzungssaal der kommunistische Abg. **Bertz** vor acht Abgeordneten eine lange Rede, in der er sich vornehmlich über Sabotage des Volksbegehrens beschwerte und Angriffe gegen die Sozialdemokraten richtete.

Den Beschluß machte eine Rede des Abg. **Päthold** von der Wirtschaftspartei. Seine Rede war in gewissem Sinne ein Gegenstück zur Rede des Herrn von Kardorff. Denn während sonst die Wirtschaftsparteiler in ihren Ausführungen sehr nach rechts neigten, hielt Abgeordneter Päthold eine durchaus republikfreundliche Rede. Er verlangte insbesondere strenge republikanische Disziplin für alle Staatsbeamten.

Nach 7 Uhr wurde die Beratung auf Donnerstag, 1 Uhr, vertagt.

Ablehnung des Hochbahnangebots

Endgültig gescheitert?

Das Gegenangebot der Hochbahngesellschaft an die Stadt Berlin auf Umtausch der Hochbahnaktien im Verhältnis von 1000 M. Aktien in 1200 M. mit 7 v. H. verzinsbare und für zehn Jahre unkündbare Obligationen ist von der gemischten Deputation und dem Magistrat in der gestrigen Sitzung abgelehnt worden. Die Vertreter der Stadt haben nach der offiziösen Mitteilung des „Städtischen Nachrichtendienstes" einmütig der Auffassung, daß die Gegenofferte der Hochbahn nicht annehmbar sei und die Stadt über ihr Angebot, die Aktien in Obligationen im Nennwerte von 1100 M. mit 7½proz. Verzinsung einzutauschen, nicht hinausgehen könne.

Die Differenz zwischen dem Angebot der Stadt Berlin und der Gegenofferte der Hochbahn ist an sich nicht sehr erheblich. Wenn die Stadt jetzt zur Ueberzeugung gekommen ist, daß weitere Verhandlungen zwecklos seien und das Angebot der Stadt unter keinen Umständen überschritten werden könne, so erklärt sich das offenbar daraus, daß man inzwischen in der Bewertung des Kaufobjektes schwankend geworden ist. Die Stadt Berlin hat sich davon überzeugt, daß einmal die vorhandenen Anlagen der Hoch- und Untergrundbahn umfassendere Reparaturen bedürfen und daß ferner die Oeffentlichkeit einen weiteren Ausbau des Bahnnetzes dringend fordert, so daß neue Ausgaben der Stadt bevorstehen. Die großen Verkehrsprojekte, zu deren Ausführung die Schaffung der Berliner Verkehrsreinheit dienen sollte, finden bei Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung zwar in der Theorie volle Unterstützung. Sie praktisch durchzuführen, hält man aber offenbar den Zeitpunkt noch nicht für gekommen.

Der Anlaß, gerade jetzt in einer Zeit besonderer Anspannung der städtischen Finanzen mit dem Angebot hervorzutreten, war für die Stadt der Bau der A. E. G.-Bahn. Man hatte geplant, die A. E. G.-Bahn mit Hilfe einer ausländischen Anleihe zu finanzieren, für welche die Hochbahn haften sollte. Inzwischen ist ein anderes Auskunftsmittel gefunden worden. Man will ohne Auslandsanleihe auskommen und die Finanzierung auf Mittel der städtischen Werke, namentlich der Straßenbahn, stellen. Nicht weniger als zwanzig Millionen glaubt man, aus den Ueberschüssen der Städtischen Straßenbahn für die Jahre 1926 und 1927 entnehmen zu können. Fünf Millionen sollen die Ueberschüsse der Elektrizitätswerke abwerfen. Weitere sieben Millionen kann man der soeben zum großen Teil untergebrachten sechsprozentigen Inlandsanleihe der Stadt, die 1924 aufgelegt wurde, aufgebracht werden.

Anderthalb Millionen stehen aus dem Erlös der gekündigten Beteiligung an der Reichsgetreidestelle bereit. Es fehlen noch 16½ Millionen zur Finanzierung des gesamten Projektes, die aus den Ueberschüssen und Darlehen der produktiven Erwerbslosenfürsorge herkommen sollen. Die Finanzierung der A. E. G.-Bahn, deren Linienführung gestern in der Sitzung der gemischten Deputation auch hinsichtlich des nördlichen Teiles gutgeheißen worden ist, kann also als gesichert gelten, ohne daß es dazu der verstärkten Einflußnahme auf die Hochbahn bedurfte.

Damit ist für die Stadt der Ankauf der Hochbahn nicht mehr dringlich, und die Bedenken gegen die hohe Belastung mit einer Ausgabe von rund 125 Millionen für Tilgung der Obligationen, die zwar nicht sofort, aber doch später hätte erfolgen müssen, sowie mit den 14,4 Millionen betragenden Obligationen der Hochbahn-Gesellschaft, konnte ausschlaggebend werden. Für den Augenblick ist damit das Projekt als gescheitert anzusehen. Der Gedanke der einheitlichen Regelung des Berliner Verkehrs, den der Erwerb der Hochbahn fördern sollte, ist dabei freilich noch nicht erledigt. Und man kann annehmen, daß Oberbürgermeister und Stadtkämmerer unter diesen Gesichtspunkten die Frage der Uebernahme der Hochbahn weiter im Auge behalten werden.

Regierungsbildung in Lippe

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

h **Detmold,** 10. März

In der heutigen Landtagssitzung wurde an Stelle des ausgeschiedenen Mitgliedes Biesemeier der Vertreter der Demokratischen Partei, Schulrat Geise, mit der verfassungsmäßigen überhälftigen Mehrheit von 10 gegen 8 Stimmen in das lippische Landespräsidium gewählt. Das neue Landespräsidium setzt sich nunmehr zusammen aus 1 Sozialdemokraten, 1 Vertreter der Wirtschaftlichen Vereinigung und 1 Demokraten.

Schulz und Klapproth vor dem Landtags-Ausschuß

Vernehmung am Sonnabend

Der Feme-Ausschuß des Preußischen Landtages faßte den Beschluß, die Vernehmung der Zeugen Schulz und Klapproth am Sonnabend in Moabit durch einen siebenköpfigen Ausschuß vorzunehmen. Jede Fraktion soll ein Mitglied stellen. Außerdem wurde beschlossen, der Grundlage des Gutachtens über das Verfahren vor dem Ausschuß beizutreten, und zwar stimmte der Ausschuß dem Standpunkt des Gutachtens ungebührlichen Zeugen gegenüber mit 13 gegen 2 und hinsichtlich der Zeugnisverweigerung mit 8 gegen 7 Stimmen zu.

Völkisches Ende

Die völkische „Mecklenburgische Warte" in Rostock, die seit einiger Zeit unter Geschäftsaufsicht steht, stellt mit dem heutigen Tage ihr Erscheinen als selbständiges Blatt in Mecklenburg ein. Der Alleinbesitzer, Abg. v. Gräfe, hat seine Rechte an den Verlag „Deutscher Herold" in Berlin übertragen, bei dem das Blatt von morgen ab herauskommen soll.

Eine Krankenkasse für Staatsbeamte

Die bayerische Staatsregierung hat, wie der „Vossischen Zeitung" aus München gemeldet wird, durch Abschluß einer Vereinbarung mit dem bayerischen Versorgungsverband mit Wirkung vom 1. April 1926 ab eine Krankenkasse für Staatsbeamte errichtet. Der Kreis der versicherungsberechtigten Personen umfaßt sämtliche Staatsbeamte im Dienst und im Ruhestand, sowie die witwen- und waisengeldberechtigten Hinterbliebenen von Staatsbeamten.

Verschlechterung im Befinden Fehrenbachs

Nachdem im Befinden des ehemaligen Reichskanzlers Fehrenbach bis zum Ende voriger Woche eine Besserung eingetreten war, ist seit Anfang dieser Woche wieder eine Verschlimmerung eingetreten. Der Patient leidet infolge unzureichender Nahrungsaufnahme an erheblichem Kräfteverfall.

Europäische Wirtschaftsannäherung

Ueber die wirtschaftliche Annäherung der europäischen Völker sprach Mittwoch abend auf Veranlassung des Reichsbundes Deutscher Technik Max Cohen-Reuß, Mitglied des vorläufigen Reichswirtschaftsrates. Der Redner zeigte von neuem, daß der Weg zur europäischen Zollunion über die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich führt. Er betonte die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Zusammenschlusses Europas gegenüber den im letzten Jahrzehnt so gewaltig gestiegenen wirtschaftlich produktiven Kräften der außereuropäischen Gebiete. Dieser wirtschaftliche Zusammenschluß der europäischen Völker kann durch organische Zusammenfassung die Aufgaben des Völkerbundes erleichtern. Mit kurzen Worten ist das Ziel, das Dr. Cohen-Reuß im Auge hat, der Wiederaufstieg Europas durch die Solidarität seiner Völker.

Arbeitgebertagung hinter verschlossenen Türen

Wie der „Reichsdienst der deutschen Presse" meldet, findet am Freitag die ordentliche Mitgliederversammlung der Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände statt. Entgegen dem sonst geübten Brauch wird die Versammlung zum erstenmal unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfinden. Am Freitag vormittag geht der Hauptteil der Sitzung des größeren Ausschusses voraus. Dieses Arrangement ist mit Rücksicht auf die öffentlichen Erörterungen über gewisse Vorgänge innerhalb der Arbeitgeberverbände getroffen worden, die sich bis vor den Femeausschuß erstreckten und zu Personalveränderungen im Büro der Verbände führten. Man hofft offenbar, in Kreisen des Vorstandes der Vereinigung, die Frage der Kreditgewährungen, bei denen neben der Affäre des Fememörders Schulz, auch der vielbesprochene Fall Erdmann eine Rolle spielen dürfte, ausschließlich in der Sitzung des großen Ausschusses behandeln und mit einer fertig formulierten Erklärung vor die Hauptversammlung treten zu können. Tatsächlich sind auch auf die Tagesordnung der Mitgliederversammlung nur Fragen der allgemeinen Lohn- und Wirtschaftspolitik gesetzt worden. Jedoch plant eine Gruppe der Arbeitgeber einen Vorstoß in der Frage der verschiedenen Kredite, um festzustellen, ob alle durch die genannten Vorgänge belasteten Persönlichkeiten in entsprechender Weise zur Rechenschaft gezogen worden sind.

Polens Westmarkenpolitik

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung"

oo **Breslau,** 10. März

Acht Tage nach dem Wojwoden Bilski hat trotz aller amtlichen Dementis der Schuldezernent der Wojwodschaft Oberschlesiens, Regierungsrat Stacht, einen längeren Urlaub angetreten, von dem er nicht mehr nach Kattowitz zurückkehren wird. Der für die deutsche Minderheit ungeheuer wichtige Posten des Schuldezernenten in der Wojwodschaft wird also ebenfalls für einen Angehörigen des deutschfeindlichen Westmarkenvereins frei.

Rationelle Hauswirtschaft

Im Haushaltsausschuß des Reichstages

Zu dem Etat des Reichswirtschaftsministeriums wurde bei dem Titel, der eine beträchtliche Erhöhung der für das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit vorgesehenen Mittel vorsah, im Haushaltsausschuß des Reichstages von den Demokraten (Abgg. Frau Dr. Lüders und Meyer-Berlin) ein Antrag gestellt, die Reichsregierung zu ersuchen, innerhalb der Reichsregierung Vorkehrungen zu treffen für eine systematische, einheitliche Bearbeitung und Förderung der Aufgaben der Hauswirtschaft, der Heimgestaltung und der Familie, insbesondere der hiermit zusammenhängenden wirtschaftlichen und technischen Fragen.

Dieser Antrag wurde von dem Vertreter des Reichsfinanzministeriums bekämpft, da die darin genannten Fragen angeblich einzig und allein für die Bearbeitung durch die Länder in Betracht kämen. Bei der Abstimmung wurde der Antrag durch die Mitglieder aller übrigen bürgerlichen Parteien zu Fall gebracht. Offenbar scheint man in den bürgerlichen Kreisen für die ungeheure volkswirtschaftliche, soziale, sittliche und bevölkerungspolitische und dadurch nationale Bedeutung der Hauswirtschaft recht wenig Verständnis zu besitzen.

Der Entwurf des Kompromißgesetzes

Die Richtlinien für das Sondergericht

Der von den Abgg. Schulte-Breslau (Ztr.), Dr. Wunderlich (D. Vp.), Frhr. v. Richthofen (Dem.), Hampe (Wirtsch. Vgg.) und Dr. Pfleger (D. Vp.) eingebrachte Kompromißgesetzentwurf über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den vormals regierenden Fürstenhäusern besagt in seinen wichtigsten Bestimmungen folgendes:

„§ 1. Für die vermögensrechtliche Auseinandersetzung und für die sonstigen in § 2 bezeichneten Streitigkeiten zwischen einem deutschen Lande und den Mitgliedern des Fürstenhauses, das bis zur Staatsumwälzung im Jahre 1918 in Deutschland regiert hat, wird ein Reichssondergericht bestellt (Reichssondergericht) für die Vermögensauseinandersetzung zwischen den Ländern und den Fürstenhäusern).

Vorsitzender des Reichssondergerichts ist der Präsident des Reichsgerichts; sein Stellvertreter ist ein Senatspräsident beim Reichsgericht. Der Sitz des Gerichts ist Leipzig.

Das Reichssondergericht entscheidet in der Besetzung von neun Mitgliedern. Den Vorsitz führt regelmäßig der Präsident des Reichsgerichts, nur im Falle seiner Behinderung sein Stellvertreter.

Der Reichspräsident ernennt auf Vorschlag der Reichsregierung (Artikel 52 der Reichsverfassung) den Stellvertreter des Vorsitzenden, die acht weiteren Mitglieder und die notwendigen Stellvertreter. Vier von den weiteren Mitgliedern und deren Stellvertreter müssen Mitglieder von ordentlichen Gerichten oder Verwaltungsgerichten des Reiches oder der Länder sein.

Die Mitglieder des Reichssondergerichts sind unabsetzbar.

§ 2. Das Reichssondergericht wird auf Antrag eines Landes oder eines Mitgliedes eines vormals regierenden Fürstenhauses tätig. Es ist ausschließlich zuständig

1. für alle Auseinandersetzungen, die nicht bereits nach der Staatsumwälzung des Jahres 1918 durch Gesetz, Schiedsspruch, Vertrag oder Vergleich erledigt sind; ob eine Auseinandersetzung als erledigt anzusehen ist, entscheidet das Reichssondergericht nach freiem Ermessen,
2. für Streitigkeiten über die Auslegung eines die Auseinandersetzung betreffenden Gesetzes, Urteils, Schiedsspruchs, Vertrages oder Vergleichs,
3. für die Richtigkeits- und Restitutionsklagen gegen ein die Auseinandersetzung betreffendes rechtskräftiges Urteil (§ 578 ff. der Zivilprozeßordnung), sowie die Klagen auf Aufhebung eines die Auseinandersetzung betreffenden Schiedsspruchs (§ 1041 der Zivilprozeßordnung),
4. für Streitigkeiten unter den Parteien über Aufwertungsansprüche,
5. für Streitigkeiten, die sich daraus ergeben, daß eine Partei die Richtigkeit eines über die Auseinandersetzung geschlossenen Vertrages oder Vergleichs geltend macht,
6. für Streitigkeiten, die sich daraus ergeben, daß eine Partei mit Rücksicht auf eine wesentliche Veränderung der Verhältnisse die anderweitige Festsetzung der bei einer Auseinandersetzung bestimmten wiederkehrenden Leistungen verlangt.
7. für Streitigkeiten gemäß §§ 14 und 15 dieses Gesetzes.

Die §§ 3 und 4 enthalten prozessuale Vorschriften, von denen am wichtigsten die Bestimmung ist, daß die Anträge über Auslegung des Gesetzes (§ 2 Ziffer 2) und auf Richtigkeit von Auseinandersetzungsverträgen (§ 2 Ziffer 5) binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes gestellt werden müssen.

Verteilung der Beweislast

§ 5. Das Reichsfondergericht stellt auf Grund von Reichs- und Landerecht (Gesetzes- und Gewohnheitsrecht) die Rechts- und Eigentumsverhältnisse an den zur Auseinandersetzungsmasse gehörigen Vermögensgegenständen fest, soweit sie unter den Parteien streitig sind. Unbeschadet der Vorschrift des § 15 Abs. 2 ist es dabei an rechtskräftige Urteile gebunden, die zwischen dem Lande und dem vormals regierenden Fürstenhause oder einzelnen seiner Mitglieder ergangen sind.

Für die Feststellung der Rechts- und Eigentumsverhältnisse gelten folgende Vermutungen:

a) **Was das Fürstenhaus oder seine Mitglieder auf Grund des Völker-, Staats- oder sonstigen öffentlichen Rechts oder gegen Leistungen erworben haben, die sie nur kraft ihrer staatsrechtlichen Stellung bewirken konnten, ist Staatseigentum.**

b) **Was Mitglieder des Fürstenhauses ausschließlich auf Grund eines Privatrechtstitels und mit privaten Mitteln erworben haben, ist Privateigentum.**

Zivillisten, Kronfideikommißrenten, Krondotationsrenten und ähnliche Renten fallen, soweit sie nicht auf Privatrechtstitel beruhen, entschädigungslos fort.

Insoweit bei einzelnen Vermögensstücken die Rechts- und Eigentumsverhältnisse nicht sicher oder nur mit unverhältnismäßigen Schwierigkeiten, insbesondere nur nach langwierigen Beweiserhebungen, ermittelt werden können, kann von einer Feststellung der Rechts- und Eigentumsverhältnisse abgesehen werden. Aus diesen Vermögensstücken hat das Gericht eine Teilungsmasse zu bilden, deren Auseinandersetzung es nach Billigkeit gemäß den Vorschriften des § 8 vornimmt (Streitmasse).

§ 6. Aus der Streitmasse sind dem Lande vorweg die Gegenstände zuzuteilen, die es aus Gründen der Kultur oder Volksgesundheit in Anspruch nimmt, insbesondere Theater samt dazugehörigem Fundus, Schlösser, Museen, Sammlungen, Bibliotheken, Archive, Parklanlagen oder ähnliche Vermögensstücke, vorausgesetzt, daß die in Anspruch genommenen Gegenstände zur Zeit des Inkrafttretens des Gesetzes zur regelmäßigen öffentlichen Besichtigung oder Benutzung freigegeben waren. Die Zuteilung erfolgt ohne Entschädigung, soweit diese Freigabe bereits vor der Staatsumwälzung des Jahres 1918 erfolgt war. Ob in den anderen Fällen eine Entschädigung an die Streitmasse zu leisten ist, richtet sich danach, ob der zugeteilte Gegenstand für das Land einen Nutzungswert hat. Die Höhe der Entschädigung bestimmt das Reichssondergericht nach freiem Ermessen.

Ferner sind dem Lande aus der Streitmasse vorweg Vermögensstücke zuzuweisen, die zur Erfüllung der von dem Lande übernommenen Versorgungsansprüche ehemaliger Hofbediensteter notwendig sind.

§ 7. Aus dem Privatvermögen der vormals regierenden Fürstenhäuser und ihrer Mitglieder (§ 5 Abs. 1) sind dem Lande auf Verlangen Gegenstände der in § 6 Abs. 1 genannten Art zuzuweisen. Ferner ist dem Lande auf Verlangen zuzuweisen: Land- und Forstbesitz, soweit das Land diesen zur Erfüllung seiner staatlichen Notwendigkeiten (Siedlungsmöglichkeiten, Städteerweiterungen, Schaffung von Erholungsstätten und dergleichen) benötigt und die Größe des Besitzes zur Größe des Landes in einem auffälligen Mißverhältnis steht.

Die Zuweisung von Land- und Forstbesitz erfolgt gegen Entschädigung, deren Höhe das Reichssondergericht nach freiem Ermessen bestimmt. Ob und inwieweit für die Zuweisung von Schlössern, Theatern, Museen, Sammlungen, Bibliotheken, Archiven, Parklanlagen und ähnlichen Vermögensstücken eine Entschädigung zu gewähren ist, richtet sich nach freiem Ermessen des Gerichts, insbesondere aber danach,

a) ob sie bereits vor der Staatsumwälzung des Jahres 1918 der Oeffentlichkeit zugänglich oder nutzbar gemacht worden waren,
b) ob sie im ganzen oder teilweise für das Land veräußerlich sind oder nicht,
c) ob für das Land ein Nutzungswert vorhanden und wie hoch er ist,
d) ob und in welchem Umfange für das Land mit der Unterhaltung Lasten verbunden sind.

Die Winzer in Berlin

Für die Aufhebung der Weinsteuer

Eine starke Deputation der Winzer-Vereinigungen von Rhein und Mosel ist in Berlin eingetroffen. Die Vertreter der Winzer hatten im Reichstag Besprechungen mit den parlamentarischen Vertretern der weinbautreibenden Gebiete, und zwar sowohl mit den Reichstagsabgeordneten wie mit den preußischen Landtagsabgeordneten. Wie der „Vossischen Zeitung" mitgeteilt wird, erheben die Winzer als Hauptforderung die vollständige Aufhebung der Weinsteuer. Wenn die Weinsteuer beseitigt würde, so sei das Hauptindernis aus dem Wege geräumt für den jetzt ungeheuerlich stockenden Absatz. Weiter verlangen die Winzer, daß bei Handelsverträgen nicht unter die Zollsätze des italienischen Handelsvertrages herabgegangen wird.

Schließlich fordern sie eine Reform des Weinsteuergesetzes. Nach den jetzt geltenden Bestimmungen kann ein Wein, der z. B. 51 v. H. Moselwein enthält, zu 49 v. H. aber mit spanischem oder anderem ausländischen Wein verschnitten ist, immer noch als Moselwein in den Handel gebracht werden. Die Winzer fordern, daß verschnittener Wein auch als verschnittener Wein deklariert werden muß, um einerseits die Verwendung ausländischer Weine zu vermindern, andererseits aber auch den Konsumenten wissen zu lassen, was er in Wirklichkeit trinkt.

*

Im Reichstagsausschuß für die Notlage der Winzer setzte sich der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft Dr. Haslinde für wirksame Mittel zur Abhilfe der Notlage des Weinbaues ein. Er verwies darauf, daß zurzeit etwa 1,2 Millionen Hektoliter Wein unverkäuflich in deutschen Kellern lagerten. Die Reichsregierung sei bereit, zusammen mit dem Ausschuß Maßnahmen zu ergreifen, die den deutschen Winzern ihre weitere Betriebsführung ermöglichen. Ein Vertreter des Finanzministeriums erklärte, daß eine nähere Aufhebung der Weinsteuer nicht möglich sei. Damit würden schon die Fonds zur Unterstützung der Winzer wegfallen, für die andere Mittel als die Steuer nicht zur Verfügung ständen. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt. Der Ausschuß vertagte sich auf Donnerstag.

Erwerbslosenzahl wenig verändert

Am 1. März 2 056 807 Hauptunterstützungsempfänger

Die Zahl der Erwerbslosen hat in der zweiten Hälfte des Monats Februar 1926 keine nennenswerte Aenderung ergeben. Zwar ist bei den männlichen Hauptunterstützungsempfängern gegenüber der Zahl vom 15. Februar 1926 eine Verminderung von 1 772 338 auf 1 750 757 eingetreten; dem steht aber bei den weiblichen Hauptunterstützungsempfängern eine Zunahme von 285 054 auf 306 050 gegenüber. **Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger ist von 2 058 392 am 15. Februar 1926 auf 2 056 807 am 1. März 1926 zurückgegangen.** Das bedeutet eine Abnahme um 1 pro Mille. Die Zahl der zuschlagsberechtigten Angehörigen weist für den gleichen Zeitraum einen starken Rückgang auf, nämlich von 2 330 873 auf 2 279 518.

Während der Januar eine Zunahme der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um 545 000 gebracht hatte, zeigt für den ganzen Monat Februar die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger eine Abnahme von 23 000, bei den weiblichen eine Zunahme um 49 000; die Gesamtziffer zeigt für den ganzen Monat Februar noch eine geringe Zunahme von 2 030 646 auf 2 056 807 Unterstützte.

Erhöhung der Entschädigungen

Für Auslandsdeutsche und Verdrängte

Im Reichstags-Ausschuß für Entschädigungsgesetze erklärte sich gestern Reichsfinanzminister Dr. Reinhold damit einverstanden, die Rundverfügung über die Rechtsschädigung der Verdrängten und Auslandsdeutschen aufzuheben und weitere Mittel für die Entschädigung bereitzustellen. Die weitere Behandlung der Frage wurde einem Unterausschuß übergeben.

„Angemessene Lebenshaltung"

§ 8. Bei der Verteilung der Vermögensstücke, die nach Erledigung der gemäß § 6 geltend gemachten Ansprüche die Streitmasse bilden, ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage beider Teile zu berücksichtigen. **Hierbei ist einerseits in Rücksicht zu ziehen, daß die wirtschaftliche Lage des deutschen Volkes infolge des Krieges und seiner Nachwirkungen gegenüber den früheren Verhältnissen allgemein wesentlich herabgedrückt ist, und daß bei den vormals regierenden Fürstenhäusern die Notwendigkeit zu solchen Ausgaben weggefallen ist, zu denen sie früher wegen ihrer Stellung als Träger der Staatsgewalt verpflichtet waren.** Anderseits soll den Mitgliedern der vormals regierenden Fürstenhäuser eine angemessene Lebenshaltung gewährleistet und die Möglichkeit gegeben werden, ihre Verpflichtungen zum Unterhalt von Familienangehörigen, sowie zur Zahlung von Gehältern, Ruhegehältern und Hinterbliebenenunterstützungen, deren Rechtsgrund in der Zeit vor der Staatsumwälzung des Jahres 1918 liegt, zu erfüllen. Auch sind die Kosten zu berücksichtigen, die den Mitgliedern der Fürstenhäuser aus der Erhaltung von Kulturdenkmälern, die keine Nutzungen abwerfen, entstehen.

Aus den §§ 9 bis 13 ist hervorzuheben, daß, soweit die zugewiesenen Vermögensstücke eine angemessene Lebenshaltung der zurzeit des Inkrafttretens des Gesetzes lebenden Angehörigen von Fürstenhäusern nicht gewährleisten, vom Gericht eine angemessene, vom Lande zu zahlende Rente festgesetzt werden kann.

§ 14. Kapitalbeträge oder Rentenzahlungen, die nach einer Entscheidung des Reichssondergerichts oder nach einem vor dem Reichssondergericht abgeschlossenen Vergleich von einem Land an ein vormals regierendes Fürstenhaus oder eines seiner Mitglieder zu zahlen sind, dürfen von der empfangsberechtigten Partei bis zum Ablauf des Jahres 1950 nur für ihre privatwirtschaftlichen Bedürfnisse oder zu wohltätigen oder kulturellen Zwecken verwendet werden.

Bis zum gleichen Zeitpunkt ist die Verbringung eines ausgezahlten Kapitals ins Ausland nur mit Genehmigung des Landes zulässig.

Bei Zuwiderhandlungen gegen diese Verpflichtungen kann das Land eine zu zahlende Rente oder ein zu zahlendes Kapital ganz oder teilweise einbehalten oder ein bereits gezahltes Kapital ganz oder teilweise zurückfordern. Streitigkeiten entscheidet das Reichssondergericht.

Rückwirkung des Gesetzes

§ 15. Ist zwischen einem Lande und dem vormals regierenden Fürstenhaus und seinen Mitgliedern nach der Staatsumwälzung des Jahres 1918 oder vor dem Inkrafttreten dieses Gesetzes eine Gesamtauseinandersetzung erfolgt, so hat das Reichssondergericht nach den Vorschriften dieses Gesetzes eine neue Auseinandersetzung vorzunehmen, wenn beide Parteien dies durch übereinstimmenden Antrag binnen sechs Monaten nach Inkrafttreten dieses Gesetzes verlangen.

Ist zwischen einem Lande und dem vormals regierenden Fürstenhaus oder einzelnen seiner Mitglieder durch Schiedsspruch, Vertrag oder Vergleich eine Teilauseinandersetzung erfolgt, so hat das Reichssondergericht auf Antrag einer Partei in die Gesamtauseinandersetzung zwischen dem Land und dem vormals regierenden Fürstenhaus und seinen Mitgliedern auch diejenigen Vermögensstücke einzubeziehen, die den Gegenstand der Teilauseinandersetzung gebildet haben. In einem Falle kann das Reichssondergericht auf Antrag einer Partei von Feststellungen, die durch Urteil, Schiedsspruch, Vertrag oder Vergleich über das Eigentum an einzelnen Vermögensstücken getroffen worden sind, abweichen, wenn es mit Zweidrittelmehrheit feststellt, daß sich die früheren Feststellungen auf Erwägungen gründeten, die mit den Vorschriften der §§ 5 und 9 dieses Gesetzes unvereinbar sind.

§ 16. Ein zwischen den Parteien beim Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehender Schiedsvertrag hindert die Anrufung des Reichssondergerichts nicht.

In den §§ 17 bis 19 wird u. a. über das Verfahren bestimmt, daß dem Reichssondergericht Rechtshilfe zu leisten ist. Die Verhandlung ist öffentlich. Das Gericht hat zunächst einen gütlichen Ausgleich zu versuchen. Im übrigen bestimmt es sein Verfahren nach freiem Ermessen.

§ 20. **Die Entscheidungen des Reichssondergerichts wirken für und gegen alle Mitglieder des Fürstenhauses, auch wenn sie nicht an dem Verfahren teilgenommen haben.**

Die Einschreibungen sind vollstreckbar nach den Vorschriften, die für die rechtskräftigen Urteile der ordentlichen Gerichte in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten gelten. Dasselbe gilt für die vor dem Reichssondergericht abgeschlossenen Vergleiche.

Nach § 21 wird bei Abschluß des Verfahrens von den Parteien eine Gebühr für die Reichskasse erhoben.

§ 22. Das Reichsfondergericht ist auch zuständig für Streitigkeiten, die die Staatsrenten betreffen, die den übrigen in den Artikeln 57, 58 des Einführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch bezeichneten früheren landesherrlichen und den diesen gleichgestellten Häusern und ihren Rechtsnachfolgern auf Grund von Gesetzen, Erlassen oder Verträgen zustehen.

Auf Verlangen des Landes ist die Rente in eine Kapitalabfindung umzuwandeln; anderenfalls ist die Ablösung der Rente durch allmähliche Tilgung herbeizuführen.

Die Rente kann für erloschen erklärt werden, wenn im Hinblick auf ihren Entstehungsgrund und die seitherige geschichtliche Entwicklung ihr Fortbestand nicht gerechtfertigt erscheint.

§ 23 ermächtigt den Reichsjustizminister zur Bestellung von Hilfsrichtern an Stelle zum Sondergericht eingezogener Reichsgerichtsmitglieder.

§ 24. Die Reichsregierung wird ermächtigt, zur Durchführung des Gesetzes Rechts- und Verwaltungsverordnungen zu erlassen."

(Hierzu drei Beilagen)

Verlag und Druck: Ullstein A.-G. Berlin.
Verantwortlich für die Anzeigen: Willy Sauer, Neukölln.

Tag in Moabit

Der Räuber

Das Gericht hat sich zur Beratung zurückgezogen. Der junge Spitzbube, wegen Taschendiebstahls mehrfach — auch mit Zuchthaus vorbestraft, lächelt den beiden Mädchen zu, die hinten im Zuschauerraum sitzen. Es ist ein sehr langes Lächeln. Lassen sich auch auf die Entfernung keine Worte zuflüstern, so muß der wechselnde Gesichtsausdruck helfen. Es sprechen die Augen, die Mundwinkel. Die Mädchen kichern, als ob der Bursche den besten Witz der Welt gemacht hätte. Er muß rasend amüsant sein, dieser Rowdy. Eine geschlagene halbe Stunde seine Damen so aus der Entfernung unterhalten zu können — keine Kleinigkeit.

Inzwischen berät drin das Berufungsgericht, ob der Angeklagte fünf Jahr Zuchthaus bekommen soll oder weniger. Er hat nämlich etwas sehr Einfaches begangen, was juristisch sehr knifflich ist. Er hat einem Herrn auf der Straße die Uhr aus der Weste gezogen, ist fortgelaufen. Der Bestohlene holte ihn ein, schlug ihn zu Boden, nahm ihm nach ziemlich heftigem Kampfe die Uhr wieder weg — bekam aber dann von dem Spitzbuben noch einige recht empfindliche Messerstiche. Die Sache bedarf der Ueberlegung: die Wegnahme der Uhr ist ein einfacher Diebstahl. Ein Dieb aber, der Gewalt verübt, um sich im Besitze des gestohlenen Gutes zu erhalten, ist „gleich einem Räuber zu bestrafen“. Die Tatsache, daß der Dieb nach erfolgter Wegnahme des gestohlenen Gutes erst das Messer zog und damit den Bestohlenen verletzte, wurde im ersten Urteil als ein besonderes Delikt — schwere Körperverletzung — angesehen.

Das Berufungsgericht berät sehr eingehend. Endlich verkündet es das Urteil, und aus der Begründung erfährt man, daß die Sache einige Mühe gemacht hat. Es handelt sich um einen vielfach kommentierten Schulfall. Ebermayer neigt dazu, ihn als qualifizierten Diebstahl anzusehen. Das Gericht hält sich an den Paragraphen 252, der den Dieb als einen Räuber bestraft wissen will. Andererseits rechnet es die nachträgliche Messerstecherei als zugehörig zu der verpönten Gewaltsanwendung, nimmt also nicht auch noch Körperverletzung an. Mildernde Umstände mußten versagt werden, doch verhehlt das Gericht nicht, daß die zwangsläufig gebotene Strafe von fünf Jahren Zuchthaus eine sehr schwere, mit dem heutigen Empfinden kaum zu vereinbarende sei. Es rät dem Angeklagten, er möge sich gut führen und nach einigen Jahren auf dem Gnadenwege einen teilweisen Erlaß der Strafe zu versuchen.

Das Lächeln ist längst zu Ende. Noch ein Blick in den Zuschauerraum. Vorbei.

Die Verbrecherin

Sie trägt auf dürrem Halse den erstaunlichsten Kopf. Eine kluge, schön gewölbte Stirn, unter hochgewölbten schwarzen Brauen zwei herrlich dunkle Augen, den Ansatz zu einer kühn geschwungenen Nase, die aber nicht fertig geworden ist. Kurz unter der Biegung bricht die Nase plötzlich ab — das ganze Gesicht bricht ab. Es bleibt ein Mund, der eigentlich nur eine mißgestaltete Wunde ist — wie vom vielen Lügen. Und wohl auch vom Lieben. Eine schiefe Oeffnung mit herabhängenden Winkeln, nicht übermäßig groß, aber wulstig, häßlich, eigentlich gar kein Mund. Im Profil ein gefangener Raubvogel, der sich den Schnabel an dem Gitter abgewetzt hat.

Sie hat ja auch lange genug gesessen. Wegen Diebstahls war sie mehrfach bestraft, auch wegen Betruges. Sie, die damals in erster Ehe verheiratet war, log den Männern vor, sie sei unverheiratet und erschwindelte Geld von ihnen. Einen dieser Herren soll sie sogar zu ermorden versucht haben, aber man sprach sie frei.

Heute gibt sie an, allerhand Betrügereien und Urkundenfälschungen begangen zu haben, um ihren Liebhaber mit Geld zu versehen — vielfach unter seiner Leitung. Der Liebhaber kam in erster Instanz mit mildem Urteil davon, weil man sie für die Seele der Betrügereien ansah und sie zu einem Jahre Zuchthaus verurteilte.

Sie spricht klar, mit angenehmer Stimme; es ist, als sei sie bemüht, nur die edlen Bestandteile ihres Kopfes denken und sprechen zu lassen. Und dennoch ist es der fürchterliche Mund, der redet. Es kommt darauf an, die Schuld auf den abgestraften Liebhaber zu wälzen, den man nicht mal als Zeugen geladen hat. Wird sie es können, ohne zu lügen?

Um welches Leben kämpft sie? Einmal, als sie unter der Anklage des Mordes stand, wollte sie das Leben wegwerfen und schoß sich eine Kugel in die Brust.

Heute ist sie ihren Liebhaber los und — trotz aller Vorstrafen — die Frau eines Uhrmachers und Juweliers. So stark ist noch immer der Zauber dieser Augen. Aber nicht für das Gericht, das die Berufung verwarf.

Sling.

Das große Glück

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“

✱ **Duisburg,** 10. März

Gestern nachmittag erhielten zwei Duisburger Straßenbahner, die Gebrüder Pfeiffer, vom Auswärtigen Amt in Berlin die Nachricht, daß ihnen von einem amerikanischen Verwandten eine Erbschaft in Höhe von 13 Millionen Mark zugefallen sei. Die beiden haben ihren Dienst sofort niedergelegt und sich nach Berlin zur Entgegennahme der Testamentsurkunde begeben.

Ein deutscher Skifahrer bei Arosa tödlich verunglückt. Wie der „Vossischen Zeitung“ aus Zürich gedrahtet wird, unternahm am Dienstag der 22jährige Georg Graf von Werthern aus Beichlingen (Thüringen), der vor vierzehn Tagen in Arosa zu einem Sportaufenthalt eingetroffen war, mit einem Begleiter eine Skitour auf das Weißhorn. Beim Abstieg lösten die Skifahrer beim Traversieren eines Abhanges am Brüggerhorn eine Lawine aus, von der Graf Werthern 250 Meter in die Tiefe mit fortgerissen und verschüttet wurde. Er konnte nur noch als Leiche geborgen werden. Sein Begleiter Salochin blieb unverletzt. — Die drei Insassen des Bergwirtshauses, das, wie berichtet, bei Davos von einer Schneelawine verschüttet wurde, sind von der Bergungskolonne tot aufgefunden worden.

Barmat im Lazarett des Untersuchungsgefängnisses. Julius Barmat ist am gestrigen Mittwoch vormittag vom Untersuchungsgefängnis nach der Charité übergeführt worden, wo ihn Geh. Rat Kraus einer eingehenden Untersuchung unterzog. Das Gutachten dieses medizinischen Sachverständigen soll die Grundlage für die Entscheidung der Strafkammer über den Haftentlassungsantrag der Verteidigung bilden. Die Feststellungen Geh. Rats Kraus werden der Kammer im Laufe des heutigen Donnerstag übermittelt werden. Julius Barmat wurde nach der Untersuchung wieder nach Moabit zurückgebracht, wurde aber hier in das Lazarett des Untersuchungsgefängnisses eingeliefert, während er bisher in einer Zelle untergebracht war.

Juwelenraub mit Feuerwerk

Böllerschüsse unter der Hochbahn

Ueber 50000 Mark erbeutet

Gestern abend kurz vor 7 Uhr feuerten unbekannte Verbrecher unter dem Hochbahnviadukt an der Ecke der Danziger Straße und der Schönhauser Allee zwei sogenannte Kanonenschläger, ganz besonders laute Feuerwerkskörper, ab und benutzten die Verwirrung der Passanten, die an ein Explosionsunglück glaubten, dazu, um das Schaufenster des Juweliergeschäfts von Bonneck in der Schönhauser Allee 45 mit einem Feldstein zu zertrümmern und auszurauben. Unter den gestohlenen Gegenständen befinden sich zwei Brillantohrgehänge im Werte von 50 000 M., ferner Gold- und Schmucksachen von hohem Wert. Die Täter sind unerkannt entkommen. Es handelt sich hier um einen Einbruch, wie er sich in der Kriminalgeschichte Berlins bisher noch nicht ereignet hat.

Das Einbruchsattentat, das zweifellos von langer Hand vorbereitet und bis in alle Einzelheiten ausgearbeitet war, trug sich zu einer Zeit zu, in der die Läden noch sämtlich geöffnet und hell erleuchtet waren, an einer Stelle besonders lebhaften Verkehrs. Plötzlich ertönte eine furchtbare Detonation, der hintereinander mehrere prasselnde Schüsse folgten. Da niemand wußte, was eigentlich vor sich ging, und zu gleicher Zeit Rufe laut wurden: „Explosion!“, „Vorsicht, Revolverschüsse!“, bemächtigte sich der Menge eine Panik. Alles lief schreiend auseinander und suchte sich möglichst in den nächstgelegenen Häusern in Sicherheit zu bringen. Eine halbe Minute später war die Straße vollkommen leer.

In diesem Moment gab es einen zweiten Knall, abermals unter dem Hochbahnviadukt. Zu gleicher Zeit sah man einen Mann einen großen Gegenstand in das Schaufenster des Juwelengeschäftes von Bonneck schleudern. Jetzt erkannten auch mehrere Straßenpassanten, die von weitem den Vorgang beobachteten, um was es sich hier handelte und liefen herbei, um den Einbrecher festzunehmen. Als dieser sich verfolgt sah, verschwand er in dem Hausflur des Gebäudes Schönhauser Allee 45 und entkam über die Nachbarhöfe. Um seine Helfershelfer, die die Feuerwerkskörper zur Explosion brachten, hatte sich in der Hast und Aufregung zunächst niemand gekümmert, so daß die ganze Bande spurlos verschwinden konnte.

Nachdem der erste Schrecken vorüber war, wurde die nächste Polizeiwache alarmiert. Der Gegenstand, den der eine der Täter in das Schaufenster des Juwelengeschäftes geworfen hatte, wurde noch in der Auslage gefunden und entpuppte sich als ein Feldstein, der mit Tüchern umwickelt worden war, damit bei dem Auffallen des Steines die Brillanten und die anderen Juwelen nicht beschädigt würden. Die Durchsuchung der Auslage ergab, daß der Täter nur die wertvollsten Gegenstände geraubt hatte, und zwar neben einigen kleineren Schmucksachen zwei Paar außerordentlich wertvolle Brillantenohrringe, von denen das eine Paar einen Wert von etwa 30 000 Mark und das andere von ungefähr 20 000 Mark besitzt.

Der Einbrecher, der den kühnen Raub in der Juwelenauslage verübt hatte und dann, von Straßenpassanten verfolgt, in den Hausflur des Gebäudes Schönhauser Allee 45 geflüchtet war, ist offenbar mit der Oertlichkeit aufs genaueste vertraut gewesen. Das Haus Nummer 45 ist ein Eckgebäude und besitzt einen zweiten Ausgang nach der Danziger Straße zu. Die Verfolger des Täters nahmen an, daß dieser den Weg über den Hof und den zweiten Ausgang benutzt habe. Wie sich aber danach herausstellte, hatte der Verbrecher vorher im Dunkel des Hofes eine Leiter an die Mauer des Nachbarhofes angelegt und war so auf das Grundstück Schönhauser Allee 44 gelangt. Von dort aus erreichte er das Freie und verschwand unbehelligt auf der Straße.

Filmexplosion in Schöneberg

In einer chemisch-technischen Fabrik — Drei Arbeiter schwer verletzt

Gestern nachmittag gegen 5 Uhr ereignete sich in der chemisch-technischen Fabrik von Colemann G. m. b. H. am Sachsendamm 16/21 in Schöneberg, die sich auf einem Kohlenlagerplatz befindet, anscheinend durch Kurzschluß ein schweres Explosionsunglück. Die Fabrik befaßt sich im wesentlichen mit der Verwertung alter Filmstreifen, die in ihre chemischen Substanzen zerlegt und teils als Düngemittel, teils als Zelluloid wieder verwendet werden. In einem Raum der Fabrik waren drei Arbeiter mit dem Reinigen der Filmstreifen beschäftigt, als plötzlich Feuer entstand, das die dort lagernden Filmreste in Brand setzte. Die Arbeiter wurden im Gesicht und an den Händen so schwer verletzt, daß sie in das St.-Norbert-Krankenhaus gebracht werden mußten. Vier Züge der Feuerwehr, aus Wilmersdorf, Tempelhof, Friedenau und Schöneberg weilten bis 7 Uhr an der Brandstelle. Die Haupträume der Fabrik sind ausgebrannt, so daß der Betrieb für mindestens eine Woche unterbrochen werden muß.

Das Unglück erinnert in seinen Einzelheiten an die Explosion in der Chausseestraße in Britz, wo sich gleichfalls in einer Filmverwertungsanstalt eine ähnliche Explosion ereignete, die damals mehrere Todesopfer forderte. In dem gestrigen Falle war die Wirkung nur deshalb geringer, weil die Räume der Fabrik in einem barackenartigen ehemaligen Pferdestall untergebracht sind, so daß selbstverständlich angesichts des verringerten Widerstandes die Wucht der Explosion vermindert wurde. Durch die Stichflammen, die meterhoch aus dem brennenden Filmlager schossen, wurde der Dachstuhl der Baracke in Brand gesetzt, so daß sich die Flammen von allen Seiten in dem Gebäude ausbreiten konnten.

Die Arbeiter Erwin Günther aus der Bürgerstraße 35, Fritz von Geer, aus der Grunewaldstraße 9 in Schöneberg und Willi Leuenberg aus der Büchener Straße 12, trugen Verbrennungen davon, besonders in der Stirngegend. Bei einem von ihnen befürchtet man den Verlust des Augenlichtes.

Der Sachschaden in der Fabrik ist sehr bedeutend, obwohl die Maschinen erstaunlicherweise bei der Explosion verschont geblieben sind. Auch die Büroräume haben keinen Schaden erlitten. Der umsichtigen Leitung des Branddirektors Berg war es zu danken, daß das Feuer auf seinen Herd beschränkt wurde. Die ersten Löschzüge konnten um 6, die letzten um 7 Uhr abrücken.

Die Unterschlagung des Wohlfahrtskommissars

Verhaftung des Kaufmanns Dyrenfurth

Der 59 Jahre alte Kaufmann Dyrenfurth, der als Vorsteher der Wohlfahrtskommission beim Bezirksamt Kreuzberg Unterschlagungen in Höhe von etwa 3000 M. begangen hat, ist gestern mittag von der Kriminalpolizei verhaftet und dem Vernehmungsrichter im Polizeipräsidium vorgeführt worden.

Dyrenfurth ist geständig. Er gibt an, die Unterschlagungen aus wirtschaftlicher Notlage verübt zu haben. Die Veruntreuungen waren an den Tag gekommen, als ein Beamter des Bezirksamtes bei Nachprüfung der Listen feststellte, daß für eine bereits verstorbene Person Unterstützungen gebucht waren. Bei Vorladung der Tochter der Verstorbenen hörte man überraschenderweise, daß Dyrenfurth entgegen den Buchungen gar keine Unterstützungen gezahlt hatte.

Ueberschwemmungskatastrophe in Kowno. Die Hauptstadt Litauens Kowno wird von einer verheerenden Ueberschwemmung bedroht. Die Memel ist in den letzten Tagen etwa 7 Meter gestiegen und hat die Stadt, die am Zusammenfluß von Memel und Bilija liegt, zum größten Teil unter Wasser gesetzt. Verschiedene Brücken sind bereits fortgerissen worden. Der angerichtete Schaden geht in die Millionen.

Ein holländischer Segler gesunken. Wie der „Vossischen Zeitung“ aus Hamburg gedrahtet wird, ist der holländische Segler „Alfa“, acht Meilen westnordwest vom „Elbfeuerschiff I“ in Seenot angetroffen worden. Ein Schlepper versuchte ihn bei schwerem Wetter nach Hamburg zu schleppen, was jedoch infolge des Sturmes und der hochgehenden See nicht möglich war. Die Schlepptrossen rissen, und das Schiff ging zwei Meilen nordnordwest vom „Elbfeuerschiff“ unter. Die vierköpfige Besatzung konnte vorher von dem Schlepper mit Hilfe eines Raketenapparates geborgen werden.

2000 Mark aus der Tasche gestohlen. Dreiste Taschendiebe stahlen gestern abend auf einem Straßenbahnwagen der Linie 154 einem Ingenieur die schwarzlederne Brieftasche mit 2000 Mark, nachdem sie ihm, ohne daß er es merkte, von dem zugeknöpften Jackett den obersten Knopf abgeschnitten hatten.

Der nächste Hausfrauen-Nachmittag von „Ullsteins Blatt der Hausfrau“, der „Praktischen Berlinerin“ und der „Modenwelt“ findet Freitag kommender Woche im großen Saal der Philharmonie mit neuem Programm statt. Beginn bereits ½3 Uhr. Karten sind von Montag ab in allen Ullstein-Filialen zu haben. Wer sich durch Vorzeigen des neuesten Heftes als Leser ausweist, zahlt den halben Preis.

Kontradiktorischer Abend

Der Künstler in der Gemeinschaft

Es scheint, daß die „Freunde der Sozialistischen Monatshefte“ in ihren ersten drei Abenden (von denen in der „Vossischen Zeitung“ ausführlich die Rede war) in der kontradiktorischen Technik in der Tat einige Fortschritte gemacht haben; denn an diesem vierten — wiederum im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats — gab es wirklich so etwas wie eine richtige Diskussion mit Rede und Gegenrede. Schade nur, daß man das Publikum von vornherein zum bloßen Zuhören verurteilt hatte, und spontane Zwischenrufe beim Präsidentenstuhl (den Julius Kaliski innehatte), nicht allzu willkommene Aufnahme fanden. Auch hielt sich ein Teil der zugelassenen oder richtiger: beauftragten Redner, immer noch zu sehr ans Manuskript; die meisten verlasen, was sie zu Hause aufgesetzt über das ihnen gestellte Thema. Eigentlich waren es sogar zwei Themata, die ohne notwendigen Zusammenhang und ein wenig belastend für einen Abend — 3½ Stunden! — von den Veranstaltern gewählt worden waren: ein praktisch politisches und ein mehr abstraktes, kunstsoziologisches.

Das politische Referat — über den Gesetzentwurf gegen Schmutz und Schund — hielt Stadtschulrat Dr. Löwenstein; er wies eindringlich auf die Gefahren dieses Gesetzes hin, das in der Meinung, die Jugend zu schützen, die Erwachsenen angreife, und einen ersten Schritt darstelle auf dem Wege zur Zensur und Bevormundung allen geistigen Lebens. Dr. Eloesser versuchte dem Gesetz sowohl wie dem Schmutz und Schund selbst sozusagen die beste Seite abzugewinnen, wobei er sich aus Versehen und außeramtlich beinahe zu einer G. K. Chestertonschen Apologie der Schundliteratur verstieg. Doch als Vorsitzender des Schutzverbandes deutscher Schriftsteller wie als Vater eines Sohnes, den er nicht gerade erzogen, aber immerhin „mit Interesse hat heranwachsen sehen“, fand er dann doch gegen das durch die bunten Heftchen gezüchtete Bicepstum der Phantasie schärfere Worte, die freilich Herr Stössinger, weniger milde und unkämpferisch-abgeklärt von Natur, lieber gegen das Gesetz gerichtet gesehen hätte.

Dabei ergab sich das Paradoxe, daß in diesem Falle das politische Thema die Gemüter weit weniger erregte als jenes andere allgemein kultureller Art. Wenn hier der eigentliche Sinn des Abends erreicht wurde, und es wirklich zu einem Kreuzen der Klingen kam, so war es einer, der Leben in die Bude brachte, wie man zu sagen pflegt: Alfred Döblin, klein, mit schmalem, scharfem Gesicht, bebrillt, stellt sich ans Pult, geladen mit Leben, explodierend, fast schuljungenhaft frech —: er hat sich nicht vorbereitet auf das Thema, die aufbauende Aufgabe, die man ihm gestellt, und die da lautete „Kunst und Gemeinschaft“; er hat nur zugehört, was vor ihm Adolf Behne darüber zu sagen hatte, und es war gewiß sehr geistvoll, was dieser Behne sagte: Kunst sei nicht zeitlos, ihre Geschichte kein spannungsloses Nacheinander, sondern bewußte Entwicklung, wie Ge-

0106

schichte der Menschheit Fortschritt zur Gemeinschaft, so müsse auch die Geschichte der Menschheitsfunktionen zu einem Ziel hinführen, gerichtet sein, Politik mit einem Wort, nicht im Sinne schlechter Parteikunst allerdings, denn Qualität verstehe sich immer von selbst. ... Es war sehr klug, zu klug vielleicht, und hatte für Döblin nur den einen Fehler: er verstand es nicht. Er griff mit ein paar Handbewegungen einige Sätze heraus: er weiß nichts anzufangen mit dem Begriff „Gemeinschaft", wenn er am Schreibtisch sitzt, kennt er keine Gemeinschaft; wer einen Quadratmeter über den Schreibtisch hinaus sieht, ist kein Künstler mehr, für den Schaffenden gibt es nur Einsamkeit, höchstens religiöse Gemeinschaft mit irgend etwas, das jedenfalls nicht das Publikum ist. Der Künstler ist Privatmensch, nirgends so sehr wohl wie in Deutschland, er spürt keine Wirkung, was ist das bißchen Klatschen im Theater, geschweige die Abrechnung des Verlegers.

So spricht ein deutscher Romancier mit hohen Auflagen. Seltsam zu sehen, wie die folgenden Redner — denn es gab noch eine prominente Liste: Herwarth Walden, Paul Westheim, Elta Federn, der sozialistische Pfarrer Franke (der „persönlich" sich zum Kunstgenuß bekannte, aber als Christ und Tolstoianer sich keinen Theaterbesuch meinte gönnen zu dürfen) — seltsam also und ein bißchen peinlich, wie fast alle, entzündet von Döblins Temperament, über den Dichter herfielen, wie sie genau wußten, was er der Tradition, was er Goethe verdankt, und ihn bestenfalls als pathologischen Sonderfall gelten ließen... Merkwürdig andererseits, aus dem Munde des traditionslosesten lebenden Epikers zu hören, er sei „kontraeisenbahnial" gesinnt, erkenne menschliche Verbundenheit durch Technik nicht an: beinahe sentimentaler Einwand dessen, der das technische Epos der „Berge, Meere und Giganten" schuf... —hs—

Mindestgebühr oder Grundgebühr?

Neuregelung des Fernsprechtarifs

Die Organisationen des Groß- und Außenhandels haben beim Reichspostministerium Schritte unternommen, um eine Herabsetzung resp. Umformung der Postgebühren und vor allem des Fernsprechtarifs zu erreichen. Der augenblickliche Fernsprechtarif sieht für 50 Gespräche eine Mindestgebühr von 7,50 M. vor. Darüber hinaus kostet jedes weitere Gespräch 15 Pfennig und bei Erreichung besonders hoher Gesprächszahlen sinkt diese Gebühr langsam auf die 10-Pfennig-Grenze. Von den Handelsorganisationen wird nun die Wiedereinführung der früher üblichen Grundgebühr, verbunden mit einer erheblichen Herabsetzung der Gesprächsgebühren, verlangt. Das bedeutete also, daß der Teilnehmer eine Grundgebühr entrichtet, z. B. 7,50 Mark. Für diese 7,50 Mark leistet die Post gar nichts. Sie wäre dadurch aber in die Lage versetzt, die Gespräche statt wie augenblicklich für 15 Pfennig künftig für 5 Pfennig zu geben. Den Vorteil von dieser Regelung hätten zunächst natürlich die Vielsprecher, während die Inhaber eines gewöhnlichen Privatanschlusses, der eine Frequenz von 50 bis 100 Gesprächen aufweist, dabei erheblich zu kurz kämen.

Nun liegt die Sache so, daß die Post gar nicht abgeneigt ist, die Grundgebühr wieder einzuführen. Wenn die Post aber willfährig ist, dann hat das immer einen Haken. In der Tat erklärt die Post, sie müsse die Grundgebühr bedeutend höher als die augenblickliche Mindestgebühr von 7,50 Mark ansetzen, sonst komme sie bei der Gebührenermäßigung nicht auf ihre Kosten. Der Teilnehmer, der im Monat 75 Telephongespräche führt und dafür 11,25 bezahlt, müßte also künftig eine Grundgebühr von beispielsweise 10 Mark und dann noch alle Gespräche extra mit fünf Pfennigen bezahlen, er hätte also statt 11,25 Mark 13,75 Mark für dieselbe Zahl von Gesprächen zu bezahlen. Man sieht, es kommt bei der ganzen Sache weniger auf das Prinzip der Grundgebühr als auf die Durchführung des Prinzips an, und die muß vor einer endgültigen Festlegung sorgfältig nach allen Richtungen hin geprüft werden.

R. j. F., Ortsgruppe Berlin, Bezirk Nord, veranstaltet heute abend 8 Uhr in den Musiker-Festsälen, Kaiser-Wilhelm-Str. 23, eine Bezirksversammlung mit Damen. Vortrag des Chefredakteurs Fritz Goetz.

Das „entführte" Kind. Einem Münchener Bankdirektor zertrümmerte, als er im Juli durch Weilheim fuhr, ein elfjähriges Mädchen aus Uebermut ein Fenster seines Windschutzes durch einen Steinwurf. Der Bankdirektor nahm das Kind, das seinen Namen zu nennen sich weigerte, im Auto noch ein Stück außerhalb der Stadt mit und setzte es bei Mietgarten ab. Das Gericht in Weilheim verurteilte ihn wegen Freiheitsberaubung zu 100 Mark Geldstrafe. Nun hat das Landgericht München II seine Berufung kostenpflichtig verworfen.

Explosionsunglück bei der Münchener Reichswehr. Bei einer Sprengübung auf dem Uebungsplatz der Pioniere in Freimann bei München versagte die elektrische Sprengleitung. Der an der Probesprengung beteiligte Obergefreite Stahl wollte nach dem Fehler sehen, als plötzlich die Explosion erfolgte. Stahl wurde in die Luft geschleudert und zerrissen.

Preis 1/4 Dose 75 Pf., 1/2 Dose Rm. 1.40, 1/1 Dose Rm. 2.50.
Erhältlich in allen einschlägigen Geschäften
Wichsmädel-Werke Dresden/Berlin, Fspr. **Moritzpl. 113 60**

Freigabe der Autorennen

Umschwung in der Auffassung der Industrie

Nachdem am Dienstag im Reichsverband der Automobilindustrie eine Sitzung stattgefunden hatte, die sich mit der Aufhebung des seinerzeit erlassenen Verbots der Beteiligung an Automobilrennen im Jahre 1926 befaßte, tagten gestern die Vertreter des Reichsverbandes mit den Vertretern der obersten nationalen Sportkommission in den Räumen des Automobilklubs von Deutschland, um die noch bestehenden Differenzen endgültig zu beseitigen. In bezug auf das seinerzeit vom Reichsverband an die Ministerien der Länder gerichtete Gesuch, die Automobilveranstaltungen auf der Landstraße nicht zu genehmigen, wurde ein vollständiges Einvernehmen erzielt. Der Reichsverband wird den Regierungen sofort von dieser Einigung Kenntnis geben und mitteilen, daß er gegen die Abhaltung des von der obersten nationalen Sportkommission endgültig genehmigten Automobilprogramms für 1926 keine Einwendungen zu erheben hat. Gleichzeitig hat der Reichsverband seinen Mitgliedern die Teilnahme an den Rennen 1926 freigestellt.

Also doch Europameisterschaft

Der im Sportpalast für morgen abend angesetzte Boxkampfabend wurde neuerdings, und zwar auf den 19. März, verschoben, da an diesem Tage der Europameister René Devos, der sich beim Training, wie gemeldet, eine leichte Verletzung zugezogen hatte, wieder vollkommen kampffähig sein wird. Die J. B. U. hat mit dem heutigen Tage die Direktion des Sportpalastes verständigt, daß sie die Abhaltung des Kampfes Devos—Domgörgen als Europameisterschaft bewilligt. Als Termin war der 12. März festgesetzt, doch ist ganz selbstverständlich anzunehmen, daß die J. B. U. auch für den 19. den Europameisterschaftskampf für Berlin bewilligen wird. Damit ist die erste Europameisterschaft auf deutschem Boden und die erste, *an der auch* ein deutscher Boxer teilnimmt, nun doch sichergestellt, und der Sportpalast hat zweifellos richtig gehandelt, wenn er, um sich diese Attraktion zu sichern, seinen Kampfabend ein zweites Mal verschoben hat. Die Rahmenkämpfe bleiben die gleichen.

Die Pfarrgehilfin

Eröffnung der Stadtsynode

Die Berliner Stadtsynode, deren jährliche Tagungen für die evangelische Kirche Berlins von großer Bedeutung sind und sowohl die Arbeit der Gemeinden wie die großen kirchlichen Gesamtaufgaben entscheidend bestimmen, trat gestern zu ihrer diesjährigen Sitzung im Gemeindehaus der Elisabeth-Kirche zusammen. Der Vorsitzende, Geheimrat Dr. Rieders, gab einen kurzen Rückblick auf das vergangene Jahr, das schon ganz im Zeichen der neuen Kirchenverfassung gestanden habe. Man könne feststellen, daß die evangelische Kirche Berlins sich in einer Aufwärtsbewegung befinde und den Willen zur Lösung der ihr gestellten neuen Aufgaben überall in die Tat umzusetzen versuche.

Der erste größere Beratungsgegenstand war die Frage der Pfarrgehilfinnen. Es wurde von allen Seiten die Notwendigkeit anerkannt, den Pfarrern zunächst in der Großstadt, wo es sich oft um Bezirke von 10 000—15 000 Seelen handelt, zu ihrer Entlastung Pfarrgehilfinnen zur Seite zu stellen und diese Neurung allmählich auf sämtliche Gemeinden auszudehnen. Die im Etat dafür vorgesehenen Mittel wurden bewilligt und die nähere Behandlung der Materie einem besonderen Ausschuß überwiesen.

Zur Frage der kirchlichen Krematorien gab Pfarrer Dr. Luther im Namen seiner Fraktion, der Freien Volkskirchlichen Vereinigung, die Erklärung ab, daß von ihm und seinen Freunden der Beschluß der letzten Generalsynode, die Errichtung kirchlicher Krematorien abzulehnen, außerordentlich bedauert werde, und daß man deswegen verstärkte Teilnahme der Kirche und der Geistlichen bei der Ausgestaltung der Feuerbestattungsfeiern fordern müsse.

Personalien. In Breslau ist der Bürgermeister a. D. Dr. h. c. Hans Trentin, nach längerem Leiden im Alter von 60 Jahren gestorben.

„Das unerkannte Preußen." Für den Gießener Philosophieprofessor Dr. Ernst Horneffer, der im Herrenhaus über „Das unerkannte Preußen" sprach, ist Deutschland das Land, in dem allein die beiden menschlichen Grundkräfte Kants, der individualistische Freiheitsdrang und der soziale Ordnungszwang, sich nicht durchgerungen haben, sondern, ins Extrem gesteigert, einander in der Herrschaft ablösen. In Kant sind Weimar und Potsdam zu einer höheren Einheit verschmolzen. Die Freiheit ist die freiwillige Unterordnung unter das Gesetz, und Preußen unter Friedrich dem Großen habe diesen wahren, persönliche Freiheit gegen Pflichterfüllung gewährenden Staat der Deutschen verwirklicht. Wird hier, stark idealisierend, dem System zugeschrieben, was der Einmaligkeit eines Genies gelang, so hält Horneffer das Ende für eine Folge der Loslösung vom Kantschen Ideal. Wenn dem so wäre, so müßte das „unerkannte Preußen" durch freiwillige Einsicht wieder herzustellen sein. Prof. Horneffer hält das auch für möglich, und sein zweiter Vortrag sollte dartun, wie „der werdende Staat" aufzubauen sei. Die große schöpferische Persönlichkeit ist es, in deren ordnende Hände die Masse ihre Freiheit legen soll. Vertrauen sei die Vorbedingung der wahren Demokratie, und drei große Staatsmänner hätten sie verkörpert: Friedrich der Große, der Freiherr vom Stein, Bismarck. Wie aber sollen die rechten Männer an die rechte Stelle gelangen? Hier nun wird der Philosoph zum Pädagogen: Die Regierung hat die sittliche Pflicht, nach dem Genie auszuspähen und es zu erziehen. Zu diesem Zwecke soll eine Institution, vergleichbar dem ehemaligen Generalstab, ins Leben gerufen werden, in der die fähigen Köpfe aus der Politik ebenso eine Wissenschaft, wie etwa Technik es ist, machen sollen. — Hoffnungslose Romantik eines Geistes, dessen Gescheitheit und Wendigkeit dabei keineswegs zu verachten ist! Er und viele andere mit ihm gehen an die Probleme der Gegenwart mit dem Bildungsarsenal der spätfeudalen, humanistischen Epoche heran. Den archimedischen Punkt hinter der Politik: die elementare technische (nicht soziale) Revolution seit 1870 haben sie nicht erkannt. Welch ein Schritt zurück hinter Rathenau! Nein — wenn es schon Spengler sein muß — dann wenigstens kein liberaler Spengler! —ei—

Zirkus Busch

Ein neues Programm, der alte Faden. Der equestrische oder richtiger: der zircensische Teil ist wie immer bemerkenswert und erhält qualitativ sein beträchtliches Niveau durch Georg Burkhardt-Foottit, den sichersten Schulreiter unserer Zeit. Wie sein Meister Fillis mußte er in die Jahre kommen, um sein Höchstes leisten zu können. Es gibt heute keinen Dresseur, der seine Tiere — diesmal den fünfjährigen ostpreußischen Fuchs Quadro — so fertig in die Piste-Manege brächte, keinen Reiter, der sein Pferd so elegant, so ohne Hilfen, so suggestiv in der Hand hätte, der so himmlisch ruhig, mit so männlicher Festigkeit und Leichtigkeit, so rank und schlank im Sattel säße, wie dieser geniale Schwiegersohn und unentbehrliche Mitarbeiter des alten Paul Busch. Seine Arbeit ist frei von aller banalen Kunstreiterei, — es ist klassische Kunst und doch individuell gefärbt durch die fast improvisierten kleinen Erfindungen und Variationen, die der Reiter in die Tradition der Gangarten und Formen einschmuggelt. Wie dankbar das Publikum auch heute noch für den reinen Zirkussinn ist, bezeugte der Beifall: es war der stärkste des Abends. Die Freiheitsdressuren des Williams sen. standen nicht auf dieser künstlerischen Höhe.

Kommen die Spezialitäten: ein makabrer Akt der drei Schwestern Oplos, die auf dem Drahtseil mit dem Einrad ihre sensationelle „Todesfahrt" ausführen, kaltblütig und gewandt, ist gutes Varieté. Ueber dem Durchschnitt stand der Entfesselungskünstler Martin Szeny, ein Mexikaner, der früher schon in Berlin bestaunt worden ist. 72 Zentimeter von Körpermaß, schlüpfte er durch einen Ring, dessen Durchmesser 36 Zentimeter betrug. Eine unerhörte Disziplinierung der Muskulatur. Das netteste an dem Kraftmenschen ist seine persönliche Liebenswürdigkeit und sein naiver Witz. Diese guten Eigenschaften verließen ihn auch nicht, als das Berliner Rowdytum einen deplakablen Angriff auf die Solidität seiner erstaunlichen Leistungen wagte. Das Publikum nahm einhellig Partei für den gekränkten Ausbrecherkönig.

Bleibt übrig die neue Sprechpantomime oder das Manegeschauspiel, wie diese Dinge seit Albert Schumann heißen. Ihre Eignung für den Zirkus wird von der baren Tatsache abgeleitet, daß Pferde verwandt werden. Sonst aber haben sie wenig mit dem Zirkus zu tun. Die Pariser Existenz des Caglistro wurde schaurig-phantastisch, romantisch-komisch, politisch-staatsaktionell verdramatisiert. Ein Melodram von braver herkömmlicher Gesinnung. Es war nicht ohne Geschmack ausgestattet und gefiel dem gutbesuchten Hause. J. E.

Die Scala

Das neue Programm der „Scala" ist eine Sammlung von Hauptnummern, die alle Spitzenleistungen der Varietékunst darstellen. Im Mittelpunkt stehen Ratoucheffs Puppen, die wie ein lebendig gewordenes Märchen anmuten. Ganz besonders reizvoll ist das große Ballet in der Geisterstunde „Der verschmähte Torero". Der russische Tanzakt des „Pirnikoff-Trio" ist nicht nur neu, sondern auch ganz hervorragend. Hier ist die Programmbezeichnung ganz nichtssagend, ebenso wie in dem Drahtseilakt der Gebrüder Mijares. Man hat schon oft Drahtseilkünstler gesehen, von denen jeder kleine Wanderzirkus ein paar aufzuweisen hat. Aber die Gebrüder Mijares sind Künstler von ganz ungewöhnlichem Rang. Der Elastik-Akt der Zwei Telmas zeugt ebenso von jahrelanger Arbeit und heißem Bemühen nach artistischer Vollkommenheit, wie die Balance- und Equilibristikszene der Zwei Borellis und von R. u. W. Roberts. Die weiße Reiterin Babtista Schreiber ist eine schöne Vertreterin der hohen Reitschule und verblüfft durch erstaunliche Leistungen. Urkomisch ist der Original-Watschentanz des Hans Graf-Trios. Die Sitten der Alpenländer werden in künstlerischer Veredelung vorgeführt. Das fast überreiche Programm zeichnet sich auch dadurch aus, daß es viel Abwechselungen bietet und nicht monoton wirkt. Neben den Vertretern der artistischen Künste erscheint plötzlich eine ausgezeichnete Sängerin Lee Loma, die man vielleicht mit Recht die höchste Stimme der Welt nennen kann. Sie singt einige Lieder, darunter auch das „Intermezzo" aus Mascagnis „Cavalleria Rusticana" zuerst im Original und dann eine Oktave höher. Das will immerhin etwas bedeuten. Die Zwei Spyrns in ihrer Szene „Dienstmann Nr. 17" und die schottischen Parterre-Akrobaten Sutcliffe Familie sind noch besonders erwähnenswert. Bei den Sutcliffs lernen wir Dudelsackpfeifer kennen und sehen, daß es auch auf diesem musikalischen Gebiet ganz ausgezeichnete künstlerische Leistungen gibt.

Vereine, Vorträge, Veranstaltungen. Heute Donnerstag: Deutsche Demokratische Partei „Hansaviertel", 8 Uhr, im Restaurant Francke, Brückenallee 20. Vortrag des Rechtsanwalts Dr. Bruno Weil über die Fürstenabfindung. — Ortsgruppen Kottbuser Tor und Schlesisches Tor. Vortrag, ½8 Uhr, im Köpenicker Hof, Köpenicker Straße 174. — Bezirk Hasenheide. Im Blauen Saal der Schultheiß-Brauerei, Hasenheide 22/31. Vortrag „Eine Harzreise". — Deutscher Verein für den Schutz des gewerblichen Eigentums. Im Richtigkeitssaal des Reichspatentamtes, Gitschiner Straße 97, 8 Uhr: Vortrag des Oberlandesgerichtsrat M. Starck, über „Der gewerbliche Rechtsschutz im Ruhrrevier im Lichte der Rechtsprechung des Oberlandesgerichts Hamm". — Polytechnische Gesellschaft. 8 Uhr, im Meistersaalgebäude, Köthener Str. 38, Vortrag des Dipl.-Ing. Bleyert über „Gesichtspunkte bei Auswahl und Aufstellung von Heizungskesseln, Radiatoren und Lufterhitzern für Wohnhäuser und industrielle Bauten". — Deutscher Alpenverein. 8 Uhr, im Gelben Saal des „Rheingold", Potsdamer Straße 3, Vortrag des Dr. Robert Fränkel: „Kletter- und Bergfahrten im Wilden Kaiser". — Hebr. Sprachklub „Betwaad-Iwri". 8½ Uhr, Rosenstr. 2/4. Vortrag des Dr. Simchoni über die messianischen Bewegungen im Judentum.

Fay's echte **Sodener** Pastillen gegen
Husten, Heiserkeit, Verschleimung

Das, was sie gern essen,
soll man Kindern möglichst oft geben. Nichts essen sie lieber als die bekannten **Oetker-Puddings!**
Sie schmecken gut, sind äußerst nahrhaft und sehr preiswert. Es gibt vielerlei Sorten: Gala-Schokoladen-Puddingpulver * Puddingpulver nach holl. Art * Makronen-Puddingpulver * Schokol.-Speise m. Makronen * Rote Grütze * Götterspeise usw.
In allen einschlägigen Geschäften nur in Originalpackung (niemals lose) mit der Schutzmarke **„Oetker's Hellkopf"** zu haben. Verlangen Sie ebendaselbst die beliebten Oetker-Rezeptbücher, wenn vergriffen, umsonst und portofrei von
Dr. A. Oetker, Bielefeld.

Familien-Nachrichten

Anzeigen, die von der Familie selbst aufgegeben werden, kosten nur 18 Pfg. pro Millimeterzeile. Ueber die in der Vossischen Zeitung veröffentlichten Familien-Nachrichten wird nach Möglichkeit im redaktionellen Teil der B. Z. am Mittag berichtet.

Plötzlich und unerwartet verschied am 8. März mein lieber Mann, Bruder und Schwager

Julius Tobler

im Alter von 59 Jahren.

Dies zeigen in tiefer Trauer an

Anny Tobler, geb. Schmidt,
Marie Hintze, geb. Tobler, als Schwester.

Die Einäscherung findet am Freitag, dem 12. März, mittags 12 Uhr, im Krematorium in der Gerichtstraße statt.

Kranzspenden verbeten.

Heute entschlief plötzlich unsere inniggeliebte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester und Schwägerin, Frau

Henriette Gerschel
geb. Hagelberg

im 66. Lebensjahre.

Louis Gerschel u. Frau Grete, geb. Süßmann
Prof. Dr. Wilhelm Caspari u. Frau Gertrud, geb. Gerschel
Dr. Kurt Lowenstein u. Frau Ella, geb. Gerschel
Walter Gerschel u. Frau Elisabeth, geb. Burchardt-Lasch
Dr. Willi Braunschweig u. Frau Cläre, geb Gerschel
und Enkelkinder.

Berlin, Frankfurt a. M., Heidelberg, den 10. März 1926.

Die Einäscherung findet am Freitag, dem 12. März 1926, um 4½ Uhr nachm., im Krematorium Wilmersdorf statt. Von Trauerbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Am 3 März, 4½ Uhr, wurde uns mein innigstgeliebter Mann, mein guter Sohn, mein Schwiegersohn, unser treuer Vater, Schwiegervater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel, Herr

Philipp Merfeld

im Alter von 61 Jahren plötzlich und unerwartet auf einer Auslandsreise durch den Tod entrissen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Käte Merfeld, geb. Hadra.

Köln, Volksgartenstraße 15, New York, Berlin, Paris, Wien, Prag, den 5. März 1926.

Die Beisetzung hat am Mittwoch, dem 10. März, auf dem Westfriedhof Köln-Bocklemünd stattgefunden.

Es wird gebeten, von Beileidsbesuchen abzusehen.

Die amtliche Gewinnliste über die Haupt- und Schluss-Ziehung der **Staats-Lotterie** ist erschienen und bei mir einzusehen oder käuflich zu haben.

Meine geschätzten Kunden bitte ich, ihre Stammnummern baldgefälligst zu erneuern.

Für neue Interessenten sind zur I. Klasse noch Lose frei:

1/8 = 3 M., 1/4 = 6 M., 1/2 = 12 M., 1/1 = 24 M.

Friedrich Müller
Staatlicher Lotterie-Einnehmer
Postscheckkonto: Berlin 311 58 — **Berlin C 19** — Telegr.-Adresse: „Glücksmüller"
Jerusalemer Strasse 18, nächst der Leipziger Strasse.

Ferner empfehle ich

Blinden-Geld-Lose zu M. 3,30 — 3 Lose = 10 M
Kinderfürsorge „ „ M. 1,20 — 4 Lose = 5 M.

Gesamtgewinne **240 000** Mark ohne Abzug.

Hupfeld
Phonola-Flügel und Pianos. Stets Gelegenheitskäufe! Erleichterte Zahlungsbedingungen. L. Hupfeld A.-G., Leipziger Str. 110.

Perser-Teppiche
große u. kleine bill. verkäufl. Bism. 3299

Feinste Tafelbutter
m. 1. Preis u. Siegerehrenpreis prämiiert versend. in Postkolli, in Pfundstücken gepackt, an Private zu Tagespreisen
Molkerei Liebstadt (Ostpreußen).

Vermietungen

Junger Arzt
sucht zwecks Niederlassung
2 Zimmer
evtl. m. Pens., Vorort bevorz. Off. u. Kp. S. 160 a. Rudolf Mosse, Wilmersdorf, Kaiserplatz.

Lichterfelde-Ost
2-, 3- u. 4-Zimmer-Wohnungen. Neubau, herrliche Lage, Berliner, Ecke Schillerstraße 1. Mai 1926 beziehbar. Rückzahlbarer Baukostenzuschuß hypothekarisch sichergestellt. Besichtigung Sonntags 11—1 und 3—5 Uhr erbeten. **Carl Koerner, Baugeschäft. Berlin SW 61, Belle-Alliance-Straße 79.**

---

400 qm Fabrik-, Lager- u. Büroräume
per sofort billig zu vermieten.
AEGA, Berlin N 4, Chausseestr. 38-39. Telephon: Norden 1520 und 4016.

Hupfeld-Gotha,
das wohlfeile Qualitäts-Pianino. Bequeme Teilzahlung. Große Auswahl, ca. 200 Instrumente. Hupfeld A.-G., Leipziger Str. 110.

Blüthner-Flügel
Bechstein Flügel, Steinweg-Flügel, Feurich-Flügel, erstklassige Gelegenheitskäufe. Neue Pianos, Flügel sehr günstige Ratenzahlung **Porth, Charlottenbg., Kaiser-Friedrich-Str. 20.**

Märzbleiche!
Wäsche wird sauber und schonend gewaschen und geplättet, im Freien getrockn. Abholung u. Lieferung Sonnabend u. Montag. **Scheetz, Cöpenick,** Luisenstr. 11. Fernruf: Cöpen. 1057.

Kaufe kl. Auto
wenn Terrain in Wandlitzsee in Zahlung genommen wird.
Joost, Friedrichstraße 33.

Gebrauchte
Ledermöbel
wie neu gefärbt, garantiert farbecht.
Brauer & Co., Joachimsthaler Str. 17 Bismarck 6067.

Pallabona-Puder
Nachahmungen weise zurück!
reinigt u. entfettet das Haar auf trockenem Wege, macht es locker u. leicht zu frisieren, verleiht feinen Duft. Zu haben Friseurgeschäften, Parfümerien, Drogerien u. Apotheken.

Feine Fleisch- und Wurstwarenfabrikation
Hermann Brennecke
Charlottenburg, Lietzenburger Str. 6
ist in der Lage, durch Eigenschlachtung der
erstklassigsten Qualitäten
jeden Kunden zu
billigsten Tagespreisen zu beliefern
Auch an Restaurateure und Weinstuben
Bismarck 4729 — Bestellungen frei Haus

Kurze Familienanzeigen.

Verlobt: Frl. **Charlotte Joachim** mit Herrn **Hermann Baß,** Berlin. — Frl. **Hilde Silberberg** mit Herrn **Georg Bechstein,** Hannover. — Frl. **Anni Kaiser** mit Herrn **Gottfried Fendi,** — Frl. **Elisabeth Braune** mit Herrn **Max Möller,** Leipzig. — Frl. **Martha Meyer** mit Herrn **Bruno Lorenz,** — Frl. **Charlotte Richter** mit Herrn **Georg Brandt,** Leipzig. — Frl. **Gertrud Simon** mit Herrn **Jakob Zürrer,** Zürich. — Frl. **Herta Kretzschmar** mit Herrn **Willy Knauft,** Leipzig. — Frl. **Else Kirsten** mit Herrn **Gottfried Polster,** Meißen. — Frl. **Marianne Müller** mit Herrn **Werner Hentschel,** — Frl. **Editha Behrens** mit Herrn Dr. **Kurt Werner,** — Frl. **Hildegard Rothschild** mit Herrn **Leopold Jonas,** Hamburg. — Frl **Erna Michels** mit Herrn **Albert Kruskop,** Hamburg.

Vermählt: Herr Direktor **Karl Moebus** und Frau Ruth, geb. Schüler, Berlin. — Herr **Louis Wackernagel** und Frau Else, **verw.** Schubert, geb. Müller, Leipzig. — Herr **Günther Wichelhaus** und Frau Ellinor, geb. Neimann, Elberfeld. — Herr **Walter Glauert** und Frau Berta, geb. van Koolwijk, Cleve. — Herr **Berthold Baer** und Frau Hilde, geb. Simon, Bad Homburg. — Herr **Heinrich Schwarzhaupt** und Frau Lorle, geb. Loewenthal, Nürnberg.

Geboren: Ein Sohn: Herrn Dr. **Ludwig Katz** und Frau Elisabeth, geb. Flasch, Dresden. — Herrn **Willy Silbermann** und Frau Ella, geb. Israel, Berlin. — Herrn **Hans Hartmann** und Frau Regina, geb. Flieg, Chemnitz. — Herrn **Kurt Beck** und Frau Christel, geb Lehm, Berlin. — Herrn **Edgar Dietrich Wolff** und Lilly, geb. Goldmann, Frankfurt a. M. — Herrn **Benno Heppenheimer** und Frau Margot, geb. Lebrecht, Mainkur.

Eine Tochter: Herrn **Alexander Hötzsch** und Frau Irma, geb Müller, Leipzig. — Herrn **Rudolf Bierhals** und Frau Lilly, geb. Föckerer, Nürnberg.

Gestorben: Herr **Richard Weinberg,** Breslau. — Herr Dr. **Joseph Margoniner,** Berlin. — Herr **Edmund Landsberger,** Berlin. — Herr **Hermann Krayn,** Berlin. — Herr **Artur Schlachcic,** Berlin. — Herr **Michael Mayer,** Essen. — Herr **Hermann Neumann,** Berlin. — Herr **Paul Wehlitz,** Berlin. — Herr Prof **Paul Matschie,** Berlin. — Frau **Margarethe Hoeflich,** geb. Rubach, Berlin. — Frau **Henriette Rosenbaum,** geb. Krojanker, Berlin. — Frau **Recha Reichenbach,** geb. Gerson, Dresden. — Frau **Laura Michels,** geb. Cohnreich, Maldewin.

Handelsregister

In das Handelsregister, Abteilung A, ist am 9. März 1926 eingetragen worden: Nr. 69 911 **Lichterfelder Adler Apotheke Hermann Meyer,** Berlin. Inhaber: Hermann Meyer, Apothekenbesitzer, Berlin. Prokura: Alfred Pusinelli, Berlin. ● Nr. 69 942 **Max Loeb,** Berlin. Inhaber: Max Loeb, Kaufmann, Berlin. ● Nr. 69 943 **Hermann Schultz Möbelfabrik,** Berlin. Inhaber: Hermann Schultz, Tischlermeister, Berlin. Prokura: Elsbeth Schultz, Berlin. ● Nr. 69 944 **Willi Silber,** Berlin. Inhaber: Willi Silber, Kaufmann, Charlottenburg. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Geschäftslokal: Oranienstraße 6. Geschäftszweig: Vertrieb **von** Werkzeugen und Werkzeugmaschinen. ● Nr. 69 945 **Gustav Zacharias,** Berlin. Inhaber: Gustav Zacharias, Kaufmann, Berlin. Prokura: Hanna Zacharias, geb. Salinger, Berlin. ● Bei Nr. 5297 **Adolf Erich Witting Architekt & Maurermeister,** Berlin: Die Prokura des Bertold Schaefer ist erloschen. ● Nr. 13 846 **Weber-Falckenberg Nchf.,** Berlin: Max Klingenberg, Kaufmann, Frankfurt an der Oder, ist in die Gesellschaft als persönlich haftender Gesellschafter eingetreten. Zur Vertretung sind nur die Gesellschafter Dr. Hans Friese und Max Klingenberg ermächtigt. Sodann ist Elly Friese, geb. Woehlke, aus der Gesellschaft ausgeschieden. ● Nr. 40 879 **Ploetz & Co.,** Berlin: Inhaberin jetzt: Margarete von Sodenstern, geb. Ganser, Berlin. Der Uebergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Forderungen und Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch Margarete von Sodenstern, geb. Ganser, ausgeschlossen. ● Nr. 48 288 **„Osram" Gesellschaft mit beschränkter Haftung Kommanditgesellschaft,** Berlin: Die Einlagen von zwei Kommanditisten sind auf Reichsmark umgestellt. Eine Kommanditistin ist aus der Gesellschaft ausgeschieden. Drei Kommanditisten sind in die Gesellschaft neu eingetreten. ● Nr. 52 029 **Karl Theodor Werner,** Berlin: Prokura: Nellie Werner, geb. Killisch, Berlin. ● Nr. 52 319 **Paul Steinbring & Co. Spediteure,** Berlin: Inhaber jetzt: Franz Jankiewicz, Spediteur, Berlin-Friedenau. Der Uebergang der in dem Betriebe des Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten ist bei dem Erwerbe des Geschäfts durch Franz Jankiewicz ausgeschlossen. ● Nr. 53 201 **Thomann Schnellhefter Fabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Comp. Kommanditgesellschaft,** Berlin: Gesamtprokuristen in Gemeinschaft miteinander: Louise Greppert, Charlottenburg, und Willy Peck, Berlin. ● Nr. 57 482 **Friedrich Panneck,** Neukölln: Inhaberin jetzt: Anna Panneck, geb. Puhlmann, Witwe, Berlin. Die Prokura des Friedrich Panneck jun. bleibt bestehen ● Nr. 59 544 **Ratz & Co. Kurzwaren,** Berlin: Der bisherige Gesellschafter Leon Ratz ist alleiniger Inhaber der Firma Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma lautet jetzt: **Leon Ratz.** ● Nr. 67 677 **E. Schulz & Co. Der Haustierschutz,** Berlin: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Liquidator ist der bis-

Herzleiden • Nervosität • Rheuma
lindern unsere erprobten
„Zeo" Kohlensäure- und Sauerstoffbäder
mit und ohne Zusätze von Fichtennadel, Sole, Stahl etc. Badeextrakte **„Zeo"** Fichtennadel / Kamille Kalmus / Schwefel etc.
Ueberall erhältlich. Man befrage den Arzt und achte auf unsere Schutzmarke „Zeo"
KOPP & JOSEPH, BERLIN W.

Herr.-, Speise-, Schlafzim.,
Damenzimmer, Polstermöbel.
neueste ers klassige Modelle, so billig, daß Besichtigung zum Kauf führt.
Möbelhaus Schoenfeldt
Potsdamer Straße 90, hochpt.

„Berliner Illustrirte Ztg." kompl. v. Aug. 1914 bis heute, „Kriegsecho" preisw. Moritzplatz 11198.

0107

herige Gesellschafter Carl Arndt, Berlin. ● Nr. 68 346 **Philippi & Neumann**, Berlin: Die Firma lautet jetzt: **Friedrich Philippi.** Der bisherige Gesellschafter Friedrich Philippi ist alleiniger Inhaber der Firma. Die Gesellschaft ist aufgelöst. ● Nr. 68 778 **Eduard Thomas Kommanditgesellschaft,** Berlin: Die Prokura des Fritz Krüger ist erloschen. ● Nr 50 024 **Neuköllner Elektrizitäts-Werkstätten Hermann Blumberg:** Die Firma ist von Amtswegen gelöscht. ● Nr. 63 916 **Josef Zinner:** Die hiesige Zweigniederlassung ist aufgehoben. ● Bei Nr. 59 581 **Gebr. Marcus,** Nr. 60 352 **Schulvater & Weberbauer** und Nr. 63 667 **E. A. Mayer & Co.** ist eingetragen worden: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen. ● Gelöscht die Firmen: Nr. 12 215 **Leo Weinberg.** ● Nr. 21 577 **Bernhard Rosen Tabakgeschäft.** ● Nr. 30 023 **Wolffenstein & Co.** ● Nr. 37 344 **Paul Lemberg & Co.** ● Nr. 53 921 **Möbelfabrik Gebr. Diesing.** ● Nr. 60 047 **Stern, Hiller & Co.** ● Nr. 60 525 **Ernst Michelsohn Kleider Betriebswerkstätte.**

Amtsgericht **Berlin-Mitte,**
Abteilung 86.

In das Handelsregister Abteilung A ist am 8. März 1926 eingetragen worden: Nr. 69 938 **Leo Krämer,** Berlin. Inhaber: Leo Krämer, Kaufmann, Berlin. ● Nr. 69 939 **Glaser & Co.,** Berlin. Offene Handelsgesellschaft seit 1. September 1925. Gesellschafterinnen sind: die Kauffrauen in Berlin: Betty Glaser geb. Feldmann und Ruth Glaser geb. Wittner. Dem Hugo Glaser und dem Fritz Glaser, beide Berlin, ist je Einzelprokura erteilt. ● Nr. 69 940 **Denk & Wünsch,** Berlin. Offene Handelsgesellschaft seit 1. Januar 1926. Gesellschafter sind die Kaufleute in Berlin: Bruno Denk und Alfred Wünsch. ● Bei Nr. 650 **S. Elster,** Berlin: Die Gesamtprokuren des Max Walther und des Hermann Kerwien sind erloschen. Dem Georg Jantzen und dem Fritz Nothnagel, beide Berlin, ist derart Gesamtprokura erteilt, daß jeder von ihnen in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen zur Vertretung der Gesellschaft ermächtigt ist. ● Nr. 15 143 **Max Jacob,** Berlin: Die Prokura des Elwin Ebert ist erloschen. ● Nr. 17 001 **Hagenmeyer & Kirchner,** Berlin: Die Prokura des Georg Petri ist erloschen. ● Nr. 29 487 **Arthur Hirschfeld & Co.,** Charlottenburg: Dem Ismar Neufeld, Berlin, ist derart Gesamtprokura erteilt, daß er in Gemeinschaft mit einem anderen Prokuristen zur Vertretung der Firma berechtigt ist. ● Nr. 58 824 **Verkaufsstelle der Viehhändler Arndt & Behrens,** Berlin: Die Firma lautet jetzt: **Arndt & Behrens Bank & Viehagentur.** ● Nr. 67 684 **Kommissionshaus Cornelius Alke-Made,** Charlottenburg: Die Niederlassung ist nach Berlin-Wilhelmshagen verlegt. ● Nr. 60 893 **Honigmann, Gesellschaft mit beschränkter Haftung & Co. Kommanditgesellschaft,** Berlin: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Die Firma ist erloschen. ● Gelöscht: Nr. 65 306 **Edgar Kolleng & Co.** ● Nr. 66 171 **W. Eckert & Co.** ● Nr. 66 501 **Max Fiedler & Co.**

Amtsgericht **Berlin-Mitte,**
Abteilung 90.

In unser Handelsregister Abteilung B ist am 5. März 1926 eingetragen worden: Nr. 2525 **Deutsche Samoa Gesellschaft:** Durch Beschluß der Hauptversammlung vom 30. Januar 1926 ist das Grundkapital auf 5170 Reichsmark umgestellt, sind die Vorzugsanteile in Stammanteile umgewandelt, und ist die Satzung entsprechend in den §§ 5 und 31 hinsichtlich der Höhe und Einteilung des Grundkapitals, und das Stimmrecht der Anteile, ferner § 23 Abs. 5 hinsichtlich der Wahlfähigkeit von Aufsichtsratsmitgliedern geändert worden. ● Nr. 9478 **Aktiengesellschaft für Industriebedarf:** Gegenstand ist jetzt: Der Betrieb von Industrie-, Handels-, Finanz- und Kommissions-Geschäften jeder Art. Die Gesellschaft ist berechtigt, Grundstücke sowie andere Unternehmungen zu erwerben und zu pachten, sich an solchen Geschäften unter beliebiger Rechtsform zu beteiligen und Geschäfte jeder Art abzuschließen, die der Erreichung ihres Gesellschaftszweckes unmittelbar oder mittelbar dienen. Durch Beschluß der Generalversammlung vom 29. Dezember 1925 ist das Grundkapital auf 80 000 Reichsmark umgestellt. Ferner die von derselben Generalversammlung beschlossenen Satzungsänderungen. Fräulein Martha Bannasch, Berlin, ist nicht mehr Vorstandsmitglied. Zum Vorstand ist allein bestellt: Kaufmann Hugo Hecht, Berlin-Schöneberg. Er ist für sich allein berechtigt, die Gesellschaft zu vertreten. Von den Beschränkungen des § 181 BGB. ist er befreit (§ 8). Prokurist: Fräulein Martha Bannasch, Berlin. Sie ist zur selbständigen Vertretung der Gesellschaft ermächtigt. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Das Grundkapital zerfällt jetzt in 400 Inhaberaktien zu je 200 Reichsmark. ● Nr. 26 089 **Berliner Isolierstoff-Aktiengesellschaft:** Durch bereits durchgeführten Beschluß der Generalversammlung vom 17. Dezember 1925 ist das Grundkapital auf 12 000 Reichsmark herabgesetzt. Ferner die von derselben Generalversammlung beschlossenen Satzungsänderungen. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Das Grundkapital zerfällt jetzt in 600 Inhaberaktien zu je 20 Reichsmark. ● Nr. 32 976 **Aktiengesellschaft für Kleiderstoffe und Druckwaren:** Die von der Generalversammlung am 19. Februar 1926 beschlossene Satzungsänderung. Besteht der Vorstand aus mehr als einer Person, so wird die Gesellschaft durch zwei Vorstandsmitglieder oder durch ein Vorstandsmitglied in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Ein einzelnes Vorstandsmitglied ist jedoch zur alleinigen Vertretung der Gesellschaft befugt, wenn die Generalversammlung ihm bei oder nach der Bestellung diese alleinige Vertretungsbefugnis übertragen hat (§ 7). Zum weiteren Vorstandsmitglied ist bestellt: Kaufmann Wilhelm Wedel, Berlin-Charlottenburg.

Amtsgericht **Berlin-Mitte,**
Abteilung 89a.

In unser Handelsregister Abteilung B ist heute eingetragen worden: Nr. 28 490 **Harpuder & Löwenthal Aktiengesellschaft:** Durch Beschluß der Generalversammlung vom 25. Februar 1926 ist die Gesellschaft aufgelöst. Zum Liquidator ist das bisherige Vorstandsmitglied Kaufmann Ernst Oppenheimer, Charlottenburg, bestellt. ● Nr. 29 841 **Maron Grundstücksaktiengesellschaft in Liquidation:** Max Aron ist nicht mehr Liquidator. ● Nr. 31 282 **Frachtenag Internationale Frachtenprüfungs-Kontroll- und Reklamations-Aktiengesellschaft:** Durch Beschluß der Generalversammlung vom 10. Oktober 1925 ist das Grundkapital auf 9000 Reichsmark umgestellt. Ferner die von derselben Generalversammlung beschlossenen Satzungsänderungen. Als nicht eingetragen wird noch veröffentlicht: Das Grundkapital zerfällt jetzt in 450 Inhaberaktien zu je 20 Reichsmark; die bisherigen Vorzugsaktien sind ganz fortgefallen.

Berlin, den 6. März 1926.
Amtsgericht **Berlin-Mitte,**
Abteilung 89b.

In unser Handelsregister B ist heute eingetragen worden: Nr. 37 823 **„Nero Film" Gesellschaft mit beschränkter Haftung.** Sitz: Berlin. Gegenstand des Unternehmens: Die Herstellung und der Verkauf von Films jeder Art sowie der Vertrieb sämtlicher mit der Filmbranche in irgendwelcher Verbindung stehenden Gegenstände. Stammkapital: 5000 Reichsmark. Geschäftsführer: Kaufmann Heinrich Nebenzahl in Berlin-Halensee, Filmregisseur Richard Oswald in Berlin. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 28. Januar 1926 abgeschlossen. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Oeffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. ● Nr. 37 824 **Max Kielhorn Gesellschaft mit beschränkter Haftung.** Sitz: Berlin. Gegenstand des Unternehmens: Der Vertrieb hauswirtschaftlicher Artikel en gros. Stammkapital: 5000 Reichsmark. Geschäftsführer: Kaufleute in Berlin: Paul Tonner, Emil Reich. Dem Kaufmann Fritz Förster, Fichtenau, ist Prokura derart erteilt, daß er die Gesellschaft in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer oder einem anderen Prokuristen vertritt. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 4. Dezember 1925 abgeschlossen. Von den Geschäftsführern vertritt Paul Tonner die Gesellschaft allein, Emil Reich nur in Gemeinschaft mit einem anderen Geschäftsführer oder mit einem Prokuristen. Die Uebernahme der Aktiva und Passiva der bisher unter 90. H. R. A. 39 047 eingetragenen Firma „Max Kielhorn" ist ausgeschlossen. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital wird in die Gesellschaft eingebracht von dem Gesellschafter Paul Tonner die Firma Max Kielhorn zu Berlin, deren Alleininhaber er ist, unter Ausschluß der Aktiven und Passiven, aber mit der im Geschäftslokal Berlin, Alexandrinenstraße 77, befindlichen Kontoreinrichtung sowie mit einem Warenbestand im Werte von 2000 Mark. Der Wert dieser Einlage ist auf 3000 Mark festgesetzt. Oeffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. ● Nr. 37 825 **Pictura Gesellschaft mit beschränkter Haftung Gemälde und Plastik.** Sitz: Berlin. Gegenstand des Unternehmens: Der Einkauf und Verkauf von Gemälden und Plastiken sowie die Vermittlung solcher Geschäfte. Stammkapital: 5000 Reichsmark. Geschäftsführer: Kaufmann Paul Ludwig Silten, Berlin, Kunsthistoriker Dr. Arnold Czempin, Berlin. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 17. Februar 1926 abgeschlossen. Die Geschäftsführer Paul Ludwig Silten und Dr. Arnold Czempin vertreten jeder die Gesellschaft allein. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Oeffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. ● Bei Nr. 24 801 **Pannierstraße 7 Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung,** bei Nr. 24 966 **Melanchthonstraße 19 Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung,** bei Nr. 24 965 **Spenerstraße 15 Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung,** bei Nr. 24 964 **Reuterstraße 6 Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung,** bei Nr. 24 963 **Lübeckerstraße 19, Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung,** bei Nr. 24 962 **Linienstraße 130 Grund stücksgesellschaft mit beschränkter Haftung,** bei Nr. 24 884 **Müggelstraße 8 Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung,** bei Nr. 24 883 **Thornerstraße 6 Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung,** bei Nr. 24 851 **Koloniestraße 28 Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung,** bei Nr. 24 842 **Wanzlikstraße 4 Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung,** bei Nr. 24 841 **Schillingstraße 32/33 Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung,** bei Nr. 24 823 **Malmöerstraße 19 Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung,** bei Nr. 24 751 **Liebenwalderstraße 7 Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung,** bei Nr. 7896 **Maarten Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung:** Ernst von Puttkamer ist nicht mehr Geschäftsführer. Kaufmann Hijlke Kuipers in Berlin ist zum Geschäftsführer bestellt. ● Bei Nr. 3362 **Mechanische Netzfabrik Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Die Gesellschaft ist aufgelöst. Liquidatoren sind die bisherigen Geschäftsführer Fabrikbesitzer Erich und Bruno Schroeder, Landsberg/Warthe. Jeder vertritt die Gesellschaft allein. ● Bei Nr. 14 125 **Sendlinger optische Glaswerke Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Dr. Franz Weidert ist nicht mehr Geschäftsführer. ● Bei Nr. 19 137 **Marsilius Grundstücksverwaltungsgesellschaft mit beschränkter Haftung:** Dr. med. Johannes Esser ist nicht mehr Geschäftsführer. Kaufmann Hijlke Kuipers in Berlin ist zum Geschäftsführer bestellt. ● Bei Nr. 33 336 **Radio-Röhren-Laboratorium Dr. Nickel Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Richard M. Busse ist nicht mehr Geschäftsführer. ● Bei Nr. 33 624 **„Urania" Automobilgesellschaft mit beschränkter Haftung:** Die Prokura des Simon Begagon-Aronson ist erloschen. ● Bei Nr. 35 186 **Ingelmayer Konditoreibetrieb Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Rudolf Zimmermann ist nicht mehr Geschäftsführer. Kaufmann Paul Zietemann in Berlin-Südende Kaufmann Dr. Hans Georg Peters in Berlin-Grunewald sind zu Geschäftsführern bestellt. ● Bei Nr. 35 502 **Liquidations- und Treuhand-Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Berthold Manasse ist nicht mehr Geschäftsführer.

Berlin, den 6. März 1926.
Amtsgericht **Berlin-Mitte,**
Abteilung 122.

In das Handelsregister B des unterzeichneten Gerichts ist heute eingetragen worden: Nr. 37 819 **Gerard Bresser Gesellschaft mit beschränkter Haftung,** Berlin. Gegenstand des Unternehmens ist die Herstellung und der Vertrieb von Damen- und Herrenbekleidung aller Art, insbesondere in Fortführung des bisher von dem Kaufmann Gerhard Bresser in den Räumen Lennéstraße 6a in Berlin betriebenen Maßbekleidungsgeschäfts. Stammkapital: 5000 Reichsmark. Geschäftsführer: Witwe Ellen Sedlbauer geb. Steinacker in Berlin, Kaufmann Max Kirschke in Berlin, Frau Gertrud Bresser geb. van Stralen in Berlin. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 27. Januar und 8. Februar 1926 abgeschlossen. Je zwei der derzeitigen Geschäftsführer können gemeinsam die Gesellschaft vertreten. Falls ein Prokurist bestellt werden sollte, so kann auch ein Geschäftsführer gemeinsam mit einem Prokuristen die Gesellschaft vertreten. Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Als Einlage auf das Stammkapital werden in die Gesellschaft eingebracht von der Gesellschafterin Frau Ellen Sedlbauer die *in den zu den* Akten eingereichten Verzeichnisse aufgeführten Einrichtungsgegenstände und Stoffe unter Anrechnung auf ihre Stammeinlage von 2250 Reichsmark in voller Höhe. Ferner wird von den drei Gesellschaftern Frau Sedlbauer, Frau Bresser und Max Kirschke ohne Anrechnung auf ihre Stammeinlagen eingebracht das von ihnen erworbene, bisher in Berlin, Lennéstraße 6a, unter der Firma Gerard Bresser betriebene Handelsgeschäft. Der Uebergang der im Betriebe dieses Geschäfts begründeten Verbindlichkeiten und Forderungen ist ausgeschlossen. ● Nr. 37 820 **Der Bücherkreis, Gesellschaft mit beschränkter Haftung,** Berlin. Gegenstand des Unternehmens ist der Vertrieb von Büchern und anderen Druckerzeugnissen, sowie alle damit zusammenhängenden Geschäfte. Zur Erreichung dieses Zweckes ist die Gesellschaft befugt, *gleichartige oder* ähnliche Unternehmungen zu erwerben und fortzuführen. Stammkapital: 5000 Reichsmark. Geschäftsführer: Kaufmann Arnold Meise in Berlin-Lichterfelde. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 15. Januar und 16. Februar 1926 abgeschlossen. Die Gesellschaft wird durch einen Geschäftsführer vertreten. ● Nr. 37 821 **Farben- und Tapetenhandlung P. Schäfer Gesellschaft mit beschränkter Haftung,** Berlin. Gegenstand des Unternehmens ist der Handel mit Tapeten, Farben, Lacken, Firnissen, Pinseln und allen einschlägigen Artikeln. Stammkapital: 10 000 Reichsmark. Geschäftsführer: Fräulein Pauline Schäfer, Wittenau. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 31. Juli 1925 bzw. 25. Januar 1926 abgeschlossen. ● Bei Nr. 37 822 **„Freda" Apparatebau-Gesellschaft mit beschränkter Haftung,** Berlin. Gegenstand des Unternehmens ist der Bau und Vertrieb von Apparaten, insbesondere von Reklameapparaten unter der Marke „Freda", sowie der Erwerb von oder die Beteiligung an Unternehmen ähnlicher Art. Stammkapital: 5000 Reichsmark. Geschäftsführer: Kaufmann Otto Lagatz, Berlin. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 11. Januar und 19. Februar 1926 abgeschlossen. ● Zu Nr. 37 819 bis 37 821: Als nicht eingetragen wird veröffentlicht: Oeffentliche Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur durch den Deutschen Reichsanzeiger. ● Bei Nr. 10 904 **Wilhelm Gommert, Ingenieurbüro und Ausführung von Tief- und Betonbauten Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation:** Die Firma ist gelöscht. ● Bei Nr. 15 407 **Deutsche Panzerklingen Gesellschaft mit beschränkter Haftung in Liquidation:** Die Firma ist gelöscht. ● Bei Nr. 33 181 **Arcadia Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Marcel Boas ist nicht mehr Geschäftsführer. ● Bei Nr. 33 840 **„Brandenburger Molkereien", Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Dr. Hermann Scherer ist nicht mehr Geschäftsführer. Chemiker Hermann Laessig in Berlin, Kaufmann Erich Fehlberg in Bohnsdorf bei Berlin sind zu Geschäftsführern bestellt. ● Bei Nr. 34 145 **Baranowsky, Gerhards & Comp. Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Die Prokura des Wolfgang Baranowsky und Hellmuth von Safft ist erloschen. ● Bei Nr. 36 116 **„Die Deutsche Illustrierte" Verlagsgesellschaft mit beschränkter Haftung:** Dr. Paul Gerstner ist nicht mehr Geschäftsführer. Kaufmann Ewald Finder in Berlin ist zum weiteren Geschäftsführer bestellt. ● Bei Nr. 36 577 **Berthe Elegante Hüte Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Frau Berthe Johnen heißt infolge Wiederverheiratung: Frau Berthe Lentz geb. Engels. ● Bei Nr. 37 468 **Groß-Bäckerei Priebe, Gesellschaft mit beschränkter Haftung:** Durch Beschluß vom 23. Februar 1926 ist der § 6 (Vertretung) geändert. Sind mehrere Geschäftsführer vorhanden, so vertreten zwei gemeinschaftlich. Jacob Valk van der Hak ist nicht mehr Geschäftsführer. Zum Geschäftsführer ist bestellt: Kaufmannsfrau Magda Goldberg geb. Baruch in Berlin.

Berlin, den 6. März 1926.
Amtsgericht **Berlin-Mitte,**
Abteilung 152.

Gerichtliche Bekanntmachungen siehe 3. Beilage 4. Seite.

Staats-Theater
Opernhaus
Donnerstag 66. Abonnements-Vorst. 7 Uhr:
Boris Godunoff
Oper am Königsplatz
Donnerstag 70. Abonnements-Vorst. 6½ Uhr:
Walküre
Schauspielhaus
Donnerstag 12. Karten-Res.-Satz 8 Uhr:
Peer Gynt
Schiller-Theater
8 Uhr:
Wallensteins Lager und Die Piccolomini

Städtische Oper
Donnerstag, 11. März, 7 Uhr:
Abonnements-Turnus IV:
Aida
(Amneris — Maria Olszewska)

Volksbühne
Th. a. Bülowplatz 8: **Sturmflut** Heinrich George, Granach, Kaiser, Widmann, Leijko, Reuß
Th. a. Schiffbaud. 8: **Der Tausch** Robert Müller, Elisabeth Lennartz, Gerda Müller, G. van Rappard

Saltenburg-Bühnen.
Deutsches Künstler-Theater Täglich 8 Uhr: **Paganini** Operette von Franz Lehár.
Theater am Kurfürstendamm Bismarck 6915. Tägl. 8¼ Uhr: **Die Nacht der Nächte.** Sonnt., 14. März, 4¾ Uhr: Letztes Auftreten Yvette Guilbert.
Lustspielhaus Täglich 8 Uhr: **Die rote Cléo** Schauspiel von Charles Méré.
Wallner-Theater Tägl. 8 Uhr: **Kolportage.** Sonnabend, 13. 3.: Zum 100. Male: **Kolportage**

Th. a. Nollendorfpl. Tägl. 8 Uhr: **Die offizielle Frau** Operette in 3 Akten. Preise 1—8 M.

Admiralspalast Täglich 8¼ Uhr: **Haller-Revue** Achtung! Welle 505 Volkstüml. Woche. Die ganze Vorstell. z. halben Preisen! 1.— bis 8.— M. 2 Sonntags-Vorst., 3 Uhr nachm. u. 8¼ Uhr abends.

Central-Theater 8: **Eva Bonbeur** Jika Grüning.
Berliner Theat. 8 U. **Messalinette**
Metropol-Th. Täglich 8 Uhr: **No No Nanette**
Residenz-Theat. 8 U. **Foppke, der Egoist** Rommer, Sabo, Limburg.
Thalia-Theater. 8 U. **D. alte Dessauer** Charlé, Vespermann, Werckmeister.
Th. i. d. Kommand.-Str. 8 U. **Lene, Lotte, Liese** Wessely, Dora, Baselt.

Deutsch. Th. 8 Uhr: **Juarez und Maximilian.**
Kammerspiele 8¼ Uhr: **Josephine**
Die Komödie. Kurfürstend. 206/7 8 Uhr: **Viktoria.**

Lessing-Theat. Gastspiel der Saltenburg-Bühne Tägl. 8 Uhr: **Der fröhliche Weinberg**
8¼: **Kleines Th** **Ein Spiel von Tod und Liebe.** von Romain Rolland. Regie: Hartung.

8 U.: **Trianon-Th.** Zentrum 2391. Nur noch kurze Zeit: **Berlin lacht von 8—12** Die Revue der Einakter. Ab Sonnabend: **Neue Einakter** Revue

Neues Theater am Zoo. 8: **Guido Thielscher** in **Stöpsel** Kleine Preise! Parkett . . 1-2 M. Park.-Faut. 3-4 M. Orch.-Faut. . 5 M. Sessel . . . 6 M. Vorverk. ununterbrch.

Th. d. Westens. Zum 1. Male 7½: Unter persönl. Leit. des Komponisten: **Prinzessin Husch** Operette v. L. Jessel

Barnowsky-Bühnen
Theater Königgrätz. Str. Hasenheide 2110 **Heute geschlossen** Freitag, 7½ Uhr: Zum 1. Male: **Mrs. Cheneys Ende** Bergner, Wüst, Brod, Jansen, v. Alten, Pröckl.
Komödienhaus Norden 6304 8 U. **D. Garten Eden** von Thellmann, Wangel, Alexander, Schroth, Stahl-Nachbaur, Engl, Kampers, Retzbach-Erastmy.
Die Tribüne. Wilhelm 5365 8 Uhr **Die neuen Herren**

Großes Schauspielhaus **Für Dich** Charell-Revue Täglich 8¼

Theater in der Lützowstraße 112 Täglich 8¼ Uhr: Das Volksstück **Lemke's sel. Wwe.** von Erdmann Graeser 1—4.30 M. einschl. Gard

Theat. i. d. Klosterstr. 8 U.: **Der gute Ruf**

Walhalla-Theat., Weinbergsweg Täglich 8 Uhr: **Die kleinen Vagabunden.** Musikal. Sensat.-Stück in 5 Akt. Sonnt. nachm. 4 U. D. gestiefelte Kater

Intimes Theat. Telef: Lützow 2305 Ab Sonnabend: Täglich 8 Uhr: **Das Feigenblatt** Revue mit schönen Bildern Musik von Kurt Zorlig.

Scala 8 Uhr: **Ratoucheff's Puppenladen** und weitere 10 Künstlertruppen von Weltruf

Wintergarten **Los 3 Codonas** Hochturner in höchster Vollendung im Rahmen eines abwechslungsreichen Varieté-Spielplans. Sonntag nachm. 3½ Uhr halbe Preise. Rauchen gestattet.

Konz.-Dir. Leonard. Heute u. morgen, Montag, 15. März, 8 Uhr, Schillersaal 3 Experimentalvorträge Wund. d. Suggestion üb **Coué** Psychologe Leon **Hardt**

Konz.-Dir. Hermann Wolff und Jules Sachs
Letztes Auftreten
YVETTE GUILBERT
Theater am Kurfürstendamm. Sonntag, 14. März. 4¾ Uhr
Karten auch Theaterkasse.
Philharmonie. Morgen, Freitag, 8 Uhr:
Schubert-Loewe-Abend
PAUL BENDER
Kart. f. ob. Veranst. b. Bote & Bock, Wertheim u. an d. Abendk.

Konz.-Dir. Leonard. **HARDT** Schillersaal (Knie) Sonnab., 13. März, 8 U.: Heitere Dichtung Sonntag, 14. März, 8 U.: Heine

Recht und Leben / Wochenbeilage der Vossischen Zeitung

Nummer 10 — Verantwortlich: Rechtsanwalt Dr. Erich Eyck-Berlin — Donnerstag, 11. März 1926

Die Geldlehre in der Rechtswissenschaft

Von

Dr. J. Jastrow,

Professor der Staatswissenschaften an der Universität Berlin

Wir beginnen heute mit dem Abdruck einer Artikelreihe, in der Professor Jastrow die juristische und wirtschaftliche Seite des Satzes „Mark = Mark" auf breiter, wissenschaftlicher Grundlage, im Anschluß an Nußbaums Buch über das Geld erörtert. Der vorliegende Artikel gibt einen Rückblick auf die bisherige Behandlung der Geldlehre in der Rechtswissenschaft, der nächste wird sich mit dem Wesen des Geldes beschäftigen.

Dreimal ist im Laufe der letzten beiden Menschenalter das Geld zum Gegenstande juristischer Darstellung gemacht worden. Im Jahre 1868 hat L. Goldschmidt dem ersten (und einzig gebliebenen) Bande seines Handelsrechts einen Abschnitt über das Geld eingefügt, der an Umfang einem kleinen Buche gleichkommt. Einer Danziger Kaufmannsfamilie entstammend, und mit den Interessen von Handel, Schiffahrt und Geldverkehr im weitesten Sinne wohlvertraut, von Natur mit einem juristischen Scharfsinn begabt, der ihn befähigte nicht nur treffende Aufschlüsse zu geben, sondern (was mehr heißen will) auch treffende Fragen zu formulieren, endlich mit einem historischen Wissen ausgestattet, das ihn vor der Gefahr bewahrte, Entwicklungsmöglichkeiten und Relativitäten zu übersehen, — war er für den Aufbau eines Geldrechts vielleicht der bestvorbereitete Theoretiker seiner Zeit. Wenn dennoch dieser Abschnitt seines Werkes nicht auf der gleichen Höhe steht, wie die anderen, so mag dies gerade in der Zeit seinen Grund haben. Es war die Zeit des Norddeutschen Bundes, in der man sich mit dem Gedanken eines einheitlichen deutschen Geldes schon viel beschäftigte, aber die Grundlagen, auf denen die späteren Reichsmünzgesetze von 1871-1873 erwuchsen, eben doch erst abtastete. Immerhin war hier eine wissenschaftliche Leistung vollbracht, die nach vorwärts hätte entwickelt werden können.

Leider war das Gegenteil der Fall. Als Endemann (der ältere) den Gedanken faßte, das große Handbuch des Handelsrechts, das, die Kräfte eines einzelnen Menschen anscheinend übersteigend, durch Zusammenarbeiten einer größeren Anzahl von Autoren zustande zu bringen, geriet der Beitrag „Geld- und Geldwertzeichen" in die Hände von R. Koch. So recht der Typus des „tüchtigen" Juristen, war er anerkannter Meister in der Kommentierung jedes Gesetzes, mochte es eine Zivilprozeß-Ordnung oder ein Lohnbeschlagnahme-Gesetz, oder auch eine Münz- und Bank-Gesetzgebung sein, mochte es sich um eine Erklärung nach der Paragraphenfolge oder um ein Umgießen des Gesetz- und Kommentarstoffes in eine mehr systematische Form handeln. Er vermochte auch diese Fähigkeiten in den Dienst neuer gesetzgeberischer Aufgaben zu stellen und Gesetzentwürfe korrekt zu formulieren. Als er, von den üblichen bescheidenen Anfängen einer Juristen-Laufbahn aufwärtssteigend, es bis zum Justiziar der Reichsbank brachte und schließlich ihr Vizepräsident und Präsident wurde, hat er stets offenes Auge und offenes Ohr gehabt, für alles, was aus den Kreisen von Handel und Industrie (wie man heute sagen würde „der Wirtschaft") an ihn gelangte.

Aber er war weder ein wissenschaftlicher Systematiker, der seine Jurisprudenz in dem weiteren Rahmen menschlicher Wissenschaft überhaupt zu sehen verstand, noch ein historisch eingestellter Denker, der für die Betrachtung der eigenen Zeit das Korrektiv an dem Auf und Ab der historischen Wandlungen findet. Er erledigte den ihm zugefallenen Beitrag, wie man ein Dezernat erledigt. Daß er von der gewaltigen Problematik dieses Stoffes keine Vorstellung hatte, zeigt sich schon darin, daß er innerhalb des mehrbändigen Sammelwerks sich mit zwanzig Seiten begnügte. Soweit hierin geltendes Recht zu kommentieren ist, ist es, an dem üblichen Maßstab gemessen, als gute Arbeit anerkannt. Was er über das Wesen des Geldes einfließen läßt, ist von kindlicher Naivität.

Von diesem Niveau aus die juristische Behandlung des Geldes wieder in ein höheres Stockwerk gehoben zu haben, ist das Verdienst von M. Wolff. Das neue Ehrenbergsche Sammelwerk über das Handelsrecht, in dem sein Beitrag erschienen ist, unterscheidet sich von seinem Endemannschen Vorgänger schon in der Umgrenzung des Stoffes, die wieder zu der universalistischen Auffassung Goldschmidts zurückzukehren strebt. Das Ziel, ein Recht des Geldes auf die Erkenntnis des wirtschaftlichen Sinnes dieser Einrichtung zu begründen, ist klar erkannt und ins Auge gefaßt. Der Verfasser ist unbestechlich gegenüber Nationalökonomen, die meinen, ihre Nationalökonomie auf eine juristische Lehre begründen zu können und hält ihnen mit Recht entgegen, daß gerade sie den Juristen im Stiche lassen. Wenn wir trotzdem an dieser Darstellung nicht das juristische Buch über das Geld haben, nach dem wir Verlangen tragen, so hat dies vielleicht wiederum in der Zeit seinen Grund. Wohl nicht ohne Gedankenschwere hat der Verfasser an die Spitze seines Werkes den Vermerk gestellt: „Abgeschlossen Dezember 1916". Damals galt die Mark (am Dollar gemessen) 70 ihrer Pfennige. Sie war nicht ununterbrochen gesunken, sondern hatte sich zuweilen und so auch gerade damals um ein paar Pfennige erholt. Ob das Sinken oder das Erholen das Dauernde sein würde, darüber gingen die Meinungen im In- und Auslande auseinander. Jedenfalls war der Anblick, den das deutsche Geldwesen gewährte, schon 1922-23 von dem bei Erscheinen des Wolffschen Beitrages so gänzlich verschieden, daß in den aufregendsten Fragen der Leser für die Lektüre dieses Buches kaum noch psychologisch vorbereitet war.

Diese ganze Literatur war innerhalb des Handelsrechts entstanden. In den typischen Handelsgeschäften werden Waren und Wertpapiere einerseits gegen Geld andererseits umgesetzt. Dementsprechend schickte man der Lehre vom Rechte der Handelsgeschäfte gewissermaßen drei orientierende Abschnitte von ihren Gegenständen voraus: Waren, Wertpapiere, Geld. Aber das Geld ist keine Einrichtung des Handelsrechts. Es spielt im Rechtsleben seine Rolle, wo Handelsgeschäfte oder das, was man im gewöhnlichen Sprachgebrauch Geschäft nennt, überhaupt nicht in Frage kommt: bei Schenkungen, Schadensersatz, Abfindungen und Bußen verschiedenster Art, Strafen, Gebühren, Steuern u. a. m. Wenngleich dies den oben genannten Autoren nicht etwa entgangen ist, so hafteten ihren Arbeiten doch die Folgen der ursprünglichen Themastellung an (ebenso wie ein Menschenalter früher Savigny innerhalb des Obligationsrechts auf das Geld gekommen und die Folgen dieser Einrahmung nicht los geworden war). So unglaublich es sich auch anhören möge, daß eine Institution, die in fast allen Teilen des Rechtslebens den Juristen tagtäglich beschäftigt, keine Darstellung ex professo gefunden habe, so ist es doch Tatsache: ein Buch über das Recht des Geldes als solches hatte die juristische Literatur bisher nicht aufzuweisen.

Jetzt ist dieses Buch geschrieben worden: „Das Geld in Theorie und Praxis des deutschen und ausländischen Rechts. Von A. Nußbaum." (Tübingen, Mohr).

Eines hat diese Darstellung mit den oben genannten gemein: Auch ihr ist der Stempel ihrer Entstehungszeit an die Stirn gedrückt. Erwachsen ist das Buch aus den aufregenden Debatten über den Satz: Mark = Mark. Die Frage, ob dieser Satz rechtens ist, ob es kein Entrinnen von ihm gibt, ob er erträglich oder unerträglich ist, steht stets im Hintergrunde. Der Vordergrund ist allerdings mit allgemeinen und grundsätzlichen Erwägungen ausgefüllt, die für sich in Anspruch nehmen, über die Zeit hinaus zu gelten, die zu ihnen Anlaß gegeben hat. Die „Probleme der Praxis" sind von der prinzipiellen Auseinandersetzung getrennt und in einen zweiten Teil gestellt. Außer der seit dem Mittelalter sich hinschleppenden crux aller Geldrechts-Juristen, den „Geldveränderungen in ihrem Einfluß auf schwebende Schulden" behandelt dieser Teil noch die Valutaschulden und den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln. Für den prinzipiellen Teil bliebe, streng genommen, nur ein Thema, der Begriff des Geldes, übrig. Wegen der besonderen dem Gegenstande anhaftenden Schwierigkeiten sind aber „Geldzeichen und Währung", sowie „Geldersatz" als besonderes Kapitel ausgeschieden. Da der Jurist mit dem Gelde nur zu tun bekommt, wenn einer dem anderen Geld „schuldig ist" (die große Mehrzahl aller Fälle der Geldbenutzung, wo das Geld, wie der Nationalökonom sagt, als allgemeines Tauschmittel fungiert, gehen Zug um Zug vor sich, ohne daß sie je an den Juristen herantreten), so war ein ferneres besonderes Kapitel „Geldschulden" unvermeidlich.

In dieser Umrahmung wird der gesamte Stoff untergebracht, unter Heranziehung der Literatur und Rechtsprechung aller Länder der Erde, in einem Ausmaße, das stets aufs neue die Verwunderung des Lesers hervorruft. Unsere wissenschaftlichen Bibliotheken standen, was die Wiederspiegelung der geistigen Bewegungen des Auslandes und vollends das Handwerkszeug betrifft, schon vor dem Kriege nicht auf der Höhe. Die Verwüstungen, die hier der Krieg angerichtet hat, sind noch lange nicht „wiedergutgemacht". Nicht einmal der früher üblich gewesene wissenschaftliche Austauschverkehr ist in vollem Umfange wieder aufgenommen. Es müssen hier (außer der in der Vorrede erwähnten Benutzung der Bibliothek des Friedenspalastes im Haag) noch andere günstige Umstände mitgewirkt haben, die den Verfasser — augenscheinlich aus praktischen Anlässen — mit der Literatur und Rechtsprechung des Auslandes in besonders nahe Fühlung brachten.

Entscheidungen oberster Gerichte

Pachtvertrag auch über die zum Geschäft gehörige Wohnung / Nicht hypothekarisch gesichertes Restkaufgeld keine „Vermögensanlage" / Goldbilanz und gute Sitten / Die Entlastung des Aufsichtsrats

Der Kläger ist Eigentümer eines Hausgrundstücks in Leipzig. Er hat dem Beklagten die in diesem Hause betriebene Kaffeewirtschaft sowie eine im gleichen Hause belegene Wohnung gegen Entgelt auf unbestimmte Zeit überlassen. Im Vertrage vom 28. März 1922 heißt es daß der Vertrag mit dem Beklagten „als Pachtvertrag mit einhalbjährlicher Kündigung weitergehen soll". (Ursprünglich war eine Dampfbrauerei Inhaberin der Räume, die sie erst eingerichtet hatte.) Der Kläger kündigte den gesamten Vertrag zum 1. April 1925 und klagte auf Räumung der Wirtschaftsräume und der Wohnung. OLG. Dresden betrachtete den die Wirtschaftsräume betreffenden Vertrag als Pachtvertrag und gab insoweit der Räumungsklage statt, dagegen hielt es den die Wohnräume betreffenden Teil des Vertrages für einen Mietvertrag und wies in bezug auf die Wohnung die Räumungsklage ab.

Das Reichsgericht hat das Urteil des OLG., soweit es die Wirtschaftsräume betrifft und auf Räumung erkennt, bestätigt, dagegen bezüglich der Wohnräume aufgehoben und zurückverwiesen. Nach den Feststellungen des OLG. waren die Räume mit dem zum Betriebe einer Kaffeehauswirtschaft gehörenden Zubehör versehen, der Wirtschaftsbetrieb war in vollem Gange, als der Vertrag geschlossen wurde. Das Zubehör hatte der Beklagte von der Dampfbrauerei in Eigentum übernommen. Hiernach war die Kaffeewirtschaft zur Zeit des Vertragsabschlusses zwischen den Parteien vollständig betriebfertig eingerichtet. Es liegt also hinsichtlich der Wirtschaftsräume ein Pachtvertrag vor. Was die Wohnung anlangt, so durfte das OLG. sich der Prüfung der Behauptung des Klägers nicht entziehen, daß die Wohnung immer mit den Wirtschaftsräumen zusammengehört habe und der Pächter immer im Hause wohnen müsse, so daß hier nur ein unselbständiger, den gewerblichen Zwecken des Kaffees dienender Bestandteil des Pachtvertrages vorliege. Ist dies der Fall, so kann von einem aus Miete und Pacht gemischten Vertragsverhältnis keine Rede sein. Diese Feststellungen sind nachzuholen.

(III 286/25. — 16. Januar 1926.)

*

Ein Landwirt verkaufte im Jahre 1905 der Stadt Essen seinen Grundbesitz für 300 000 Mark. Der Kaufpreis wurde aber nicht ausgezahlt, sondern mit dreimonatlicher Kündigung zu 4 v. H. gestundet. Eine Eintragung ins Grundbuch als Hypothek erfolgte nicht. Von der Käuferin wurden 275 000 M. bis zum Sommer 1923 zurückgezahlt. Die restlichen 25 000 M. kündigte der K. zum 1. Oktober 1923. Er verlangt im Wege der Klage volle Aufwertung dieses Betrages. Die Beklagte wollte zuerst von einer Aufwertung nichts wissen, erklärte sich dann aber doch bereit, 15 v. H. aufzuwerten. LG. Essen und OLG. Hamm sprachen dem Kläger nur 20 000 Reichsmark zu, da sie davon ausgehen, daß die Beklagte die Grundstücke nicht zu gewinnbringenden Zwecken, sondern zum Wohle der Bürgerschaft erworben habe. Die Revision der Beklagten, die die gestundeten 25 000 M. als „Vermögensanlage" betrachtet wissen will, ist vom Reichsgericht zurückgewiesen worden. Das RG. ist zwar der Auffassung, daß die 20 Jahre lange Stundung des Betrages für eine Vermögensanlage „in wirtschaftlichem Sinne" spreche, doch hält es für ausgeschlossen, daß eine Umwandlung der Kaufpreisforderung in eine Darlehnsforderung erfolgt ist. Für die nicht hypothekarisch gesicherte Forderung gelten die §§ 62, 63 Aufw.-G. Ansprüche aus gegenseitigen Verträgen gelten aber nicht als Vermögensanlagen im Sinne des Abs. 1 des § 63 Aufw.-G., und zwar auch dann nicht, wenn sie Vermögensanlagen „in wirtschaftlichem Sinne" darstellen. Durch das Stehenlassen der Forderung, ihre 4 v. H. Verzinsung und ihre dreimonatliche Kündigung ist der gegenseitige Vertrag nicht zu einem einseitigen geworden. Wenn der Sachverständige zu dem Ergebnis gelangt, daß die anfängliche Wertsteigerung des Grundstücks wieder in Wegfall gekommen ist, daß der frühere Goldmarkwert zugrunde zu legen und daß aus Billigkeitsgründen ein Verarmungsfaktor abzuziehen ist, so ist darin nichts Rechtsirrtümliches zu finden.

(V 217/25. — 10. Februar 1926.)

*

In der Entscheidung des **Reichsgerichts**, in welcher es die Goldumstellungsbilanz der Waentig A.-G. für nichtig erklärt hat, spricht es sich über die Beachtung der Grundsätze von Treu und Glauben folgendermaßen aus: Der Revision ist zwar zuzugeben, daß eine Umwandlung der Vorzugsaktien in Stammaktien vor der Umstellung durch den § 28 der 2. DVO. nicht schlechthin verboten ist. Aber es ist doch in einem derartigen Vorgehen unter Umständen ein Verstoß gegen die guten Sitten zu erblicken, wenn die Mehrheit der Aktionäre ihr Recht dazu mißbraucht, um gegen den Widerspruch einer Minderheit auf diese Weise eine Umstellung nach Vorschrift des § 28 der 2. DVO. zu vereiteln und sich auf Kosten der Minderheit ungerechtfertigt Vorteile zu verschaffen. Daß hier die angefochtenen Beschlüsse ein gegen die guten Sitten verstoßendes Vorgehen der Mehrheit darstellen, hat das O.-L.-G Dresden ohne Rechtsirrtum angenommen. Die beklagte Aktien-Gesellschaft ist eine Familiengründung. Die Vorzugsaktien sind streitlos solche, auf die im Falle der Umstellung der § 28 Abs. 1 der 2. DVO. zur GBVO. anzuwenden sein würde. Die vom Gesetzgeber getroffene Regelung führt unter gewissen Voraussetzungen zu einer Besserstellung der Stammaktionäre gegenüber den Vorzugsaktionären. Mithin kann die Vereitelung der dem § 28 der 2. DVO. entsprechenden Verteilung des Grundkapitals zu einer vermögensrechtlichen Schädigung der Stammaktionäre führen. Daß hier eine solche Benachteiligung der Klägerin eintreten würde, ist zweifelsfrei festgestellt. Die Vorteile aus der Gleichstellung der Vorzugsaktien würden ausschließlich den Aktionären der Mehrheit zu Teil werden, da nur sie Inhaber der Vorzugsaktien sind. Daß die Aktionäre der Mehrheit von keinem anderen Beweggrunde geleitet wurden und keinen andern Zweck verfolgten, als zu eigenem Vorteil das Aktienrecht der Klägerin zu verkürzen, und daß die beabsichtigten Maßnahmen nicht durch die Interessen der Gesellschaft geboten waren, wird im angefochtenen Urteil ausdrücklich festgestellt. Hiernach haben die Vorinstanzen mit Recht die angefochtenen Generalversammlungsbeschlüsse wegen Verstoßes gegen die guten Sitten für nichtig erklärt.

(II 188/25.—29. Januar 1926.)

*

Gemäß § 252 Abs. 3 Satz 1 HGB. darf derjenige, der durch eine Beschlußfassung entlastet oder von einer Verbindlichkeit befreit werden soll, kein Stimmrecht ausüben. Hierzu wird in einer neuen **Reichsgerichts-Entscheidung** ausgeführt: Der von den Klägern gerügte Verstoß soll sich daraus ergeben, daß von den 146 Aktien, die der Beauftragte K. in der Generalversammlung vertreten haben soll, 130 im Eigentum der „Gebrüder S." gewesen seien, die die Aktien dem K. zur Ausübung des Stimmrechts überlassen hätten. Die Anfechtung wäre begründet, wenn unter den „Brüdern S." die beiden Aufsichtsratsmitglieder Friedrich und August S. persönlich zu verstehen wären. Die Aktien gehören aber der offenen Handelsgesellschaft Gebr. S., und nicht den beiden Brüdern oder einem derselben persönlich. Geht man aber davon aus, dann ist die Vorschrift des § 252 Abs. 3 Satz 1 nicht anwendbar. Bei dem vorliegenden Entlastungsbeschluß handelt es sich um eine Entschließung, die nicht die offene Handelsgesellschaft Gebr. S., sondern nur Friedrich und August S. persönlich anging, denn diese waren, wenn auch wohl im Interesse der offenen Handelsgesellschaft, nur für ihre Person zu Mitgliedern des Aufsichtsrats der beklagten A.-G. bestellt. Sie waren bei der Ausübung ihrer Obliegenheiten nicht als Vertreter ihrer Gesellschaft und nicht mit Wirkung für diese tätig. Die fraglichen Aktien waren daher von dem Stimmrecht nicht ausgeschlossen.

(II 178/25. — 2. Februar 1926.)

Vertreterversammlung des Deutschen Anwaltvereins

Die 19. Vertreterversammlung des Deutschen Anwaltvereins, die am 6. und 7. März in Hannover unter dem Vorsitz von Justizrat Dr. Drucker tagte, verhandelte besonders eingehend über die Frage der Zwangsversicherung der Rechtsanwälte. Als Berichterstatter trat RA. Dr. Hahnemann in Leipzig, der Vorsitzende des Versicherungsausschusses des Vereins, für den Entwurf eines Versicherungsgesetzes ein, der im Reichsarbeitsministerium ausgearbeitet worden ist, ohne sich freilich auf alle Einzelheiten dieses Entwurfs festzulegen. Um so schärfer betonte er den Grundsatz der Zwangsversicherung, dessen Durchführung im Interesse der Anwaltschaft liege. Seine in warmem Ton vorgetragenen Ausführungen waren auf ein reiches Material gestützt. Der Gegenberichterstatter, RA. Dr. Darboven aus Hamburg, vertrat demgegenüber in wirkungsvoller Rede den Standpunkt, den die Hamburger Anwälte von vornherein eingenommen hatten, daß die Zwangsversicherung für einen freien, auf eigene Verantwortlichkeit gestellten Stand wie die Anwaltschaft nicht passe. In eingehender Kritik setzte er sich mit den

0108

Freunden der Zwangsversicherung auseinander. An beide Vorträge schloß sich eine sehr rege und interessante Diskussion, in der u. a. auch Justizrat Prof. Dr. Cahn, Nürnberg, der eifrigste Vertreter des Versicherungsgedankens, das Wort ergriff. Die Abstimmung zeigte, daß die Mehrheit der Vertreterversammlung von einer Zwangsversicherung nichts wissen will. Sie wurde mit 48 gegen 38 Stimmen verworfen.

Hingegen herrschte weitgehende Einmütigkeit bezüglich der Frage, ob die Annahme eines Nebenamts mit der Zulassung zur Rechtsanwaltschaft vereinbar sei. Sie wurde gemäß den Vorschlägen des Referenten RA. Jessen, Kiel, bejaht, vorausgesetzt, daß das Nebenamt ein angemessenes ist.

Der inzwischen bekannt gewordene Entwurf eines Gesetzes zur Aenderung der Gebührenordnung gab dem Vertretertag Veranlassung, auch hierzu Stellung zu nehmen. In einer von RA. Dr. Friedländer, München, entworfenen Entschließung, die Vorstand und Vertreterversammlung einstimmig annahmen, wird die schwerste Enttäuschung ausgesprochen über Inhalt und Begründung des Entwurfs, die in keiner Weise den dem Reichsjustizministerium mündlich und schriftlich unterbreiteten Darlegungen gerecht werden. „Diese Darlegungen, die der einmütigen, wohlerwogenen Anschauung der deutschen Rechtsanwaltschaft entsprechen, sind in den wichtigsten Punkten nicht einmal einer Erwägung unterzogen worden. Von den Voraussetzungen, unter denen wir eine mäßige Herabsetzung der Staffel bei höheren Objekten (ab 10 000 Reichsmark) für tragbar erklärt haben, ist nichts Wesentliches bewilligt worden.

Das Wichtigste — die Aufstellung von gesetzlichen Richtlinien für die Streitwertbemessung in nicht vermögensrechtlichen Streitigkeiten, insbesondere den Ehesachen — ist im Entwurf überhaupt nicht erwogen worden. Auch die übrigen Vorschläge, die wir zur Streitwertfrage dem Reichsjustizministerium unterbreitet haben, sind ohne jede Beachtung geblieben; wir erinnern nur an die Miets- und Unterhaltssachen, an die Urheberrechtssachen und den Arrestprozeß. Bei dem mündlichen Vortrag im Reichsministerium bestand der allgemeine Eindruck, daß gerade diese für die Anwaltschaft lebenswichtigen Fragen volles Verständnis und eingehende Beachtung finden würden, und die Anwaltschaft ist tief betroffen durch die Wahrnehmung, daß sie nicht einmal der Erörterung in dem Entwurf für wert erachtet wurden."

Die Resolution schließt mit den Sätzen: „Der Deutsche Anwaltverein erklärt mit größtem Nachdruck, daß der Entwurf des Reichsjustizministeriums unannehmbar ist und daß seine Annahme für die Anwaltschaft und die Rechtspflege die schwersten und verhängnisvollsten Folgen haben müßte. Er stellt ferner mit tiefem Bedauern und ernster Sorge fest, daß seine sorgfältig erwogenen, den Gesamtwillen eines wichtigen Organs der Rechtspflege darstellenden Ausführungen in den wesentlichsten Punkten überhaupt keine Beachtung gefunden haben."

Juristische Nachrichten

Rücktrittsrecht bei Hypothekenaufwertung. Seit dem Erlaß des Aufwertungsgesetzes wird lebhaft über die Frage gestritten, ob der Verkäufer eines Grundstücks in der Inflationszeit, der sich zur Löschung von Hypotheken verpflichtet hatte, diese Verpflichtung aber nicht rechtzeitig erfüllt hatte, infolge der ihn nunmehr treffenden Aufwertung, die u. a. seinen Kaufpreis übersteigt, ein Rücktrittsrecht habe. In einem besonders gestalteten Fall, der dieser Tage vor dem fünften Senat des Reichsgerichts zur Entscheidung kam, hat der Senat ein solches Rücktrittsrecht unter den besonderen Umständen dieses Falles bejaht. Die Entscheidung ist zum Abdruck in der amtlichen Sammlung bestimmt. Allgemeinere Folgerungen daraus zu ziehen, ist jedenfalls vorläufig nicht angängig.

Beamtentitel im Anwaltsberuf. Der Vorstand der Berliner Anwaltskammer wendet sich in einer Bekanntmachung dagegen, daß frühere Beamte, die zur Anwaltschaft übergegangen sind, die Standesbezeichnung „Rechtsanwalt" ihren früheren Amtstitel hinzufügen. Dem Anwalt gebietet die Achtung vor seinem Stande die Vermeidung des Eindrucks, als beanspruche er bei Ausübung seines Berufes eine Sonderstellung oder als glaube er, sein persönliches Ansehen dadurch zu erhöhen, daß er mit der Standesbezeichnung „Rechtsanwalt" die Bezeichnung des früher bekleideten Amtes verbindet.

*

Juristische Gesellschaft. Am 13. März, abends 7 Uhr, spricht im Oberverwaltungsgericht Prof. Dr. Hans Reichel (Hamburg) über: „Gesetz und Rechtsgeschäft, inbesondere in Deutschland seit dem Jahre 1914".

Grunderwerbssteuer und Aufwertung

Uebertragung von Anteilen einer Grundstücksgesellschaft

Die Grunderwerbssteuer wird nach § 3 Grund-Erw. St. G. auch dann fällig, wenn alle Anteile einer Gesellschaft, zu deren Vermögen Grundstücke gehören, in der Hand eines Teilhabers vereinigt oder nach Vereinigung in einer Hand auf einen anderen übertragen werden. Hierdurch werden nicht die Fälle getroffen, in denen verschiedene Personen Anteile einer solchen Gesellschaft erwerben. Der Reichsfinanzhof hat indessen in diesen Fällen die Grunderwerbssteuerpflicht auf Grund des § 5 der Reichs. Abg. O. für den Regelfall dann bejaht, wenn zum Gesellschaftsvermögen im wesentlichen nichts anderes gehört als ein Grundstück, und wenn die Schulden im wesentlichen in Hypothekenschulden bestehen. (Entsch. Bd. 5, S. 247 und Bd. 11, S. 310.) Denn dann sei wirtschaftlich der Erwerb des Grundstücks gewollt und der gewöhnliche Weg der Auflassung und Eintragung sei durch den Erwerb der Anteile der Gesellschaft umgangen worden, und zwar, wie in der Regel anzunehmen sei, zum Zwecke der Steuerersparnis. Daher müsse gemäß § 5 R. A. O. das Geschäft steuerlich wie der Erwerb des Grundstücks erfaßt werden.

Diese Entscheidungen waren richtig zu der Zeit, zu der sie ergangen sind. Sie sind heute jedoch überholt, denn das Aufwertungs-Gesetz und die im Anschluß an das Grundstückssperr-Gesetz ergangene Judicatur haben gezeigt, daß der Erwerb von Anteilen einer Grundstücksgesellschaft wirtschaftlich ganz anders zu werten ist als der Erwerb des Grundstücks. Der Erwerber eines Grundstücks genießt den Schutz des öffentlichen Glaubens des Grundbuchs, der Erwerber von Anteilen einer Gesellschaft jedoch nicht. Denn die Gesellschaft bleibt Eigentümerin des Grundstücks. Hat sie z. B. das Grundstück durch einen Schwarzkauf erworben, so ist sie nie vor einem Prozeß auf Rückgabe des Grundstücks geschützt, wie oft auch die Anteile ihren Besitzer gewechselt haben mögen. Geschützt ist aber der Erwerber des Grundstücks, wenn auch sein Veräußerer das Grundstück schwarz angekauft hatte. Und ebenso können nach § 20 des Aufwertungs-Gesetzes gelöschte Hypotheken nur insoweit wieder eingetragen werden, als der öffentliche Glaube des Grundbuchs nicht entgegensteht. Der Erwerber des Grundstücks braucht also die vor seiner Besitzzeit gelöschten Hypotheken nicht aufzuwerten. Dagegen ist die Gesellschaft nicht etwa dadurch vor der Wiedereintragung gelöschter Hypotheken geschützt, daß nach Löschung der Hypothek die Anteile der Gesellschaft den Besitzer gewechselt haben.

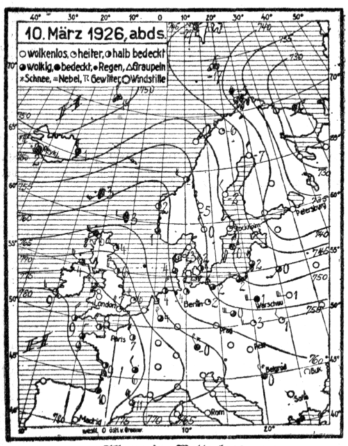
Es ist also nicht nur formaljuristisch, sondern auch wirtschaftlich etwas anderes, ob man die Gesellschaftsrechte und -pflichten, oder ob man das Grundstück erwirbt. Maßgeblich war denn auch in den meisten Fällen, namentlich seit Anfang des Jahres 1924, die Absicht der Veräußerer der Anteile, sich nach Möglichkeit persönlich von allen etwa später auftauchenden, seinerzeit noch unbekannt gewesenen, aber irgendwie schon geahnten Verbindlichkeiten der Gesellschaft, die sich aus ihrem Grundbesitz ergeben, freizustellen. Deshalb war durchaus nicht allein die Veräußerung des Grundstücks, sondern gerade auch die Veräußerung der Gesellschaftsrechte und -pflichten gewollt. Es hieße die wirtschaftliche Bewegungsfreiheit einengen, wollte man unter diesen Umständen die Steuerumgehungsabsicht für den Regelfall unterstellen. Daher liegt auch keine Veranlassung mehr für die Umkehrung der Beweislast vor. Vielmehr werden die Steuerbehörden im Einzelfall die Steuerumgehungsabsicht zu beweisen haben.

In jedem Fall scheidet § 5 RAO. aus, wenn gelöschte Hypotheken wieder aufleben, die bei einem Erwerb des Grundstücks nicht zur Aufwertung gelangt wären. Denn dann entstehen durch die gewählte Rechtsform sehr erhebliche Rechtsnachteile. In solchen Fällen wird sogar unter Umständen die Rückerstattung bereits gezahlter Grunderwerbssteuern in Betracht kommen. Wenn Bezirksämter in einigen Einspruchsbescheiden die ganze Frage damit abtun, die Steuerpflicht sei schon lange vor dem Erlaß des Aufwertungsgesetzes eingetreten, „so daß seine Wirkungen in Ansehung vor dieser Zeit liegender steuerpflichtiger Rechtsvorgänge nicht eingewendet werden kann", so legen sie § 5 RAO. falsch aus. Denn es kommt ausschließlich darauf an, welcher wirtschaftliche Erfolg objektiv eintritt, unabhängig davon, ob er bei der Vornahme des Rechtsgeschäftes erkennbar geworden oder gar beabsichtigt war; dabei sind auch die später eintretenden Folgen zu berücksichtigen, wenn sie sich, wie hier, nur aus der gewählten Rechtsform ergeben.

R.-A. Heinr. Levinsohn.

Wetterkarte vom 10. März

Oeffentliche Wetterdienststelle Berlin (Nachdruck verboten)



Allgemeine Wetterlage

Nachdem nunmehr das Tief, dessen Ausläufer in Deutschland weitverbreitete Schneefälle gebracht haben, nach Osten abgezogen ist, erfolgt von Westen her starker Druckanstieg, der uns mehr und mehr Aufheiterung bringen wird. Da vorerst noch nordwestliche Winde vorherrschen werden, bleiben die Temperaturen zunächst noch niedrig. Später werden die Winde nachlassen und die Temperaturen in den Tagesstunden infolge stärkerer Sonneneinstrahlung ansteigen. Nachts wird vielfach leichter Frost eintreten.

Wetteraussichten für Berlin und Umgebung

Langsam ansteigende Tagestemperatur, nachts leichter Frost; zunehmende Aufheiterung.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland

Im äußersten Osten noch Niederschläge im Schauern, im übrigen Deutschland ziemlich heiter; vielfach leichter Nachtfrost.

Rundfunk-Programm

Funkstunde

3.45 nachm.: Gert Hartenau-Thiel: „Auf der Krokodiljagd." 4.30 bis 6 nachm.: Nachmittagskonzert: 1. Per aspera ad astra, Marsch, von Laukien. 2. Ouvertüre zu der Oper „Stradella" von Flotow. 3. Fantasie aus der Oper „Lohengrin", von Wagner. 4. Groß-Wien, Walzer, von J. Strauß. 5. Ungarische Rhapsodie, Nr. 1, von Liszt (auf vielfachen Wunsch). 6. Frühlingsständchen, von Lacombe. 7. Volksliedchen; Märchen, beide von Komzak. 8. Foxtrott-Potpourri, von Robrecht. 6.40 nachm.: Prof. Dr. H. Großmann: „Moderne Waschmittel." 7 nachm.: Berufsberater Bruno Ziesler: „Die meistbegehrten Berufe für männliche Berufsanwärter." 7.25 nachm.: Maler Arthur Segal: „Die Entwicklung der Malerei in den letzten 20 Jahren." 7.50 nachm.: Hermann Kasack: „Deutsche Frauendichtung (Das 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart)." (Ilse Fischer-Ramin, Rezitation). 8.30 nachm.: Der Roman als Funkspiel. 9—10 nachm.: „Nach Feierabend": 1. Einzug der Gladiatoren, Marsch, von Fucik; Wiener Praterleben, Walzer, von Translateur. 2. Zauberlied; Ballgeflüster, beide von Meyer-Helmund (Willi Weiß, Tenor). 3. Potpourri aus der Operette „Dreimäderlhaus", von Schubert-Berté. 4. Küssen ist keine Sünd', aus der Operette „Bruder Straubinger", von E. Eysler; Im Prater blüh'n wieder die Bäume, von R. Stolz; Heut' ist ja noch heut', von Schulz-Buch (Willi Weiß, Tenor). 5. Ouvertüre zu der Operette „Orpheus in der Unterwelt", von Offenbach. 10.30—12 nachm.: Tanzmusik (Funk-Tanz-Kapelle).

Kirchenkonzert. Friedrichs-Werdersche Kirche: Montag den 15. März, abends 8 Uhr, 14. Abendmusik des Organisten Kurt Große. Mitwirkende: Margarete Abler (Mezzosopran), Streichquartett Edith Fromberg (1. Violine), Eva Engelmann (2. Violine), Ilse Broesicke (Bratsche), Karl Lenzewski (Cello), Männer-Doppelquartett „Bethel" (Dirigent: Rudolf Link), Hans Schroeter (Orgel).

Frohe Entwicklung, volle Entfaltung

der Gaben Ihres Kindes durch individuelle Behandlung in der Privatschule. Tausende von Adressen bestgeleiteter Institute finden Sie im

Führer

durch das private Unterrichts- und Erziehungswesen Deutschlands

der soeben in zweiter, verbesserter und vermehrter Auflage erschienen ist. Herausgeber: Reichsverband deutscher freier (privater) Unterrichts- und Erziehungsanstalten E. V. Sie erhalten das Buch für M. 1.80 durch Ihren Buchhändler oder durch den Verlag Ullstein, Berlin SW 68.

Deutsche Hypothekenbank
(Actien-Gesellschaft) in Berlin.

Die ordentliche Generalversammlung vom 4. April 1925 hat die Erhöhung des Grundkapitals um 1 500 000 RM auf 3 000 000 RM beschlossen.

Unter Hinweis auf unsere Veröffentlichung im Deutschen Reichsanzeiger fordern wir unsere Aktionäre zur Abgabe der Erklärungen wegen Uebernahme der neuen Aktien in der Zeit

vom 12. März bis 9. April 1926 einschließlich

auf, mit dem Hinweis, daß satzungsgemäß mit Ablauf dieser Frist das eingeräumte Vorrecht erlischt. Formulare zu den Anmeldescheinen können an der Kasse in Empfang genommen werden. Die Einzahlung des Nennwertes der neuen Aktien und des Agios von 3 % = 103.— RM pro Aktie und des Schlußscheinstempels hat bei der Geltendmachung des Bezugsrechtes gegen Quittung zu erfolgen. Die neuen Aktien nebst Erneuerungs- und Gewinnanteilscheinen für die Zeit vom 1. Januar 1926 ab können seitens der jeweiligen Aktienbesitzer nach Fertigstellung in Empfang genommen werden. Die etwaige Bezugsrechtssteuer trägt die Gesellschaft.

Berlin, den 9. März 1926.

Deutsche Hypothekenbank (Actien-Gesellschaft)
Der Aufsichtsrat. Fürstenberg. Der Vorstand. Dr. Hirte. Dr. Lippelt.

Ingenieurschule
Technikum
Altenburg-Th.
Staatskommissar
Maschinenbau · Automobilbau
Elektrotechnik
Preisw. Verpfleg. im Stud.-Casino. Progr. auf Wunsch

Unterrichts-Anzeigen

Aufbauschule Havelberg.

Ostern d. J. soll in dem früher vom Lehrerseminar benutzten Gebäude eine staatliche Aufbauklasse, die UIII einer Aufbauschule mit dem Ziele der Oberrealschule, eröffnet werden. Die Aufbauschule führt in 6 Jahren zur Reifeprüfung und erteilt die gleichen Berechtigungen wie die Oberrealschule. Aufnahmebedingung ist ein erfolgreicher, siebenjähriger Besuch der Grundschule. Anmeldungen, mündliche und schriftliche, nimmt der Unterzeichnete jederzeit entgegen. Nähere Auskunft täglich in der Sprechstunde von 11—12 Uhr, für Auswärtige auch schriftlich.

Dr. Görnemann
Studiendirektor.

Märkische - Schweiz - Schule
Pädagogium Bad Buckow. Tel. 10.

Klavier-Unterricht
v. konservat. gepr. Lehrerin, in u. auß. dem Hause. 9 Std. monatl. 20 Mark. Postlagerkarte 914. Postamt 9.

Hausschneiderin
Mäntel, Kleid., Kost., Kindergarderobe Tag 6 M. sucht Beschäftig. Karasch, Friedenstr. 55. Kgst. 4359.

Schlosser-Arbeiten
übernimmt
Gipsstr 30.

Stellenmarkt

Hausdame
gebildet und erfahren in allen Zweigen des Haushaltes für großen
Villenhaushalt
gesucht. Erwünscht frühere gleiche Tätigkeit. Damen, nur bis 35 Jahre, die über prima Zeugnisse und Referenzen verfügen, werden gebeten, ausführliche Bewerbungen mit Bild und Zeugnisabschriften einzureichen u. „5697" Ullsteinhaus, SW 68, Kochstr. 22-26.

Assessor
z. Zt. Hilfsrichter, erfahren in Zivil- und Strafsachen, rhetorisch gewandt, sucht Beschäftigung bei Anwalt mit Assoziations-Aussicht. Angebote unt. B. O. 4260 an Rudolf Mosse, Breslau, erbeten.

Perfekte Stenotypistin
eig. Masch., sucht Aushilfsstellung bei Anwalt od. Ind. Stunde Mk. 1.—. „O. P. 34675" Ullstein-Filiale Olivaer Platz, Kurfürstendamm 186.

Wienerin
mit besten Referenzen für sofort od. 1. 4. sucht a. Wirtschafterin Stellung. „P. B. 20688" Ullstein-Filiale Potsdamer Brücke (Potsdamer Str. 23a).

Perf. Köchin
sucht Stellung. „T. 27710" Ullstein-Filiale Tauentzienstraße 1.

Stütze oder besseres Hausmädchen für einzelne Dame sucht Frau van der Smissen, Steglitz, Schloßstraße 32.

LUGANO Südschweiz
Hotel-Pension Condor - Rigi
Gut bürgerliches Haus in zentraler Lage. Ia. Küche u. Weine. Mäßige Pensionspreise. Zimmer von Fr. 2.50 an.
Th. Barmettler-Emmenegger, Bes.

Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung

mit Kurszettel der Berliner Börse.

Beilage zu Nummer 118 — Chefredakteur: Georg Münch. Verantwortlich: Max Mattersdorf-Friedenau. — Donnerstag, 11. März 1926, morgens

Gefährliche Zersplitterung

Die schwebenden Elektrizitätsprojekte

Die Tatsache, daß zurzeit noch rund 3250 Elektrizitätswerke in Deutschland bestehen, zeigt zur Genüge, daß hier bei weitem noch nicht das notwendige Maß der Rationalisierung erreicht worden ist. Gewiß bedeutet diese Ziffer schon einen Fortschritt, denn 1913 waren noch über 4000 Elektrizitätswerke in Deutschland vorhanden. Wenn weiterhin auch zugegeben werden soll, daß eine Reihe der Werke keine wirtschaftlich selbständigen und unabhängigen Unternehmen sind, so ändert das nichts daran, daß eine straffere Zusammenfassung dieser zahlreichen Splitterkräfte eintreten muß. Diesem Ziel dient vornehmlich auch das vom Preußischen Handelsminister kürzlich vor der Oeffentlichkeit vertretene Elektrizitätsprogramm des Staates. Daß der Rationalisierungsprozeß nicht ohne gewisse Härten abgehen kann und zweifellos dabei auch verschiedentlich private Interessen ungünstig berührt werden, rechtfertigt jedoch keineswegs die Annahme eines Kampfes zwischen Staat und Privatwirtschaft. Es wird nichts weiter angestrebt als eine sinngemäße Verständigung, die im Interesse aller gelegen ist, und nur so ist auch das Vorgehen Preußens zu bewerten. Die Besprechungen, die in der vergangenen Woche nach dieser Richtung hin erfolgt sind, haben auch bereits eine prinzipielle Einigung gezeitigt, so daß man mit einer baldigen restlosen Klärung der bisherigen Unstimmigkeiten rechnen kann.

Aber neben dieser Entwicklung läuft eine entgegengesetzte Bewegung, die zu Bedenken Anlaß geben muß. Die neuesten Zersplitterungsbestrebungen gehen dabei charakteristischerweise von mehr oder weniger öffentlichen Wirtschaftsunternehmen aus. Zur gleichen Zeit, da Preußen eine einheitliche Elektrizitätspolitik zu verfolgen beabsichtigt, errichtet die Stadt Berlin in Rummelsburg das größte bisher in Europa geschaffene Elektrizitätswerk zur Versorgung ihres Stadtgebietes, und daneben trägt sich die Reichseisenbahngesellschaft mit dem Plan der Errichtung eines weiteren Elektrizitätswerkes unmittelbar neben der städtischen Anlage in Rummelsburg zur Deckung des bei der Elektrifizierung der Stadtbahn entstehenden Strombedarfes. Diese Errichtung verschiedener Elektrizitätswerke an ungefähr der gleichen Stelle und unter Berücksichtigung der Tatsache, daß das Großkraftwerk Zschornewitz (Golpa), das bisher die Versorgung Berlins durchgeführt hat, weiterhin in der Lage ist, mindestens den weitaus größten Teil der Stromanforderungen im Bezirk der neu zu errichtenden Anlagen zu decken, wirft die Frage auf, ob hier ein wirtschaftliches Handeln erfolgt. Gewiß kann man es vom Standpunkt der Reichsbahn aus verstehen, wenn sie sich bei ihrer Stromversorgung möglichst unabhängig machen will, zumal sie heute ein kaufmännisches Unternehmen darstellt. Auch wenn Berlin sich von Golpa unabhängig machen will, kann man das vom rein städtischen Standpunkt aus verständlich finden. Damit aber ist noch nicht die Frage der Wirtschaftlichkeit, die ausschließlich bei diesen Projekten ausschlaggebend sein darf, beantwortet. Allein die Tatsache, daß die Stadt zum Betrieb ihres Rummelsburger Werkes Steinkohle über große Transportstrecken hinweg heranschaffen muß, und daß die Reichsbahn beabsichtigt, über mehr als 100 km 55 pCt. wasserhaltige Braunkohle heranzuführen, während Golpa unmittelbar auf der Braunkohle aufgebaut ist, stimmt bedenklich. Ein geringer Bruchteil der Kosten, die die Errichtung dieser neuen Anlagen erfordern, würde zweifellos zum Ausbau des Zschornewitzer Kraftwerkes in solchem Umfange ausreichen, daß jeglicher Strombedarf von dort gedeckt werden kann, zumal die kleineren städtischen Elektrizitätswerke ohnedies vorhanden sind. Gerade dieser Standpunkt ist auch kürzlich wieder von dem Aufsichtsratsvorsitzenden der Elektrowerke in der G.-V. vertreten worden, ein gewiß beachtenswertes Moment. Ueberhaupt dürfte es sich empfehlen, in diesen Fragen die Elektrowerke, die sich als reichseigener Betrieb mit dem größten Betriebsumfang durchaus bewährt haben, zu begutachtender Tätigkeit heranzuziehen.

Es ergibt sich also, daß unter riesigem Aufwand (allein das Rummelsburger Werk ist mit 60 Mill. Rm. Baukosten veranschlagt) Rivalen auf elektrizitätswirtschaftlichem Gebiet geschaffen werden, wodurch bereits investierte Kapitalien in den bisherigen Großkraftwerken in ihrer Rentabilität nicht unwesentlich gefährdet werden. Daneben wird es auch auf die Dauer nicht wirtschaftlich sein, die neuen Betriebe nebeneinander arbeiten zu lassen, wenn sie sich nicht gegenseitig aufs empfindlichste schädigen sollen. Man kann also beinahe von einer vollkommenen überflüssigen Ausgabe sprechen, die um so schwerer ins Gewicht fällt, als es sich z. B. beim Rummelsburger Werk der Stadt fast nur um Auslandsgelder (Kredite!) handelt, für deren Rückzahlung und Verzinsung der Steuerzahler haftet. Mit der Verwirklichung des Rummelsburger Planes ist aber bereits begonnen, und er wird auch, nachdem die Mittel sichergestellt sind, zu Ende geführt werden. Hierin kann also kaum noch etwas geändert werden. Eine andere Frage ist das Projekt der Reichsbahn. Dies steckt zurzeit noch in den Kinderschuhen. Es muß aber mit allen Mitteln darauf hingearbeitet werden, daß es nicht zur Reife gelangt. Wenn die Stadt Berlin ihr Rummelsburger Werk gebaut hat, ist jeglicher Strombedarf einschließlich des der Reichsbahn in jeder Höhe zweifelsohne zu decken. Die Notwendigkeit zur Errichtung neuer Werke besteht nicht. Es würden nur weitere Konkurrenten geschaffen, die zunächst beiden nachteilige Kämpfe führen und schließlich doch zusammengefaßt werden müßten, wodurch leicht große Verluste entstehen können.

Die von diesen Projekten ausgehende Belebung der Gesamtindustrie und damit die Besserung des Arbeitsmarktes sollen keineswegs verkannt werden. Trotzdem wäre nichts falscher, als lediglich unter solchen Gesichtspunkten wirtschaftlich nicht zu rechtfertigende Ausgaben von so gewaltiger Höhe zu machen. Unsere Kapitaldecke ist zu knapp, um derartige Experimente zu erlauben, und unsere Steuerlasten sind zu groß, um durch Aufnahme von Auslandsgeldern die öffentlichen Finanzlasten, für die letzten Endes immer wieder der Steuerzahler aufkommt, zu steigern. Gerade in der Elektrizitätswirtschaft ist Planmäßigkeit und rationelles Wirtschaften von ausschlaggebender Bedeutung, denn nur wenige Industriezweige haben bei der Zukunftsentwicklung der deutschen Wirtschaft eine ähnlich bedeutungsvolle Rolle wie die Elektrizität zu spielen. Es soll keineswegs eine Zusammenfassung um jeden Preis befürwortet werden, aber es muß auf der anderen Seite mit allen Mitteln die Errichtung weiterer Anlagen, sofern sie nicht unbedingt erforderlich sind, bekämpft werden. Eine gute Rentabilität der bereits investierten Kapitalien bei niedrigsten Gestehungs- und Verkaufspreisen ist das Gebot der Zukunft, und es kann nur erfüllt werden, wenn man schon jetzt unbeirrt auf dieses Ziel hinarbeitet.

Dr. H. B.

Verkauf der 6proz. Berliner Goldanleihe von 1924 in Amerika. Mitte des vorigen Monats meldeten wir, daß ein Bankenkonsortium von der Stadt Berlin 8 Mill. M. 6prozentige Berliner Goldanleihe aus dem Jahre 1924 (als Teil einer Gesamtanleihe von 20 Mill.) zur Placierung unter der Hand übernommen habe, und zwar zum Kurse von 75 pCt. Daß man diese Placierung auch in Amerika vornehmen wolle, wurde damals nicht gesagt. Das ist aber inzwischen geschehen. Die Mitglieder des deutschen Konsortiums haben einen Teil durch das Bankhaus L. F. Rothschild & Co. in New York öffentlich angeboten; zu demselben Kurse von 75 pCt. (893 Doll. für 5000 M.), so daß der amerikanische Käufer der Stücke nach Abzug der 10proz. deutschen Kuponsteuer 7,90 pCt. Zinsen erhält. Ein Anleihebetrag ist in dem New-Yorker Angebot nicht genannt, es wird nur gesagt, daß die Stadt zur Ausgabe von 20 Mill. M. dieser 6proz. in längstens 24 Jahren zu 105 pCt. tilgbaren Anleihe berechtigt sei. — Wir erfahren hierzu von zuständiger Stelle weiter, daß die Stadt Berlin noch einen wesentlichen Teil der Anleihe im Besitz hat, wenn sie auch über jene 8 Mill. M. hinaus etliches verkaufte. Die Anleihe wird an die Berliner Börse gebracht werden, und zwar werden die darüber schon einmal geführten, dann aber abgebrochenen Verhandlungen in nächster Zeit wieder aufgenommen werden.

Der New-Yorker Prospekt der Sammelanleihe unserer Städte. Aus dem New-Yorker Prospekt über die 7proz. Gemeinschaftsanleihe der deutschen Kommunalverbände (des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes) geht hervor, daß sie von den amerikanischen Uebernehemrn (Harris, Forbes & Co.; Lee, Higginson & Co.; E. H. Rollins & Sons; Guaranty Comp. of New York; The Equitable Trust Co. of New York) zu 94¾ pCt. aufgelegt wurde (gegenüber einem Uebernahmekurs von 90 pCt.). Ihre Kupons sind am 1. Februar und 1. August fällig, zahlbar in New York. Der Prospekt hebt dann hervor, daß der Deutsche Sparkassen- und Giroverband 3000 Städte und Gemeinden mit einer Einwohnerzahl von mehr als 56 Millionen oder 90 pCt. der ganzen deutschen Bevölkerung umfasse. Alle diese Städte und Gemeinden haften mit ihrem gesamten öffentlichen Eigentum und ihrer Steuerkraft für die Anleihe. Außerdem sind diese Bonds noch besonders sichergestellt durch Verpfändung eines gleichen Betrages von Bonds von rd. 120 einzelnen deutschen Städten u. Gemeinden. Diese verpfändeten Bonds sind nach und nach zu hinterlegen, in dem Tempo, wie der Erlös der Anleihe verbraucht wird; sie entsprechen in Zinsen, Tilgungsbestimmungen und Fälligkeit der emittierten Anleihe. Die Zinsen und Tilgungszahlungen auf die verpfändeten Bonds werden in Dollar zahlbar sein und die Mittel beschaffen, die für den Dienst der jetzigen Emission notwendig sind. Als Treuhänder für Deutschland ist die Reichskredit-A.-G. bestellt worden. Es handelt sich also um die Bestellung einer Sonderhaftung zugunsten der Gemeinschaftsanleihe, die von sich aus eine direkte Verpflichtung des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes ist.

Die Unterbringung der bayerischen Schatzscheine. Wie aus München gemeldet wird, hat die bayerische Finanzverwaltung nunmehr die nötigen Schritte zur Unterbringung bayerischer Schatzscheine, deren Ausgabe wir bereits ankündigten, getan. Es handelt sich um 50 Mill. M. 7proz. Schatzscheine, für die ein Uebernahmekurs von 96,5 pCt. und ein Verkaufskurs von 98,25 pCt. in Frage kommt. Das Uebernahmekonsortium steht unter der Führung der Bayerischen Staatsbank und der Preußischen Staatsbank (Seehandlung).

Die 20 Mill. Rm. 6½proz. Württembergische Schatzanweisungen voll begeben. Der Bestand des unter Führung der Preußischen Staatsbank (Seehandlung), des Bankhauses Mendelssohn u. Co. und der Reichs-Kredit-Gesellschaft A.-G. stehenden Konsortiums an 6½proz. Württembergischen Staatsschatzanweisungen mit dreijähriger Laufzeit ist ausverkauft. Die vorliegenden Kaufaufträge gehen über den zur Verfügung stehenden Betrag weit hinaus.

Auf dem Wege zum internationalen Eisenkartell. Im Anschluß an die Verhandlungen über ein internationales Schienenkartell am 11. März werden am 12. März in Paris die Delegierten der Eisen schaffenden Industrien aus den Eisenproduktionsländern Besprechungen abhalten mit dem Ziel, ein internationales Eisenkartell unter englischer und amerikanischer Beteiligung zu bilden. Der erste Ansatz zu einer solchen internationalen Eisenkartellbildung war seinerzeit das bekannte Luxemburger Abkommen, das aber niemals in Kraft getreten ist. In ihm verpflichtete sich seinerzeit die deutsche Schwerindustrie, Eisen- und Stahlkontigente aus Frankreich, Luxemburg und dem Saargebiet hereinzunehmen, die durch die deutschen Verbände laufen sollten. Die Verhandlungen werden voraussichtlich in der Weise geführt werden, daß man eine Aufteilung der überseeischen Absatzgebiete vornimmt, die Inlandsmärkte jedoch den nationalen Industrien überläßt. Eine solche internationale Regelung würde Eisenschutzzölle, Subventionen und jegliche Dumpingpolitik entbehrlich machen. Es wird weiter bedeutungsvoll sein, ob und wie die zu treffenden internationalen Vereinbarungen sich der deutschen Kartellgesetzgebung anpassen.

Fast 2 Mill. M. Verlust der Rud. Ley, Maschinenfabrik A.-G. Zu dem im abgelaufenen Geschäftsjahr entstandenen Verlust, der die Gesellschaft nunmehr zwingt, zur Beseitigung einer Unterbilanz das Aktienkapital von 1 809 000 Rm. auf 301 500 Rm. herabzusetzen (die auf den 15. März anberaumte o. H.-V. soll im Anschluß hieran gleichzeitig über eine Erhöhung des Aktienkapitals um 448 500 Rm. auf 750 000 Rm. Beschluß fassen), wird in dem Rechenschaftsbericht der Verwaltung mitgeteilt, daß die Gesellschaft im Vertrauen auf die einsetzende Konjunktur mit Anfang des Jahres 1925 zu verschiedenen Zeitpunkten Material für etwa 400 Wagen bestellte. Schädigend sei der im Bielefelder Bezirk ausgebrochene Streik gewesen, da hierdurch die Preßteile für das Untergestell nicht angeliefert werden konnten. Als der Streik nach mehrmonatiger Dauer beendet war, habe die Gesellschaft das fehlende Material zu einer Zeit erhalten, als die Konjunktur ihren Höhepunkt überschritten hatte. Als eine der Hauptursachen des entstandenen Verlustes wird die durch die Preisentwickelung notwendig gewordene geringe Bewertung des vorhandenen Materialbestandes angegeben. Es sei weiter erforderlich gewesen, für Ausfall auf Außenstände eine entsprechende Rückstellung zu machen. Schließlich zwang auch die Rücksicht auf die notwendigen Betriebsumstellungen zu weitgehenden Abschreibungen. Infolgedessen schließt das Geschäftsjahr 1925 mit einem Verlust von 1 999 156 Rm. ab. Zur Deckung sollen auch die Reserven im Gesamtbetrage von 360 000 Rm. herangezogen werden. Die Bilanz zeigt gegenüber dem Vorjahre folgende Veränderungen (in Mill. Rm.): Anlagen usw. 0,91 (1,06), Wechsel 0,23 (0,04), Außenstände 0,39 (0,33), Vorräte 0,98 (1,43), andererseits Gläubiger 1,98 (0,63), Rückstellung für Delkredere und Kosten der Kapitalumstellung 0,28 (—). Ende des vorigen Jahres hatte die Geschäftsaufsicht in einer Mitteilung an die Gläubiger den Wert der Vorräte noch mit 3,78 Mill. M. beziffert, die Außenstände und die Schulden dagegen bereits annähernd in der jetzt ausgewiesenen Höhe angegeben. In der Gewinn- und Verlustrechnung wird der Verlust auf Fabrikationskonto mit 500 113 Rm. angegeben. Handlungs-Unkosten erscheinen mit 914 332 Rm. (655 622) Rm., Abschreibungen mit 304 710 Rm. (145 056 Rm.).

Amerikanischer Funkdienst

New York, 10. März. Effekten-Schlußkurse. (W.T.B.)

Bonds	10. 3.	9. 3.
St. Louis & San Franciscobahn:		
4proz. Prior Lien A	79,13	79,00
6proz. Cumulative Adjustment A	94,25	94,00
6proz. Income A	87,75	87,00
6½proz. Elektrowerke A.-G. 1950	89,25	88,25
7proz. A. E. G. 1945	97,88	98,00
7proz. Fr. Krupp 1929	93,00	92,75
7pr. A. G. Sächsische Werke 1945	95,88	96,00
7pr. Siem. & Halske-Siem.-Schuck. 1928	99,00	98,75
7proz. do. 1935	96,63	96,75
5pr. Aug. Thyssen 1930	97,00	97,00
7proz. U. S. Steel Corp.	105,88	105,50
7proz. 1931 Westinghouse Electric	105,38	105,13
6pr. 1941 Wilson and Co.	100,75	100,75
4½proz. Liberty Loan	103,50	103 9/16
4proz. Treasury Bonds of U. S. A.	103 5/32	103 5/16
7proz. Österreich. Regierungsanleihe 1943	101,50	102,00
8proz. 1941 Belg. Gold	107,38	107,75
8pr. 1951 Tschechische Goldanleihe	101,13	100,88
7pr. 1949 Französische Goldanleihe	89,50	89,63
7proz. Deutsche Rep.-Anl. (Dawes)	102,50	102,38
5½proz. 1937 Engl. Anl.	104,88	104,63
5½ 1929 do. Conv. Bonds	118,75	118,75
7½proz. 1944 Ung. Anl.	96,50	96,50
5proz. Mexikan. Auslandsanleihe v. 1899	36,75	37,38
4proz. Mexikanische Goldanleihe v. 1904	—	23,00
8proz. 1950 Polnische Auslandsanleihe	89,38	89,38
4proz. 1962 Jugoslaw.	92,50	92,75

	10. 3.	9. 3.
8proz. Schweizer Anl.	116,75	116,75
6½proz. Berliner 1925	87,00	87,13
6½proz. Kölner 1925	86,88	86,50
7proz. Münchener 1925	—	—
7proz. Anleihe der Deutschen Rentenbank—Kreditanstalt	96,25	96,38
Shares		
Atchison Topeka	127,63	127,00
Baltimore	89,25	88,63
Canada Pacific	155,38	153,50
Chicago Milwaukee	12,00	12,00
do. preferred	18,00	17,50
Chicago Rock Island	47,50	46,25
Erie	30,00	28,75
Missouri Kansas	39,00	37,75
Missouri Pacific	32,38	31,75
do. do. preferred	78,75	78,00
Northern Pacific	71,63	70,63
Pennsylvania	51,75	51,63
St.Louis and St.Franc.	94,25	93,75
St.Louis Southwestern	65,25	62,75
Southern Pacific	99,88	99,25
Southern Railway	114,00	112,63
Texas and Pacific	53,63	51,13
Union Pacific	145,25	144,00
Wabash pr.	43,25	42,13
American Smelting	140,25	136,25
American Telephone	148,38	148,15
American Woolen	32,25	32,38
Anaconda Copper Co.	46,75	46,25
Bethlehem Steel Corp.	42,00	41,38
General Electric	328,25	327,00
Internation. Harvester	123,50	122,00
Pure Oil	27,88	27,75
Royal Dutch	52,13	52,25
Sears Roebuck and Co.	207,00	203,00
Standard Oil Co.	42,00	41,75
U. S. Steel Corp.	125,38	123,63
Utah Copper	96,00	96,00
Woolworth Co.	186,00	185,25
Aktienumsatz	1680000	1290000

Vergleichende Anfangskurse

New York, 10. März. Fonds. Atchison, Topeka u. Santa Fé — (Vortag: 127), Baltimore and Ohio 88¾ (88⅝), New York Central 125¾ (125⅞ Anf.), Erie 29 (28¾), Southern Pacific — (99¼), Northern Pacific 70⅞ (70⅝), Pennsylvania — (51⅝), Union Pacific 144¾ (144), U. S. Steels Corp. 124¼ (123⅝), Baldwin Locomotive 118 (117 Anf.).

Die Aufwärtsbewegung der Kurse setzte sich zunächst fort, ohne daß dafür neue Gründe vorlagen. Vielmehr bestimmten wieder die günstigen Geldmarktverhältnisse und Dividendenerklärungen die Kursbewegung. In den Vordergrund des Interesses rückten heute die Anteile der Eisenbahnausrüstungsgesellschaften. Man sprach von beabsichtigten Verschmelzungen verschiedener Gesellschaften. Gefragt waren ferner General Electrics, wobei es zu einer Kursheraufsetzung um 4½ Doll. kam. Auch Oelwerte wurden aus dem Markte genommen, da man mit einer weiteren Abnahme der Rohölproduktion rechnete. Um die Mittagsstunde machte sich Neigung zu Gewinnsicherungen bemerkbar. Eine Abschwächung um 4½ Doll. auf 80½ erfuhren die Anteile der Pere-Marquette-Bahn, die aber später auf 87¾ anzogen, als bekannt wurde, daß die Jahresstammaktiendividende von 4 auf 6 pCt. heraufgesetzt wurde und daß außerdem eine Extradividende von 2 Doll. verteilt wird. Diese Mitteilung wirkte auf die ganze Kursliste anregend und führte auf den übrigen Umsatzgebieten zu Kursbesserungen bis zu 5 Doll.

New York, 10. März. (W. T. B.) Tägliches Geld 4 pCt. (Vortag: 4¼ pCt.). — Devisenkurse von 3 Uhr nachm.: London (Cable Transf.) 4,86,18 (4,86,12), do. (60 Tage) 4,81,62 (4,81,87), Paris 3,64,00 (3,66,50), Brüssel 4,54,25 (4,54,00), Rom 4,01,25 (4,01,25), Madrid 14,10 (14,10), Bern 19,25 (19,25), Amsterdam 40,06 (40,06½), Stockholm 26,81 (26,81), Oslo 21,63 (21,53), Kopenhagen 25,94 (25,94), Prag 2,96 (2,96), Wien 14,00 (14,10), Budapest 0,00,14 (0,00,14⅛), Belgrad 1,76,00 (1,76,37), Athen 1,37,00 (1,37,00), Japan 45,37 (45,12), Buenos Aires 40,25 (40,37), Rio de Janeiro 14,62 (14,65), **Berlin 23,80—23,82 (23,80—23,82).**

Silber, ausländisches 66 (66⅜).

Kaffee Santos Nr. 4 loko 23⅜ (23⅜), do. Rio Nr. 7 loko 18¼ (18⅜). Tendenz: kaum stetig. März 17,42 (17,40), Mai 17,35 (17,31), Juli 16,75 (16,72), September 16,30 (16,23), Dezember 15,93 (15,90).

Baumwolle: Tendenz: kaum stetig, loko 19,40 (19,60), do. März — (19,33—19,35), do. April 18,80—18,80 (19,04—19,04), do. Mai 18,64—18,65 (18,76—18,77), do. Juli 18,05—18,05 (18,14—18,15), do. Aug. 17,63—17,63 (17,72—17,72), do. Sept. 17,35—17,35 (17,40—17,40), do. Okt. 17,28—17,30 (17,33—17,33), do. Dez. 16,97—16,98 (17,02 bis 17,02), do. Jan. 16,94—16,94 (16,97—16,97). — Baumwollauf. i. Atl. u. Golf-Häf. 19 000 (29 000).

Metalle: Elektrolytkupfer loko 14⅛—14¼ (14⅛—14¼), do. auf Lieferung 14⅛—14¼ (14⅛—14¼), Zinn loko 64,50 (64,25), Blei loko 8,60 (8,60), Zink loko 7,37 (7,40), Eisen 21,75 (21,75), Weißblech 5,50 (5,50), Bessemer Stahl 35,50 (35,50). — Schmalz prime Western 15,25 (15,30).

Chicago, 10. März. (W. T. B.) Weizen. Tendenz: fest. Mai 159⅞ (158½), Juli 139¼ (138⅝), Sept. 133½ (133⅛). — Mais. Tendenz: stetig. Mai 78¾ (78), Juli 81⅝ (81), Sept. 83½ (83). — Hafer. Tendenz: stetig. Mai 39⅞ (39¾), Juli 40⅞ (40¾), Sept. 41¾ (41⅜). — Roggen. Tendenz: stetig. Mai 89 (88½), Juli 89¾ (89½), Sept. 89 (89¼). — Schmalz. Tendenz: ruhig. März 14,52½ (14,55), Mai 14,80 (14,82½), Juli 15,00 (15,05). — Rippen. Mai 15,45 (15,45), Juli 15,37½ (15,37½). — Speck 16,00 (15,87½).

Winnipeg, 10. März. Getreide. Schlußkurse. Weizen: fest. Mai 145⅝ (Vortag: 144⅜), Juli 143¾ (142¾), Oktober 130½ (130½). — Roggen: Mai 88⅛ (87½), Juli 88½ (88). — Gerste: Mai 59¼ (59), Juli 60⅝ (60⅜). — Hafer: Mai 46⅜ (46), Juli 47⅛ (46⅞). — Leinsamen: Mai 193¾ (189⅜), Juli 196 (190¾).

Buenos Aires, 10. März. Getreide. Anfangskurse. Weizen April 12,20 (12,30), Mai 12,50 (12,50). — Mais: Mai 6,95 (6,90), Juli 6,95 (6,90). — Hafer: Mai 6,90 (6,90). — Leinsaat: April 14,85 (14,85), Mai 15,05 (15,05), Juni 15,30 (15,30).

Wesentliche Besserung des englischen Außenhandels. Die Einfuhr nach England betrug, wie der Londoner Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“ drahtet, im Februar 21 Millionen Pfund Sterling weniger, die Ausfuhr 2 Mill. Pf. St. mehr als im Vormonat, die Wiederausfuhr 1½ Mill. Pf. St. mehr als im Januar.

Kapitalerhöhung der Lufthansa. Eine in diesem Monat vorzunehmende Kapitalerhöhung soll, wie verlautet, die 20-Millionen-Grenze erreichen, vielleicht wird man sogar noch darüber hinausgehen. Diese Maßnahme hängt damit zusammen, daß bis zu diesem Zeitpunkt der nur provisorisch gebildete Aufsichtsrat seine Vorarbeiten erledigt haben muß, um das gemeinsame Arbeiten der in der neuen A.-G. zusammengefaßten Gesellschaften zu gewährleisten. Dazu gehört auch die Bewertung der in die Gesellschaft einzubringenden Vermögensstücke, wie Maschinen usw. auf Grund deren die Feststellung des Aktienkapitals vorgenommen wird.

Die Klagen gegen die Bremer Rolandmühle abgewiesen. Aus den Generalversammlungen der Bremer Rolandmühle ist bekannt, daß der Dortmunder Aktionär Fritz Gater die Beschlüsse der G.-V. bezüglich der Bilanz 1923, der Goldmark-Eröffnungsbilanz sowie der Bilanz 1924 im Prozeßwege angefochten hat. Diese Anfechtungsklagen waren in der ersten Instanz vom Bremer Landgericht abgewiesen worden. Nunmehr hat auch das Oberlandesgericht in Hamburg, vor dem Gater Berufung eingelegt hat, sein Urteil gefällt. Der Kläger ist in den Klagen, die sich auf die Goldmark-Eröffnungsbilanz und auf die Bilanz 1924 erstrecken, kostenpflichtig abgewiesen worden. In dem ersten Prozeß, der die Bilanz 1923 zum Gegenstand hat, ist der Kläger Gater ebenfalls in den meisten Punkten abgewiesen worden. Nur bezüglich der Beanstandung der Aufsichtsratstantieme, die auf rund 45 000 M. berechnet war, hat das Oberlandesgericht den Betrag der Tantieme auf 22 000 M. festgesetzt. Die Kosten dieses Prozesses sind zu neun Zehntel dem Kläger Gater, zu einem Zehntel der Beklagten auferlegt worden.

0109

Berliner Nachbörse

Behauptet, teilweise fest

An der Nachbörse konzentrierte sich das Interesse auf einzelne Spezialmärkte, an denen weiter eine feste Grundstimmung bestehen blieb, während die übrigen Märkte nicht ganz einheitlich waren. Sehr lebhaft gehandelt waren die Werte des Ostwerke-Konzerns, die fast die Schlußkurse behaupten konnten: Schultheiß 159, Ostwerke 146, Kahlbaum 102. Damit hat die Spanne zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Papier des Konzerns fast 60 pCt. erreicht. Die Aufwärtsbewegung am Bankenmarkt griff auf die Nachbörse über. Disconto-Anteile 123½, Darmstädter 130¼, Deutsche Bank 128½, Dresdner Bank 117. Hierdurch beeinflußt, erholten sich Reichsbankanteile wieder auf 138¾. Auch Schiffahrtswerte schlossen bei ruhigem Geschäft fest. Hapag 141, Lloyd 138, dagegen lagen die Kurse am Montanmarkt bei großer Zurückhaltung meist unter den Schlußkursen. Vor allem Rombacher mit 29¾, in denen größere Abgaben stattfanden. Phönix 75, Gelsenkirchen 88¼, Harpener 103¾, Rheinstahl 80½. Farbwerte bei 128⅞ und A.E.G. bei 92¾ sehr ruhig. Größere Abgaben fanden auch in Berliner Hochbahn statt. Sonst zeigte sich für verschiedene Nebenwerte größeres Interesse. Deutsch-Atlanten blieben zu 60 gefragt. Die Abschlußsitzung des Aufsichtsrates der Greppiner Werke kam diesem Papier in einer Kurssteigerung bis zu 114½ zugute. Interesse bestand ferner für Ravené Stahl bei 45¼. Infolge von Gerüchten über eine 6proz. Dividende wurden Deutsche Ansiedlungsbank zu 64 umgesetzt. Heimische Renten ruhig. Schutzgebietsanleihe 7,05. Kriegsanleihe 0,402½.

Eingestellte Börsennotiz. Vom 15. März 1926 ab wird die Notiz für Schieß Maschinenfabrik-Aktien an hiesiger Börse eingestellt.

Dividendenabschläge ab 11. März: Radeberger Exportbier-Brauerei (15 Rm. à 140 M.), Vogtländische Tüllfabrik (0 pCt.).

*

Frankfurt a. M., 10. März. Die Abendbörse war ruhig, aber fest. Lebhafter gesucht waren Banken und Schiffahrtswerte, die bis zu 2 pCt. höher waren. Bei den Bankaktien regten die bevorstehenden Bilanzsitzungen an. Von Montanwerten Mannesmann sehr fest. Chemische Werte teilweise schwächer. Heimische Anleihen sehr still; Kriegsanleihe 408¾—410. Pfandbriefe behauptet; Rheinische Hypotheken 9,35. Türken unverändert; Zolltürken 11,85, Mexikaner schwächer; Gold-Mexikaner 39⅛. — Mediokurse: Berliner Handels 149½, Commerzbank 111, Darmstädter 130½, Deutsche Bank 128¾, Disconto 123, Dresdner Bank 136, Mitteldeutsche Credit 103½, Deutsch-Luxemburger 88, Harpener 104½, Westeregeln 124, Mannesmann 88, Mansfeld 81½, Phönix 76, Rheinstahl 81¼, Rombacher 29, A. E. G. 93¼, Farbenindustrie 129¼, Lahmeyer 87½, Rütgerswerke 75¾, Siemens 103, Hapag 143, Norddeutscher Lloyd 139⅝. — Einheitskurse: Berliner Handels 149¼, Commerzbank 110½, Darmstädter 130½, Dresdner 116½, Mitteldeutsche Credit 103, Reichsbank 159, Oesterr. Kredit 7⅛, Gelsenkirchen 89⅛, Harpener 104½, Rombacher 23¾, Laurahütte 34¼, Adlerwerke 50, Aschaffenburger Zellstoff 91, Daimler 47½, Deutscher Eisenhandel 46½, Frankfurter Maschinen 39, Holzmann 67, Holzverkohlung 62, Goldschmidt 69½, Neckarsulm 53, Peters Union 74, Voigt u. Haeffner 79, Wayß u. Freytag 94, Badische Zucker 47¼, Frankenthal 45, Offstein 63½, Stuttgart 47, Hapag 143⅛, Nordd. Lloyd 139¼.

Ausländische Fondsbörsen

Wien, 10. März. Fonds. (Sonderdienst der Vossischen Zeitung.)

	10. 3.	9. 3.		10. 3.	9. 3.		10. 3.	9. 3.
Juli-Süd	725,00	720,00	A. E. G.	64,60	61,00	Salgo	406,00	422,00
Bankverein	102,50	100,00	Siemens	91,00	848,0	Trifailer	465,00	450,00
Oesterr. Kred.	116,00	113,00	Alpine	250,00	234,00	Daimler	3,99	4,00
Ungar. Kredit	264,00	263,00	Koburg	—	—	Oest. Hofherr	24,50	23,00
Länderbank	145,00	144,00	Felten	300,00	308,00	Ung. Hofherr	106,00	106,00
Unionbank	105,00	104,00	Krupp	233,00	187,00	Wagner	154,90	148,00
Zivostenzka	—	—	Poldihütte	1035,0	1017,0	Timber	—	305,00
Staatsbahn	370,50	363,00	Rima	93,00	92,00	Karpathen	96,00	91,00
Lombarden	56,00	55,00	Skoda	—	—	Temperit	146,00	141,50

Anglobank 125,00 Brünner Maschinen 855. Zentralbodenkredit —,—, Oesterr. Eisenbahn-Verkehr —,—. — Tendenz: Geschäftslos.

Paris, 10. März. (Sonderdienst der Voss. Ztg.)

	10. 3.	9. 3.		10. 3.	9. 3.		10. 3.	9. 3.
5% Fr.R.15/16	57,10	56,55	4% unf.Trk.	92,50	93,00	Randmines	377,00	375,00
6% „ 1920	64,95	64,50	5% Trk.1914	73,50	72,50	Randfont.	90,75	91 00
B.deFrance	113,50	115,00	B.Ottoman.	10,75	10,72	Tanganyik.	415,00	411,00
B. de Paris	13,3	13,25	Rio Tinto	59,95	58,80	Harpener	—	40,30
C. de Escp.	874,00	875,00	Naphtha	293,00	295,00	Steaua Ro.	508,00	533,00
Créd.Lyon.	15,75	15,85	Tab.Ottoms	566,00	570,00	Roy. Dutch	438,50	435 00
Soc. Gén.	816,00	814,00	Baku	20, 0	20,50	Shell Trans	622,00	622,00
Schneider	1030,00	1025,00	Caoutchouc	511,00	514,00	A.Rom.-nou	885,00	890,00
MessagMar	107,00	109,00	D.Beers ord	2310	1977	3% Öst.L.Hy	465,00	460,00
Arg.4% 1896	—	423,50	East Rand	55,00	54,70	3% „ II.Hy	469,00	450,00
4% Jap.1905	473,00	476,00	Goldfields	175,00	172,50	3% „IV.Hy	460,00	451,00
Russ. Cons.	28,50	28,00	Jagersfont.	513,00	511,00	4%Ung.Go.	—	—
4½% Russ.09	20,20	19,80	Modderfont	135,00	—			

Devisen und Noten

Prag, 10. März. (Sonderdienst der Vossischen Zeitung.)

	10. 3.	9. 3.		10. 3.	9. 3.		10. 3.	9. 3.
Berlin	807,50	807,50	Budapest	0,0477	0,0477	Paris	124,50	123,75
D.Marknot.	810,25	810,00	New York	33,85	33,85	Rom	136,625	136,625
Wien	478,75	478,75	London	164,57	164,465	Bukarest	14,30	14,50

Wien, 10. März. (Notierungen der Devisen-Zentrale.)

	10. 3.	9. 3.		10. 3.	9. 3.		10. 3.	9. 3.
Amsterdam	284,05	284,00	Zürich	136,37	136,27	Marknoten	—	168,45
Berlin	168,69	168,60	London	34,43½	34,42½	Lirenoten	28,44	28,42
Kopenhag.	183,80	183,80	Paris	25,76	25,77	Jugoslaw.	12,42	12,42
						Tschechos.	20,94	20,94

Poln. Noten 91,25 (91,30), Dollar 707,50 (707,40), Ungarn 99,25 (99,32), Schweden —,— (—,—). Budapest 99,29 (99,27). New York 7,08,25 (7,08,15).

Zürich, 10. März. Devisenkurse.

	10. 3.	9. 3.		10. 3.	9. 3.		10. 3.	9. 3.
Berlin	1,23,70	1,23,70				Kopenhag.	134,80	134,75
Wien	73,20	73,25	New York	5,19½	5,19½	Stockholm	139,40	139,70
Prag	15,38½	15,38½	London	25,25½	25,24½	Oslo	111,90	111,10
Budapest	0,00,72,80	0,00,72,90	Paris	19,02	18,87	Madrid	73,25	73,25
Holland	208,30	208,35	Italien	20,84	20,84	BuenAires	209,50	209,50
			Brüssel	23,60	23,60	Bukarest	2,20	2,19

Belgrad 9,14½ (9,16½), Warschau 67,50 (68,50), Sofia 3,75 (3,75), Athen 7,12 (7,40), Konstantinopel 2,70 (2,70). Helsingfors 13,10 (13,10).
Tendenz: Still.

Paris, 10. März

	10. 3.	9. 3.		10. 3.	9. 3.		10. 3.	9. 3.
Deutschland	6,56	6,55	Belgien	124,80	124,90	Spanien	387,13	387,63
Bukarest	11,65	11,70	England	133,50	133,73	Stockholm	736,25	738,25
Prag	81,50	81,7	Holland	1099,50	1102,07	Warschau	—	—
Wien	—	387,50	Italien	110,40	110,40	Kopenhag.	—	—
Amerika	27,47	27,50	Schweiz	528,50	529,00	Oslo	—	—

London, 10. März.

	10. 3.	9. 3.		10. 3.	9. 3.		10. 3.	9. 3.
Paris	133,55	134,00	Holland	12,12,87	12,12,37	Deutschld.	20,41½	20,41
Belgien	106,97½	107,00	New York	4,86,18	4,86,12	Wien	34,53	34,51
Schweiz	25,25½	25,25	Spanien	34,48½	34,47½	Bukarest	—	—
			Italien	121,00	121,00			

Kopenhagen, 10. März

	10. 3.	9. 3.		10. 3.	9. 3.		10. 3.	9. 3.
London	18,72	18,73	Paris	14,35	14,25	Stockholm	103,40	103,50
New York	3,86	3,86½	Antwerpen	17,75	17,75	Oslo	83 60	82,80
Berlin	91,80	91,85	Zürich	74,40	74,45	Helsingfors	9,72	9,74
			Amsterdam	154,65	155,10	Prag	11,43	11,45

Rom 15,70 (15,70). Wien 0,54,45 (0,54,50).

Stockholm, 10. März.

	10. 3.	9. 3.		10. 3.	9. 3.		10. 3.	9. 3.
London	18,13½	18,12½	Brüssel	17,05	17,05	Oslo	80,75	80,90
Berlin	0,8890	0,8890	Schweiz	71,85	71,85	Washington	3,73	3,73
Paris	13,80	13,65	Amsterdam	149,65	149,75	Helsingfors	9,42	9,42
			Kopenhagen	96,90	96,90	Prag	11,15	11,15

Rom 15,05 (15,05), Wien 0,52,85 (0,52,85).

Oslo, 10. März.

	10. 3.	8. 3.		10. 3.	9. 3.		10. 3.	9. 3.
London	22,65	23,00	New York	466,00	473,00	Antwerpen	21,40	21,75
Hamburg	111,50	112,75	Amsterdam	187,75	189,75	Stockholm	128,75	126,75
Paris	17,25	17,25	Zürich	90,25	91,25	Kopenhagen	121,75	123,00
			Helsingfors	11,75	12,00	Prag	—	14,75

Rom 18,60 (19,20). Wien 0,66,00 (0,66,75).

Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank. Das Institut, das im Geschäftsjahre 1924 einen Gewinn von nur 13 000 M. erzielte, weist für das am 31. Dezember 1925 abgeschlossene Jahr einen solchen von 116 000 M. aus. Es können 6 pCt. (i. V. 0) Dividende auf 1 575 000 M. Stammaktien und 8 pCt. auf 5000 M. Vorzugsaktien zur Verteilung gebracht werden. Schon dieses Resultat zeigt, daß die Bank im abgelaufenen Jahre das Hypothekengeschäft mit Erfolg wiederaufnehmen konnte. Es erscheinen erstmalig wieder in der Bilanz Goldhypothekenforderungen in Höhe von 2,7 Mill. M., während sich weiterhin die Goldkommunaldarlehnsforderungen von 510 300 M. auf 1,04 Mill. M. vermehrt haben. Dementsprechend weist die Passivseite einen Goldpfandbriefumlauf von 2,7 Mill. M. auf und eine Steigerung der Goldkommunal-Schuldverschreibungen von 510 000 M. auf 1,04 Mill. M. Die Teilungsmasse zeigt einen Aufwertungsbetrag für die Hypothekendarlehen von 24,32 Mill. M., denen Pfandbriefe im Goldmarkwerte von 176,22 Mill. M. gegenüberstehen.

Jahresbericht des Kölner Kassenvereins. Nach dem Bericht für das Geschäftsjahr 1925 haben die Umsätze an der Effekten-Giro- und Depot-Abteilung gegenüber dem Vorjahr eine starke Verminderung erfahren, die mit dem Daniederliegen des Effektengeschäftes zusammenhing. Die Zahl der Einlieferungen und Schecks sank von einem Höchststand von 12 499 im Januar auf einen Tiefstand von 3248 im Dezember. Dagegen hat die Abrechnungs- und Inkasso-Abteilung, deren Betrieb am 1. August 1924 eröffnet worden war, eine recht befriedigende Entwicklung genommen. Die Gesamtzahl der Inkasso-Posten betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr 281 714 Stück gegen 80 490 Stück in den ersten 5 Monaten des vorhergehenden Jahres. Die Gesamtumsätze erreichten eine Höhe von 330,67 Mill. M. Der Bericht geht auch auf das bekannte Abkommen mit der Preußischen Staatsbank ein, dessen Vorteile nach Ansicht der Verwaltung mit der zu erwartenden Belebung des Diskontgeschäftes noch mehr in Erscheinung treten werden. Es wird auch die Hoffnung ausgesprochen, daß der geplante interurbane Effekten-/Giroverkehr in absehbarer Zeit ins Leben treten werde. Die Zahl der Mitglieder hat sich in der Effekten-Giro- und Depot-Abteilung von 64 auf 48 und in der Abrechnungs- und Inkasso-Abteilung von 38 auf 35 vermindert. Aus dem Reingewinn von 8751 M. werden, wie bereits mitgeteilt, 6 pCt. Dividende auf das eingeforderte Aktienkapital verteilt.

Oesterreichische Bankenfusion. Die G.-V. der Agrarbank für die Alpenländer in Innsbruck beschloß, wie der „Vossischen Zeitung" gedrahtet wird, die Fusion mit der Alpenländischen Vereinsbank. Das Aktienkapital der Agrarbank wird für diesen Zweck von 3 auf 8 Milliarden Kronen durch Ausgabe von 5 Milliarden junger Aktien erhöht. Die Alpenländische Vereinsbank hatte um die Jahreswende infolge großer Verluste in Lirespekulationen eine Sanierung vornehmen müssen.

Beratungen über die Schuldenkonsolidierung Belgiens. Im belgischen Finanzministerium fand, wie der Brüsseler Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung" drahtet, gestern eine Bankierkonferenz statt, zu der ungefähr zwanzig führende Persönlichkeiten der Brüsseler und Antwerpener Bankwelt erschienen waren. Minister Janssen setzte in einem ausführlichen Exposé den Finanzleuten die dringend nötigen Maßnahmen zur Konsolidierung der schwebenden Schuld auseinander. Die Bankiers werden in einigen Tagen auf die Ausführungen des Finanzministers anworten. Der Finanzminister wird sich zu weiteren Verhandlungen mit Londoner Finanzkreisen über die Außenanleihe nach London begeben.

Hauptversammlung des Verbandes sächsischer Industrieller. Der Verband sächsischer Industrieller hielt gestern seine diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung im Vereinshaus zu Dresden ab. In seiner Eröffnungsansprache wies der Vorsitzende, Otto Moras-Zittau, darauf hin daß man bei einem Rückblick auf das hinter uns liegende Jahr sagen müssen, daß es für die sächsische Industrie ein Jahr der Enttäuschung und schwerer Verluste gewesen sei. Der Vorsitzende betont, daß in den Zeiten großer Wirtschaftskrisen ein festes Zusammenhalten des Unternehmertums besonders notwendig sei, um die Geschlossenheit der sächsischen Industrie zu wahren. Nur eine solche Einigkeit gebe die Möglichkeit, den Einfluß der sächsischen Industrie bei allen maßgebenden Stellen in Berlin auf die Höhe zu bringen, die der Bedeutung Sachsens als des zweitgrößten Gebietes Deutschlands entspreche. Der Vorsitzende wendet sich dann noch gegen einen zu weitgehenden Pessimimus und betont, daß damit der Industrie nicht geholfen ist, sondern daß nur in dem Kampf um die Beseitigung der Hindernisse, die man der Entfaltung der wirtschaftlichen Kräfte entgegengesetzt hat, eine Besserung zu erzielen ist. Im weiteren Verlauf der Versammlung erstattete dann der Syndikus des Verbandes, Dr. Joh. März, Bericht über die Tätigkeit des Verbandes im abgelaufenen Geschäftsjahr. Sodann gab Regierungsrat a. D. Dr. Flügler, Syndikus des Verbandes der Deutschen Zigaretten-Industrie, ein Referat über die Notlage der Zigarettenindustrie und führte unter anderen aus: In der Zigarettenindustrie müssen sich alle wirtschafts- und finanzpolitischen Maßnahmen auswirken, weil diese Industrie die höchsten Verbrauchssteuern überhaupt trägt. Besonders wurde die Konsumzigarette durch die neue Steuerbelastung betroffen, deren Höhe über 50 pCt. vom Kleinverkaufspreis trägt. Das bedeutet natürlich ein ungeheures Risiko für die gesamte Industrie, zumal mit dem Inkrafttreten der Steuererhöhung eine Wirtschaftskrisis einsetzte, die alles Dagewesene übersteigt. Für die Materialsteuer muß volle Sicherheit geleistet werden, eine Forderung, die vielleicht zur Zeit normalen wirtschaftlichen Lebens berechtigt, aber zur Zeit einer Geldkrisis und Geldknappheit, wie wir sie heute haben, nicht durchführbar ist. Bereits unter der früheren Belastung von 40 pCt. des Kleinverkaufspreises sind eine große Anzahl von Betrieben eingegangen. Mit dem Inkrafttreten der erhöhten Steuer ab 1. Oktober sind Hunderte von Betrieben zum Erliegen gekommen. Ein großer Teil steht vor dem Stillstand. Alle anderen aber haben mit großen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. In allererster Linie sind diese Zustände auf das übermäßige Anziehen der Steuerschraube zurückzuführen, wenn auch nicht bestritten werden soll, daß natürlich die zu gleicher Zeit mit der Steuererhöhung einsetzende Wirtschaftskrise sehr viel zu dem desolaten Zustand beigetragen hat. — Im Zusammenhang mit der augenblicklich in Dresden schwebenden Syndikatsverhandlungen der Zigarettenindustrie, die zugleich auch eine völlige Neuregelung der Steuerfrage anstreben und in irgendeiner Form auch wohl auf ein behördliches Entgegenkommen rechnen dürfen, beanspruchen diese Ausführnugen besonderes Interesse.

Auflösung der Julius Sichel u. Co., K.-G. a. A. Die Gesellschaft beruft nunmehr auf den 27. März die ao. G.-V., in der, wie bereits von uns angekündigt wurde, die für die Abwicklung des Unternehmens notwendigen Beschlüsse gefaßt werden sollen. Danach soll die Auflösung der Gesellschaft in event. Verbindung mit einem Zwangsvergleichsvorschlag erfolgen, der auf Basis von 50 pCt. vorgesehen war. Ferner soll das Vermögen im ganzen unter Abfindung der Aktionäre durch Aktien eines anderen Unternehmens veräußert werden. Ergänzend ist hierzu zu bemerken, daß die Veräußerung des Vermögens an die Agfi (A.-G. für Industriewerte in Luzern) erfolgt. In welcher Höhe die Sichel-Aktionäre durch Agfi-Aktien entschädigt werden, steht noch nicht fest. Die Agfi wird zunächst eine Kapitalsherabsetzung und dann eine Kapitalserhöhung vornehmen, und zwar um den Betrag, der für den Austauschzweck gegen Sichel-Aktien erforderlich ist.

Audiwerke A.-G., Zwickau. Der kürzlich geschlossene Zwangsvergleich ist nunmehr rechtskräftig geworden. Die Geschäftsaufsicht wurde aufgehoben. Der Betrieb wird fortgeführt. Die Gesellschaft will auch fernerhin darauf verzichten, zur Massenerzeugung überzugehen; sie behält die Erzeugung von Qualitätswagen bei.

Geschäftsaufsichten. Neu angeordnet: Paul Voß, Baugeschäft, Berlin-Friedenau; Säulophon-Fabrik f. Sprechmaschinen Schulz u. Müller, Bernburg; Mitteldeutsche Verbandstoff-Fabrik Schiebeler u. Co., Braunschweig; o. H. Holzhäuser u. Birke, Breslau; K. Alfred Müller, Com.-Ges., Frankenberg i. Sa.; Carl Schimpff, Gera; o. H. Herrmann u. Pfau, Neurode; Carl Nordmann, Rinteln; Max Walter, Schwetzingen; Heinrich Umbach Nachfg., Soest; o. H. Schoene u. Schierwagen, Tilsit; Textilwerks G. m. b. H., Viersen-Helenabrunn; Gustav Hirsch, Warin; Karl Keßler, Zell (Mosel). — Aufgehoben: Audiwerke A.-G., Zwickau; Edeka-Großhandel für den Chiemgau e. G. m. b. H., Trostberg; Truelsen u. Cordes, Hamburg; o. H. Bruno Meyer u. Co., Hamburg.

Zahlungseinstellung im Berliner Kurzwarengroßhandel. Die langjährige Kurzwarengroßhandlung Siegbert Levy u. Co. hat, laut „Textilwoche", die Zahlungen eingestellt und strebt einen außergerichtlichen Vergleich an.

Neueröffnete Konkurse	Wohnort	Amtsgericht	Eröffn.-Termin	Anm.-Frist	Gläub.-Vers.	Prüf.-Termin
Iscoga A. G. Hamburg	Altona	Altona	5. 3.	20. 4	9. 4.	18. 5.
„Waren-vertrieb Herkules" Inh. Siegmund Redner u Jakob Wallach	Cassel	Cassel	5. 3.	5. 4	8. 4.	15. 4.
Mechanische Weberei Junghänel & Co G. m. b. H.	Elsterberg	Elsterberg	5. 3	21. 4	29. 3	12. 5.
M. Oltenheimer G. m. b. H.	Leipzig	Leipzig	5. 3.	9. 4	13. 4.	26. 4.
o. H. „Jacob & Co."	Leipzig	Leipzig	6. 3.	9. 4.	15. 4.	27. 4.

Dividenden

Westfälische Kupfer- und Messingwerke A.-G. in Lüdenscheid. Vorschlag für 1925 5 pCt.

Pittler Werkzeugmaschinen-Fabrik, A.-G. Wieder 10 pCt. nach 523 255 Rm. Abschreibungen (im Vorjahre 272 202 Rm.).

Dux Automobilwerke, A.-G., Leipzig-Wahren: 0 pCt.

Warenmärkte

Amtliche Notierungen der Berliner Produktenbörse. (Lokonotierungen für Getreide gelten ab Station.) Weizen, loko, märk. 248—252; im laufenden Monat 262; per Mai 261,5—262,5 u. B; per Juli 262; behauptet. — Roggen, loko, märk. 150—154; pomm. 148—152; im laufenden Monat 165; per Mai 176,50—177,75; per Juli 180—182 G; fest. — Sommergerste 162—186; feinste Sorten über Notiz bezahlt. — Winter- und Futtergerste 136—150; ruhig. — Hafer, loko, märk. 159—169; ruhig. — Weizenmehl 32¼—35¾; feinste Marken über Notiz bezahlt; ruhig. — Roggenmehl 21¾—23½; fester.

Weizenkleie 10 beh., Roggenkleie 8,80—9,00 beh. Viktoriaerbsen 26—32, kleine Speiseerbsen 23—25, Futtererbsen 19—21, Peluschken 20—21. Ackerbohnen 20—21. Wicken 22—25. Lupinen blau 11,50 bis 12,50, do. gelb 13,75—14,50. Seradella 1924: 19—21, do. neue 26—29. Rapskuchen 14,00—14,50. Leinkuchen 18,20—18,40. Trockenschnitzel 8,20—8,60. Vollw. Zuckerschnitzel 18,40—18,50. Kartoffelflocken 13,70—14,00.

Berlin, 10. März. Speisefette. (Bericht von Gebr. Gause.) Butter. Die Marktlage ist weiterhin ruhig, was auch in einem weiteren Abstrich der Berliner Notierung am 9. März um 4 M. per Zentner zum Ausdruck kam. Die Zufuhren von Inlandsbutter sind genügend zur Deckung der Nachfrage, auch die Auslandsmärkte tendieren nach unten, und wird mit einer Ermäßigung der Notierung am 11. d. M. gerechnet. Die amtliche Preisfestsetzung war am 9. März: Ia 1,78 M., IIa 1,68 M., abfallend 1,48 M. — Margarine. Das Geschäft bewegte sich in ruhigen, stetigen Bahnen. — Schmalz. Bei geringen Umsätzen infolge schwacher Konsumnachfrage verlief der Markt in ruhiger Haltung. Die Preise gaben etwas nach. — Speck. Unverändert und still.

Berlin, 10. März. Schlachtvieh. Auftrieb: Rinder 1724, Bullen 438, Ochsen 347, Kühe und Färsen 939, Kälber 2650, Schafe 3450, Schweine 9002, Ziegen 16, Auslandsschweine gestrichen. Marktverlauf: Bei Rindern, Kälbern und Schafen ziemlich glatt, bei Schweinen: schwere fette Schweine gesucht, sonst ruhig. — Ochsen 34—53, Bullen 38—50, Färsen und Kühe 18—50, Kälber 35—80, Schafe 30—55, Schweine 73—84, Ziegen 20—25.

Magdeburg, 10. März. Zucker. Prompte Lieferung 27¼, März 27½, April 27¾, Mai 28, Juli 28½, August 28¾. Tendenz: ruhig, stetig. — Terminpreise (ausschließlich Sack- und Verbrauchssteuer): März 13,70 B, 13,50 G; April 13,70 B, 13,60 G; Mai 13,90 B, 13,80 G; August 14,45 B, 14,35 G; September 14,50 B, 14,40 G; Oktober 14,60 B, 14,50 G; November 14,50 B, 14,40 G; Dezember 14,70 B, 14,50 G; Oktober-Dezember 14,60 B, 14,50 G. Tendenz: matt.

Hamburg, 10. März. Zucker. März 13,65 B, 13,50 G; April 13,70 B 13,50 G, Mai 13,90 B 13,90 G, August 14,55 B 14,45 G, Oktober 14,70 B 14,60 G, November 14,55 B 14,45 G, Dezember 14,60 B 14,50 G 14,55 bz., Oktober-Dezember 14,65 B 14,55 G. Tendenz: behauptet.

Hamburg, 10. März. Kaffee. (Termin-Notierungen von 2 Uhr.) März 99½ B, Mai 95¼ B, 95 G, 95 bz, Juli 92½ B, 92¼ B, 92½ bz, September 90½ B, 90¼ G, Dezember 89¼ B, 89 G. Tendenz ruhig.

London, 10. März. Kautschuk (Pence per lbs.). Tendenz: Schluß fester. Standard Nr. 1 Crepe loko 28½ Wert, per März 28½ Wert, April-Juni 28 Wert, Juli-September 27¼ Wert, Oktober-Dezember 27 Kfr. Standard smoked Sheet loko 28½ bz. Wert, März 28½ bz. Wert, April-Juni 28 bz. Wert, Juli-September 27¼ bz. Wert, Oktober-Dezember 27 bz. Kfr.

Bremen, 10. März. Baumwolle. (Eröffnungskurse.) 11 Uhr vormittags. Loko 20,57, März 17,77 B 17,76 G, Mai 18,62 B — G, Juli 18,50 B 18,38 G, September 18,33 B 18,13 G, Oktober 18,16 B 18,06 G, Dezember 17,76 B 17,67 G, Januar 1927 17,77 B 17,75 G. Tendenz: ruhig. — 1 Uhr mittags. März 17,76 B — G, Mai 18,59 B 18,52 G, Juli 18,49 B 18,39 G, September 18,28 B 18,15 G, Oktober 18,15 B 18,07 G, Dezember 17,78 B 17,76 G, Januar 1927 17,76 B 17,73 G. Tendenz: ruhig. — Abrechnungskurse. März 18,40, Mai 18,50, Juli 18,44, September 18,22, Oktober 18,11, Dezember 17,76, Januar 1927 17,74.

Bremen, 10. März. Baumwolle. (5—5½ Uhr-Schlußnotierungen: Mai 18,60 B 18,40 G, Juli 18,52 B 18,40 G, September 18,30 B 18,20 G, Oktober 18,18 B 18,10 G, Dezember 17,84 B 17,76 G, Januar 1927 17,83 B 17,83 G. Tendenz: ruhig.

Alexandrien, 10. März. Aegyptische Baumwolle. Sakellaridis per März 30,59, per Mai 29,52, per November 28,90. — Ashmounis per April 21,65, per Juni 21,88, per Oktober 22,18.

Liverpool, 10. März. Baumwolle. (Anfang.) Tendenz: stetig. März 9,45—9,45 (Vortag: 9,37), Mai 9,39—9,39 (9,31), Juli 9,31—9,32 (9,24), Oktober 9,09—9,09 (9,03), Januar 1927 8,98—8,99 (8,92). — Aegypter. Tendenz: ruhig. Mai 14,65, November 14,55. — Alexandria. März 30,25, April 21,50, Mai 29,20, Oktober 22,00, November 28,70.

Liverpool, 10. März. Baumwolle. Lokomarkt: American middl. 9,88 (9,81), Aegypt. Sakellaridis F. G. F. 16,25 (15,90), Ostind. M. G. Surtee F. G. 8,50 (8,50). Tendenz: Ruhig, aber stetig.

London, 9. März. Wolle. Bei der heutigen Eröffnung der Wollauktion wurden 11017 Ballen angeboten, von denen ungefähr 10 000 Ballen abgesetzt wurden. Merinosorten lagen ruhig, konnten sich aber im Preise behaupten. Es zeigte sich in diesen Qualitäten eine gute Auswahl, wobei man auf feste Preise hielt. Kreuzzuchtsorten notierten pari bis 5 pCt. gegenüber der letzten Serie billiger. Für bessere Qualitäten bestand gute Meinung.

Amtliche Berliner Metallterminnotierungen vom 10. März. Kupfer: per März 119 B, 118 G; per April 118¾ B, 118¼ G; per Mai 119¾ B, 119¼ G; per Juni 120½ B, 120 G; per Juli 120¾ bz, 121 B, 120¾ G; per August 121½ B, 121 G; per September 122 B, 121½ G; per Oktober 122½ B, 122 G; per November 122¾ B, 122½ G; schwächer. Blei: per März 63½ B, 63 G; per April 63½ B, 63 G; per Mai 63¾ B, 63 G; per Juni 63¾ B, 63¼ G; per Juli 63½ bz, 63¾ B, 63¼ G; per August 63¾ B, 63½ G; per September 64 B, 63½ G; per Oktober 64 B, 63¾ G, per November 64 B, 63¾ G; schwach.

Hamburg, 10. März. Metalle. Kupfer: März 119,75 B, 118,50 G; April 119,75 B, 118,75 G; Mai 120,75 B, 120 G; Juni 121,25 B, 120,75 G; Juli 122,25 B, 121,50 G; August 122,50 B, 122 G; Sept. 122,75 B, 122,25 G; Okt. 123 B, 122,75 G; Nov. 123,75 B, 123,25 G. Tendenz: behauptet. — Zinn: März 590 B, 584 G; April 590 B, 580 G; Mai 582 B, 574 G; Juni 578 B, 570 G; Juli 572 B, 568 G; August 572 B, 564 G; Sept. 572 B, 563 G; Okt. 570 B, 562 G; Nov. 570 B, 562 G. Tendenz: ruhig. — Nichtamtliche Notierungen des Vereins der am Metallhandel beteiligten Firmen in Hamburg: Silber prompt 92¼ B, 91¼ G; Hüttenrohzink prompt 71¼ B, 70¾ G.

London, 10. März. Metalle. (Schlußkurse.) Kupfer Standard per Kassa 59—59⅛, do. 3 Monate 60—60⅛, do. Electrolyt 66—66¼, do. Best selected 62½—63¾, do. Strong Sheets 90; Zinn: Standard per Kassa 293½—293¾, do. 3 Monate 284¼—284½; Blei ausländ. nahe Sichten 31⅝, do. entfernte 31 15/16; Zink: gewöhnl., nahe Sichten 34½, do. entfernte Sichten 34 9/16; Aluminium für Inland 120, do. für Ausland 125; Antimon Regulus Erzeugerpreis 99½—100; Quecksilber 14½; Platin 470; Wolframerz c. i. f. 22—22¼; Nickel für Inland 170—175, do. für den Export 170—175; Weißblech f. o. b. Swansea 19¼—19½; Gold 84/10½.

London, 10. März. Silber 30⅝—30 7/16.

Berliner Handels-Register. Neueintragungen. Abt. A: Ernst Kühn, Bln.-Wilmersdorf, Osnabrücker Str. 21/22. (Fondsmakler.) — Wilhelm Grzegorzewski, Berlin, Raupachstr. 11. (Fondsmakler.) — Hans Koch Berlin, Potsdamer Str. 68. (Motorfahrzeuge.) — Holzhandlung Herbert Schäfer, Berlin W 15, Bregenzer Straße 14. — Itzkowski u. Co., Berlin, Auguststr. 69. (Buchdruckerei- und Verlagsgeschäft.) — Geilhausen u. Co., Kommanditgesellschaft für Wärmetechnik, Bln.-Friedenau, Laubacher Str. 20. — Lichterfelder Adler-Apotheke Hermann Meyer, Bln.-Lichterfelde-West, Drakestr. 56. — Max Loeb, Berlin, Ritterstr. 52. (Lederwarenfabr.) — Hermann Schultz Möbelfabrik, Berlin, Boxhagener Str. 114. — Willi Silber, Berlin, Oranierstr. 6. (Werkzeuge und Werkzeugmaschinen.) — Gustav Zacharias, Berlin, Leipziger Str. 96. (Blusen- u. Kleiderfabr.) — Abt. B: Papierholz-Handelsgesellschaft m. b. H., Charlottenburg, Joachimsthaler Str. 5. Stammk.: 21 000 Rm. Geschäftsf.: Kfm. Friedrich Voltz u. a. — Marlis-Film G. m. b. H., Berlin, Friedrichstraße 13. Stammk.: 5000 Rm. Geschäftsf.: Frau Clara Marchand. — „Lentz" Transportmotor G. m. b. H., Berlin, Schellingstr. 13. Stammk.: 20 000 Rm. Geschäftsf.: Archt. Erich Vetter. — Jülicherstraße Grundstücksbaugesellschaft m. b. H., Berlin, Enckeplatz 4a. Stammk.: 20 000 Rm. Geschäftsf.: Kfm. Wilhelm Böhm u. a. — Revue-Gastspiel Betriebsgesellschaft m. b. H., Berlin, Michaelkirchstr. 8. Stammkapital: 10 000 Rm. Geschäftsf.: Dir. James Klein. — Industrie-Holz-Kontor G. m. b. H., Bln.-Niederschönhausen, Blankenburger Straße 14/15. Stammk.: 10 000 Rm. Geschäftsf.: Kfm. Hugo Jörn. — Albertini-Produktion, G. m. b. H., Berlin, Heilbronner Str. 9. Stammkapital 5000 Rm. Geschäftsf.: Freiherr von Wolzogen u. a.

Die heutigen Finanzanzeigen der „Vossischen Zeitung". Deutsche Hypothekenbank A.-G., Berlin (Erhöhung des Grundkapitals).

Das Unterhaltungsblatt
Nr. 59 * der Vossischen Zeitung vom Donnerstag, 11. März * 1926

Kuljabkos Glück und Ende

Von

Fedor V. Isjagin

Im Iris-Verlag, Frankfurt a. M., erscheint in Kürze ein von Siegfried von Vegesack übertragener Nachlaßband von Fedor V. Isjagin, betitelt „Der Herr ohne Hose. Eine Sammlung merkwürdiger Begebenheiten.“ Wir entnehmen dem Buche die folgende Erzählung:

Porfirij Porfirjewitsch Kuljabko war ein kleiner Gutsbesitzer im Tulaschen Gouvernement, dessen alter Herrenhof Bolotnoje achtzig Werst von der Bahnstation und fünfzig Werst vom nächsten Kreisstädtchen entfernt lag. Unermeßliche Wälder und undurchdringliche Moore umgaben Bolotnoje von fast allen Seiten, das wie eine langgestreckte Insel sich über den sumpfigen Niederungen erhob und im Frühjahr, in der Zeit der großen Ueberschwemmungen, oft monatelang von aller Welt abgeschnitten wurde.

Aber Porfirij Porfirjewitsch Kuljabko kümmerte sich auch nicht viel um die übrige Welt: nur einmal im Jahr, in der Weihnachtszeit, fuhr er bei guter Schlittenbahn ins Kreisstädtchen, wo er bei seiner alten Cousine, der kinderlosen Witwe Fiokla Wassiljewna Kuljabko abstieg, den Gottesdienst besuchte und einige Einkäufe machte: buntgeblümten Barchent für die Mägde, seidene Hemden, Pfeifentabak und eine Flasche Eau de Cologne. Denn bei aller Anspruchslosigkeit seines Lebens hielt Porfirij Porfirjewitsch doch an einigen kulturellen Bedürfnissen fest: er rauchte nur englischen Pfeifentabak, schlief nur in seidenen Nachthemden und betupfte jeden Morgen sein Taschentuch mit Eau de Cologne.

Das waren aber auch die einzigen Herrengewohnheiten, die er beibehalten hatte: sonst lebte er unter seinen gutmütigen, ihm tief ergebenen Bauern, mit denen er sich kameradschaftlich duzte, wie einer ihresgleichen: ließ das Vieh der Bauern auf seinen Wiesen weiden, kümmerte sich nicht um den Wald, in dem jeder nach Herzenslust schlagen konnte, und sah nur darauf, daß man im Herbst den Dünger nicht zu nah an seinen Fenstern vorüberfuhr.

Die Bauern liebten und verehrten Kuljabko wie einen Vater, und für viele war er es auch in Wirklichkeit, denn in seinen jungen Jahren hatte er mit fast allen Bauernmädchen Umgang gepflegt, was nicht ohne Folgen geblieben war. Aber er sorgte dann auch für alle seine zahlreichen Kinder wie ein richtiger Vater: gab ihnen Patengeschenke, schöne Stoffe, Mützchen, Sandalen und Heiligenbilder, so daß ihm oft auch Kinder untergeschoben wurden, deren Ankunft er gar nicht veranlaßt hatte. Aber er nahm es mit diesen Dingen nicht so genau. Und wie sollte er sich auch an alle Einzelheiten erinnern: wann und mit welchem Mädchen er vor einem Jahr zusammengewesen war. Sie sahen sich ja alle so gleich, mit ihren prallen roten Wangen, dem mit Zuckerwasser glatt gestrichenen Haar, den festen, kräftigen Brüsten und den gutmütigen lustigen Augen, und auch die Namen waren kaum zu unterscheiden: Akulina, Anjuta, Awdotja, Ansisa, Arina, wer konnte die alle behalten!

Wenn Porfirij Porfirjewitsch Kuljabko in seinem Halbpelzchen am Sonntagnachmittag durchs Dorf ging und von allen Seiten ihm die Buben und Mädchen entgegenrannten, um seine dicken Fausthandschuhe zu küssen, und aus allen Türen und Fenstern rotbackige Frauengesichter ihm lachend zunickten und lustige Worte zuriefen, dann fühlte sich der von aller Welt verlassene und vereinsamte Porfirij Porfirjewitsch wie der Vater einer großen glücklichen Dorfgemeinde, blieb hier und dort stehen und trat zuweilen auch in die verräucherten Stuben, wo er mit Tee und süßem Himbeersaft bewirtet wurde.

Und auch die Knechte und Burschen verehrten ihren Herrn. Eifersucht kannten sie nicht, im Gegenteil: ein jeder war stolz, wenn eins seiner Sprößlinge von besserer Herkunft war, das empfanden sie nur als eine Ehre. Denn wie einfach und schlicht sich auch Kuljabko geben mochte, für sie blieb er doch immer ihr Herr, ein Wesen höherer Art, dem sie blind vertrauten. Und auch Jefim Jeremejewitsch, der Starost, der ehrwürdige Dorfälteste, kniete sich jedesmal hin, wenn er auf der Veranda seinem Herrn Bericht erstattete.

So schien das Glück, dem alle Menschen nachlaufen, ohne es je einzuholen, auf dieser kleinen Insel, inmitten der endlosen Wälder und Moore, verwirklicht zu sein: hier herrschte Zufriedenheit und Ruhe, wie sie der liebe Gott und die Engel im Himmel nicht besser haben können. Aber auch aus diesem Paradiese sollten die Menschen vertrieben werden.

Es kam die Zeit, da alles im russischen Reich stürzte. Wohl dauerte es ein Jahr, aber dann drang die Kunde von den großen Ereignissen auch bis in das entlegene Bolotnoje. Ein alter Schreiber, der zu Ostern aus dem Kreisstädtchen zu seiner Nichte nach Bolotnoje zum Besuch gekommen war, hatte von den seltsamsten Dingen berichtet.

„Ja, und einen Gott gibt es nicht mehr, und einen Zaren auch nicht, das hat man jetzt alles abgeschafft! Und auch die Herren hat man abgeschafft!“ erzählte er den staunenden Bauern.

„Und wie hat man denn das alles abgeschafft?“ fragte der alte Jefim, nachdem er lange nachgedacht hatte.

„Das eben ist die Revolution,“ erklärte der Schreiber; „die Revolution schafft alles ab! Das hat in der Zeitung gestanden. Heute muß jeder der Revolution gehorchen, sonst ist man ein Verräter. Jeder muß seinen Herrn abschaffen!“

Und der Schreiber setzte sich eine Brille auf und las den Bauern aus einem Zeitungsfetzen vor, den er aus der Tasche holte. Die Bauern verstanden nicht viel davon, aber das eine begriffen sie: daß jetzt alles Land ihnen gehören sollte.

„Aber das gehört uns ja auch schon so,“ meinte der alte Jefim.

„Nein, das gehört dem Herrn,“ erklärte der Schreiber, „solange ihr einen Herrn habt!“

Noch lange saßen die Bauern nachdenklich beisammen. Sie berieten sich hin und her, was sie nun zu tun hätten, wußten aber keinen Ausweg, wie sie der Revolution gehorchen, den Herrn abschaffen und ihn dennoch behalten könnten.

Drei Tage und drei Nächte tranken sie Tee und Schnaps und überlegten es sich gründlich. Schließlich sagte der alte Jefim, und die Tränen rollten ihm in seinen weißen Bart:

„Was gedruckt steht, das muß man tun, so ist es immer gewesen. Es bleibt uns nichts anderes übrig: wir müssen unseren gnädigen Herrn abschaffen!“

Und was der alte Jefim sagt, das ist war, wie die Heilige Schrift.

Und so zogen die Bauern noch in derselben Nacht zum Herrenhause und klopften an das Fenster, bis Kuljabko im Schlafrock auf die Veranda heraustrat.

„Was ist geschehen, Kinder?“ fragte Porfirij Porfirjewitsch, vom Schlaf noch ganz benommen.

„Herr, ein großes Unglück ist über uns gekommen,“ begann der alte Jefim mit zitternder Stimme. „Es gibt keinen Gott, es gibt keinen Zar, es gibt keine Herren, man hat alles abgeschafft! Und nun müssen wir auch dich abschaffen, Herr!“

Und der alte Jefim kniete vor seinem Herrn nieder, küßte ihm die Hand und weinte wie ein Kind. Auch die anderen Bauern und Weiber, die ihnen nachgeschlichen waren, schluchzten und heulten, daß es Gott erbarmt hätte. Aber einen Gott gab es ja nicht mehr.

Porfirij Porfirjewitsch stand in seinem bunten Schlafrock und seidenen Nachthemd da und begriff nichts. Er dachte, die Bauern wären betrunken, ging wieder ins Haus und schloß die Tür hinter sich.

Als die Bauern sich ausgeweint hatten, schleppten sie aber Teer und Stroh auf die Veranda und zündeten alles an. In wenigen Minuten stand das ganze alte Holzhaus lichterloh in Flammen, von Kuljabko hörte man keinen Laut: er war wohl wieder eingeschlafen.

Dies war das traurige Ende von Porfirij Porfirjewitsch Kuljabko, den seine Bauern wie einen Vater verehrt und noch lange beweint haben. Denn wer sollte jetzt für ihre Kinder sorgen? Ihren Herrn hatten sie abgeschafft.

Die Friedensfühler in Stockholm

Aus den diplomatischen Erinnerungen des russischen Gesandten Nekludow

Warburg und Rizow

Während des Krieges waren die als Transitländer für die Kriegführenden dienenden neutralen Staaten Schauplatz mehr oder weniger unverbindlicher Friedensfühler. Neben der Schweiz und den Niederlanden kein Land so sehr wie Schweden. Viel erörtert worden ist die Stinnessche Friedensmission in Schweden. Von zwei anderen Friedensfühlern erzählt in seinen soeben in französischer Sprache erscheinenden „Diplomatischen Erinnerungen“ A. Nekludow, während des Krieges russischer Gesandter in Stockholm (En Suède pendant la Guerre Mondiale, Paris, Perrin et Cie., 1926). Es handelt sich um die Besprechungen zwischen Protopopow, dem späteren Innenminister der Zarenregierung, und Warburg, einem Bruder des bekannten Hamburger Bankiers, der zu wirtschaftlicher Tätigkeit der deutschen Gesandtschaft in Stockholm zugeteilt war, sowie um einen Friedensschritt des bulgarischen Gesandten in Berlin, des bereits 1918 verstorbenen Rizow. Nekludow schreibt u. a. folgendes:

Im Juni 1916 kamen von einer Reise nach London, Paris und Rom eine Anzahl russischer Dumaabgeordneter durch Schweden. Zuerst kamen der Vizepräsident der Duma, Alexander Dimitriewitsch Protopopow, Graf Dimitr Olsuwiew vom monarchistischen Zentrum, und Professor Wassiljew von der Linken. Ihr kurzer Aufenthalt in Stockholm gab Anlaß zu einem Zwischenfall, der später außerordentlich stark besprochen wurde. Sofort bei ihrer Ankunft lud ich die Herren ein, in dem Sommerrestaurant Hasselbaken zu speisen. Protopopow knüpfte an seine Annahme der Einladung die Bitte, wenn ich könnte, seine Reisegefährten einzuladen, ein Ehepaar Pollack.

Ich sandte ihnen sofort eine Einladung, und am Abend waren sie auch im Hasselbaken. Frau Pollack, eine geborene Aschkenasy, war eine reizende junge Frau, klug und lebhaft. Sie trug zwei Schleifen des St. Georg-Ordens, die ihren in den Feldlazaretten bewiesenen Mut bezeugten. Protopopow war offensichtlich ganz unter dem Einfluß des Liebreizes seiner kostbaren, eleganten Reisegefährtin.

Am Tage darauf sollte ich meine drei Landsleute zum schwedischen Ministerpräsidenten Wallenberg führen, den ich schon von der Durchreise der drei benachrichtigt hatte. Nach einem Ausfluge und einem Frühstück in Gesellschaft des Ehepaares Pollack trafen sich Protopopow und Graf Olsuwjew — ein angenehmer, gescheiter Mann von Welt — mit mir und dem Professor Wässiljew in ihrem Hotel. Dort sagte mir Protopopow in Gegenwart seiner beiden Kollegen: „Herr Minister, ich möchte Sie davon benachrichtigen, daß ich nach unserem Besuch bei Wallenberg eine sehr interessante Begegnung haben werde. **Ich soll bei Pollacks eine Tasse Tee nehmen und dabei einen Deutschen treffen. Es handelt sich um einen Hamburger Kaufmann, mit dem die Pollacks in Geschäftsverbindung stehen, und den sie schon vor dem Kriege gut gekannt haben. Er hat sie hier zufällig getroffen und hat sich bei ihnen angesagt . . .“** — „Aber, Herr Protopopow, entgegnete ich, ich könnte Ihnen schon jetzt alles das erzählen, was Ihnen dieser deutsche Kaufmann sagen wird. Er wird die Mißverständnisse beklagen, die zum Kriege geführt haben, er wird warme Wünsche für die Wiederherstellung des Friedens äußern, und er wird einfließen lassen, daß bei einigen kleinen Konzessionen von unserer Seite dieser glückliche Friede alsbald wiederhergestellt werden könnte. Lohnt es sich wirklich, eine solche Unterhaltung zu führen?“ — „Aber, lieber Minister, es würde mir doch sehr interessant sein, selbst die gegenwärtige Geistesverfassung eines Deutschen zu beobachten, gerade zur gegenwärtigen Stunde, wo wir siegreich sind. Das könnte eine wertvolle Erkundung für Petersburg werden. Uebrigens werde ich Ihnen alles erzählen, was mir dieser Deutsche sagen wird.“ — „In diesem Fall ziehe ich meine Einwände zurück,“ entgegnete ich.

Nekludow schildert nun den Empfang bei Wallenberg, bei welchem weder der schwedische Ministerpräsident noch die beiden anderen russischen Duma-Mitglieder zu Worte kamen, sondern nur Protopopow fortwährend sprach. Schließlich nahm er sehr unvermittelt Abschied, um zu der Unterredung mit dem Deutschen zu kommen. Auf der Fahrt zum Bahnhof, unmittelbar vor der Abreise nach Petersburg, schilderte dann Protopopow seine Unterredung mit dem deutschen Herrn, welcher, wie sich herausstellte, Warburg war. Nach Protopopows Schilderung hatte dieser sich beeilt, ihm über den Krieg zu klagen und seine Wünsche nach schnellem Friedensschluß auszusprechen. Er, Protopopow, habe ihn jedoch nicht viel sprechen lassen. Er habe ihm geschildert, wie sehr die Russen und ihre Verbündeten des Endsieges sicher seien. Gewiß sei der Krieg schrecklich, aber er habe auch seine guten Seiten. Er habe Frankreich das Gebet wiedergegeben, England die allgemeine Dienstpflicht und Rußland die Unterdrückung der Trunksucht, eine Redewendung, die Protopopow zu Stockholm während 24 Stunden nicht weniger als dreimal gebrauchte.

Schon wenige Wochen danach wurde diese Unterredung in Rußland ruchbar. Namentlich das „Nowoje Wremja“ richtete heftige Angriffe gegen Protopopow. Dabei hatte, wie Nekludow berichtet, der Außenminister Sasonow ihm nachträglich sein Einverständnis gegeben und sich durchaus lobend über seine Mitteilungen ausgesprochen.

Das war unmittelbar vor der Ernennung Protopopows zum Innenminister. Nun nahm die russische Presse diese Stockholmer Unterredung zum Anlaß besonders heftiger Angriffe gegen den neuen Mann. Es stellte sich nun heraus, daß Protopopow als Adelsmarschall von Simbirsk in Moskau einer Versammlung der Adelsmarschälle einen ganz anderen Bericht gegeben hatte als Nekludow. Den Adelsmarschällen schilderte er die Begegnung als durch den deutschen Gesandten in Stockholm von Lucius veranlaßt. Ursprünglich habe dieser selbst zu der Begegnung kommen wollen, aber als er die Treppe heruntersteig, habe er sich den Fuß verletzt und deshalb an seiner Stelle den „Legationsrat“ Warburg entsandt. Graf Olsuwjew trat gegen diese Schilderung auf und erließ eine öffentliche Richtigstellung in der Presse, woraus eine neue Polemik erwuchs.

Rizow ruft an

Aus seiner Tätigkeit als russischer Gesandter in Sofia war Nekludow gut bekannt mit dem bulgarischen Politiker Rizow. Eines Morgens, Mitte Januar 1917, wurde Nekludow ans Telephon gerufen, und auf russisch fragte jemand, ob wirklich der Gesandte Nekludow da sei.

„Ja, ich bin's, wer ist am Apparat?“ — „Ich bin's, Rizow, der bulgarische Gesandte in Berlin. Ich möchte dringend mit Ihnen sprechen; wann können Sie mich empfangen?“

„Ich brauchte,“ so erzählt Nekludow in seinem Buche, „einige Augenblicke, um mich von meiner Ueberraschung zu erholen und meine Antwort zu überlegen. Dann erwiderte ich, daß ich ihm nicht vor Mittag meine Entscheidung sagen könnte. Sofort rief ich meine Kollegen von England, Frankreich und Italien zusammen und legte ihnen den Fall vor. Von meinen drei Kollegen kannte nur der italienische Gesandte, Tommazini, Rizow, aber er kannte ihn gründlich. Wir kamen gemeinsam zu folgendem Ergebnis. Rizows Anwesenheit in Stockholm und sein Schritt mußten in Berlin vollständig bekannt sein. Es war sogar wahrscheinlich, daß Rizow vom deutschen Gesandten von Lucius aus sein Telephongespräch mit mir geführt hatte. Dennoch wäre es gut, wenn ich Rizow empfinge, und sei es auch nur, um zu sehen, was er mitbringe. Infolgedessen erwiderte ich ihm auf seinen telephonischen Anruf am Mittag, daß ich ihn um 2 Uhr empfangen würde. Pünktlich um 2 Uhr trat Rizow in mein Arbeitszimmer. Die Hand reichte ich ihm nicht, aber ich forderte ihn auf, Platz zu nehmen, und bot ihm zu rauchen an.

„Was ist der Zweck Ihres Besuches, Herr Rizow,“ unterbrach ich das Schweigen. Durch meinen eisigen Empfang ziemlich aus der Fassung gebracht, begann mein Besucher mit sichtlicher Verlegenheit zu sprechen. Er sagte mir, sein Schritt wäre durchaus privater Natur. Er wende sich an mich, um mir politische Ansichten und Kombinationen auseinanderzusetzen, die zum Gebiete seiner persönlichen Ueberzeugung gehörten, wobei er wisse, daß die Meinungen der bulgarischen Regierung in jedem Punkte mit seinen übereinstimmten, denn er habe ganz kürzlich Sofia besucht. Hier unterbrach ich ihn: „Sagen Sie, Herr Rizow, ist Ihr Schritt in Berlin bekannt? Es scheint mir unmöglich, daß dies nicht der Fall sei, und daß Herr von Lucius nicht ganz genau wüßte, warum Sie nach Stockholm gekommen sind.“ — „Nein,“ erwiderte er, **„ich habe die deutsche Regierung nicht eingeweiht.** Für meine Reise nach Stockholm habe ich vorgeschützt, sie solle engere Verbindungen wirtschaftlicher und politischer Natur mit den skandinavischen Ländern anknüpfen. Wir haben auch wirklich gegenwärtig starken Bedarf an Gütern, welche uns nur Schweden liefern kann. Von hier gehe ich nach Christiania, ich komme aus Kopenhagen, **ich reise unter einem Decknamen, und auf der deutschen Gesandtschaft kennt man nicht einmal meine Adresse.“**

Während Rizow seine These auseinandersetzte, beobachtete ich das vollständigste Schweigen, indem ich immer noch auf irgendeine konkrete Anregung wartete, die jedoch nicht kam. Schließlich, durch mein Schweigen und durch meinen Blick verwirrt, hielt Rizow inne und sagte mir nach einer Pause: „Herr Minister, darf ich hoffen, daß Sie alles das, was ich eben erzählt habe, nach Petersburg übermitteln werden?“ — „Hören Sie, Herr Rizow, Sie sind lange genug in der diplomatischen Laufbahn, um zu begreifen, daß es meine Pflicht ist,

0110

Herrn Pokrowsky (den russischen Außenminister) von Ihrem Besuch und von alledem, was Sie mir gesagt haben, zu benachrichtigen. Nur möchte ich Ihnen gleich vorher sagen, daß ich nicht die geringste persönliche Meinung dazu beifügen werde." — **Aber kann ich mich darauf verlassen, daß man in Petersburg meinem Schritt diejenige Bedeutung beimißt, die ihm zukommt, und daß man mir durch Ihre Vermittlung eine Antwort erteilt?"** — „Was dies anbetrifft, so kann ich keinesfalls etwas versprechen. Sie haben mir von vornherein gesagt, Ihr Schritt sei ein persönlicher Schritt. So interessant die Meinungen und Worte des Herrn Rizow sein mögen, so wird man dennoch möglicherweise in Petersburg der Ansicht sein, daß sie keine Antwort erfordern. Indessen ist es sehr wahrscheinlich, daß ich irgendeine Antwort erhalten werde. Ich werde noch heute ein Telegramm absenden."

Am selben Abend sandte ich ein Telegramm an Pokrowsky und schilderte ihm meine ganze Unterredung mit Rizow und die Ansicht meiner verbündeten Kollegen über diesen Schritt des bulgarischen Gesandten in Berlin.

Vier Tage später rief mich Rizow wieder an: „Haben Sie eine Antwort erhalten, Herr Gesandter?" — „Noch nicht!" — „Ich kann nicht länger warten. Heute abend fahre ich nach Christiania. Nur eine Bitte noch: Hoffentlich ist mein Schritt nicht den Vertretern Ihrer Verbündeten bekannt geworden." — „Hören Sie, Rizow," unterbrach ich ihn, „ich vermeide solche Unterhaltungen am Telephon, man könnte uns hören. Ich grüße Sie. Slut." (Schwedisch für „Schluß".) Ich hing an.

Zwei Tage nach Rizows Abreise bekam ich ein Telegramm vom Ministerium des Auswärtigen mit der Instruktion, Rizow, falls er sich bei mir einfinden sollte, aufmerksam anzuhören und zu versuchen, ihn seine Vorschläge genauer formulieren zu lassen. Die gleiche Instruktion würde meinem Kollegen in Christiania erteilt.

Ich erfuhr später, daß mein dortiger Kollege Gulkewitsch infolge dieser Instruktion in gegenständlichere Besprechungen mit Rizow eintrat. Jedoch auch diese Unterhaltungen führten zu nichts.

*

Nekludow knüpft an seine Erzählung Schlußfolgerungen über eine deutsche Anstiftung der russischen Revolution, die eine Widerlegung ebensowenig lohnen wie eine Wiedergabe. In einer Fußnote erwähnt er noch, daß die „Times" am 4. Oktober 1918 diese Rizowschen Verhandlungen in Stockholm und Christiania geschildert haben. Von Nizza aus habe er eine Berichtigung geschickt, jedoch hätten die „Times" unter Hinweis auf die durch die Umstände auferlegten Raumbeschränkungen einen Abdruck abgelehnt. Die „Times"-Veröffentlichung ging zurück auf eine Enthüllung der Sowjets in der „Iswestija", die damals, als der Notenwechsel mit Wilson begonn und Bulgarien seinen eigenen Waffenstillstand geschlossen hatte, viel beachtet wurde. In die Erörterung griff die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" mit folgender, durch zwei Sterne als hochoffiziös gekennzeichneten, Auslassung ein:

„Wir sind in der Lage, mitteilen zu können, daß die Kaiserliche Regierung von den Reisen und von den Besprechungen Herrn Rizows, der ein zuverlässiger Freund Deutschlands war, volle Kenntnis gehabt hat."

Nachdem früher obwaltende bindende Rücksichten fortgefallen sind, darf erwartet werden, daß namentlich über die Verhandlungen Rizows in Christiania der Parlamentarische Untersuchungsausschuß des Reichstags Klarheit schafft.

Abendroth als Gastdirigent im Ausland. Wie der „Vossischen Zeitung" aus Köln a. Rh. gemeldet wird, ist nach drei erfolgreichen Konzerten in Schweden und einer dreiwöchigen Tournee durch Schottland mit dem Schottischen Sinfonie-Orchester Generalmusikdirektor Abendroth eingeladen worden, Ende April in einem Brahms-Abend in London in der Queens-Hall das dortige Orchester zu leiten. Ferner wird er Anfang April drei Konzerte in Warschau dirigieren und Mitte Mai ein Sinfoniekonzert in Paris.

Die gute Zensur

Von
Maria Gerd

Gräßlich, sagt mein Junge, diese Mütter mit ihrem krankhaften Ehrgeiz! Ich fühle mich etwas getroffen und lese noch einmal und setze die allerrosenroteste Brille auf. Da wird die Zwei zum Höchstmaß dessen, was nur in glücklicher Stunde gelingt, die Dreien in ihrer behaglichen Dicke zum freundlichen Durchschnitt, die Vieren erscheinen als Härten des Schicksals, die Fünf als Katastrophe, die Gottlob nur einmal im Leben vorkommt, — wie leider auch ihr Gegenspiel, die Eins, ein schlanker Engel, der zur irdischen Unvollkommenheit niedersteigt. Es kommt eben auf die Auffassung an.

Fortschrittliche Pädagogen verwerfen den ganzen Zensurenkram: krankhaftes Aufpeitschen des Ehrgeizes usw. Aber im Kinde liegt das Vergnügen am Beurteiltwerden.

Nicht nur im Kinde. Der Ritscha-Kuli in China zeigt ein Beglaubigungsschreiben über die Schnelligkeit seiner Füße, der Singhalese im weißen Sarong eines über die Echtheit seiner Mondsteine, seiner Mimikryblattkäfer.

Aber wir brauchen gar nicht ins ferne Ausland zu gehen. Im Hafen von Piräus liegt ein Schiff, ein kleineres, italienisches, von Florio und Rubertino. Wir sind fast die einzigen Passagiere, was Wunder, daß der Kapitän sich mit aller Verve seines südländischen Temperaments auf uns stürzt. Es ist zwar noch ein Gast an Bord, aber er kommt für den Verkehr nicht recht in Betracht, obgleich wir dasselbe Reiseziel haben — Konstantinopel —, denn er ist in Fesseln. Der nicht durch sichtbare Ketten beschwerte Rest markiert gesellschaftliches Leben, in weißen Handschuhen serviert der Steward das wunderbare italienische Essen, der Kapitän unterhält uns auf das liebenswürdigste und gießt schier pausenlos ein.

Am letzten Morgen weckt er uns höchstselbst, damit wir die hochberühmte Fahrt durch die Dardanellen nicht verschlafen, und erzählt uns, stolz lächelnd, so oft wie es sich nur anbringen läßt: „Sono io, che Lei a chiamato." Zum letzten Male sitzen wir in dem kleinen Speiseraum, stolzgeschwellt holt er ein dickes Buch vom Klavier (zu beiden Seiten von Spucknäpfen flankiert), wir müssen ordentlich durchlesen, nicht etwa nur darin blättern. In freudiger Erwartung blickt er uns an, was wir sagen zu dem Inhalt! Es ist eine Art Gästebuch, jeder, der auf seinem Schiff fuhr, mußte sich eintragen. Und man ließ sich nicht lumpen, man kritzelte nicht bloß einen unleserlichen Namen, man schrieb in das schöne Album, wie herrliche Tage man auf diesem Prachtschiff verlebt hätte, wie unübertrefflich das Essen und der billige Marsala, vor allem aber, wie liebenswürdig der Kapitän sei: ein Fürst unter den Seefahrern, ein Beherrscher des Meeres, ein Kavalier, ein Gentleman, ein Gentiluomo!

Mit besonderem Nachdruck zeigt der Gelobte uns gotische Buchstaben, er kann sie nicht lesen, aber wir doch! Nun sollen wir sehen, wie die Deutschen ihn einschätzen: Und wir lesen, was der skeptische Landsmann geschrieben hat: „Ich verstehe das Getue mit dem Kapitän nicht, ich habe ihn immer nur spucken sehen!"

Stolz unterstreicht sein nicht einwandfrei manikürter Finger die kantige Schrift. So unschuldsvoll heiter, so entwaffnend selbstzufrieden blicken die guten Augen, wie — nun wie meines Jungen blaue Augen.

Es kommt eben alles auf den Standpunkt an.

Heine als Philosoph. Sagt man Heine, so meint man den Lyriker und den politischen Satiriker. Dem Doktor Heine, der ein studierter Hegelianer war und in mehreren Büchern die deutsche Philosophie den Franzosen mundgerecht zu machen versuchte, galt der Vortrag, den Dr. Karl Gumperz im Institut für praktische Psychologie hielt. Der Philosoph Heine kann den Dichter und Politiker nicht verleugnen. Den „Terroristen" Kant vergleicht er mit Robespierre, Fichte mit Napoleon und feiert sie als Mineure der kommenden deutschen Revolution mit aller Farbenpracht seiner Palette. Daß es dabei nicht ohne blasphemische Witzeleien abgeht, rief, wie von je, so auch in der Diskussion dieses Vortrags lebhafte Kritik auf den Plan, aber auch ebenso warme Verteidigung, die bemüht war, die philosophische Einstellung Heines, der zuletzt zum Glauben zurückkehrte, aus seiner Gesamterscheinung zu erklären. Sie füllte damit eine Lücke des Vortrags aus, der sich im wesentlichen auf die Inhaltsangabe der beiden Heineschen Fachschriften beschränkte, während die überaus aufschlußreichen „Elementargeister" und „Götter im Exil" unberücksichtigt blieben. —ai—

Eugen Sandows Jubiläum. Das heutige Jubiläum des Cellisten Eugen Sandow, über das wir im gestrigen Abendblatt berichtet haben, ist nicht sein 70. Geburtstag, sondern sein 60jähriges Künstlerjubiläum. Sandow wird erst im kommenden September 70 Jahre alt; aber im Alter von 9½ Jahren schon gab er seine ersten Konzerte: daher das seltene Jubiläum.

Rezitationsabende. Eine freudige Ueberraschung bereitete uns die junge Andrea Schildt, die (im Roswitha-Saal des Lyzeumklubs) ein paar Dutzend Menschen mit dem Vortrag Rilkescher Gedichte eine wirkliche Morgenfeier bereitete. Mit feiner Einfühlung in Rilkes Geist und Wort, begabt mit einer klingenden Stimme von seltener Tönung, erfüllt von mädchenhafter Innigkeit und von innen kommender Leidenschaft, machte Andrea Schildt den Vortrag jedes Gedichtes von Rilke zu einem noch unfertigen, aber zarten und beglückenden Kunstwerk.

Eine vom literarischen Verein Steglitz veranstaltete Matinee zum Gedächtnis des kürzlich verstorbenen Lyrikers Hans Benzmann versammelte einige Freunde des Dichters und Anhänger des literarischen Vereins im Schloßpark-Theater, wo ihnen Dr. Hans Rothhardt einen etwas subalternen Abriß von Benzmanns Leben und Werk gab und Dr. Leon Blaß mit Hofschauspielergebärden und -gesten einige der zum Teil wunderschönen gottsucherischen und ehrlich patriotischen Gedichte von Benzmann sprach. K—z.

Das Münchener „Musikhaus". Von dem Münchener Plan, im dortigen Hofgarten ein neues „Musikhaus" zu errichten, und von dem Einspruch des Bayerischen Kunstgewerbevereins gegen dieses Projekt Richard Riemerschmidts ist in der „Vossischen Zeitung" wiederholt die Rede gewesen. Wie unser Münchener Korrespondent mitteilt, hat nunmehr auch der Bayerische Landtag zu dem Plan Stellung genommen. Während die Bayerische Volkspartei in der Debatte für Riemerschmidts Entwurf eintrat, sprach sich der sozialistische Korreferent aus den an dieser Stelle schon entwickelten Gründen dagegen aus; der Regierungsvertreter erklärte ihn in der vorliegenden Gestalt gleichfalls für undurchführbar, namentlich weil der Hauptzugang zum Englischen Garten durch einen Neubau der vorgeschlagenen Art verstellt werden würde. Da jedoch die Münchener „Akademie der Tonkunst", die unter Hausegger einen großen Aufschwung genommen hat und heute über tausend Schüler zählt, erweiterte Räumlichkeiten unbedingt braucht, wird man nach einem anderen, geeigneteren Platz für das Musikhaus suchen. Man denkt in erster Linie an das Terrain des alten Botanischen Gartens, das ohnehin der Bebauung zugeführt werden soll.

Oper von heute. Opernhaus: „Boris Godunoff" mit den Damen Arndt-Ober, Knepel-Ossyra, Goldbach, von Scheele-Müller, Moncke, Winter, Müller und den Herren Schützendorf, Dworsky, List, Helgers, Roß, Witting, Henke, Spilcker, Kern, Habich, Watzke, Lücke. Musikalische Leitung: Georg Szell. Anfang 7 Uhr.

Oper am Königsplatz: „Die Walküre" mit den Damen Leider, Kemp, von Basilides, von Catopol, Marherr-Wagner, Köttrik, von Scheele-Müller, Bindernagel, Guszalewicz, Conrad, Mancke und den Herren Scheidthauer a. G., Schwarz, Braun. Musikalische Leitung: Selmar Meyrowitz. Anfang 6½ Uhr.

Städtische Oper: „Aida". Maria Olszewska singt die Amneris, den Amnestro Dr. Emil Schipper. In den anderen Hauptrollen sind Frau Bettendorf und die Herren Oehmen, Eckard und Spering beschäftigt. Spielleitung: Dr. Pauly, musikalische Leitung Kapellmeister Zweig. Beginn 7 Uhr.

Kunstnachrichten. Am nächsten Sonntag, 14. März, 10 Uhr vorm., finden wieder amtliche Führungen im Kaiser-Friedrich-Museum (Dr. Kunze: Oberitalienische Malerei der Frührenaissance) und im ehemaligen Kunstgewerbemuseum (Dr. William Cohn: Chinesische Plastik) statt.

Im Verein der Künstlerinnen findet bis zum 22. März eine Holzschnitt-Ausstellung statt.

Die Galerie Caspar eröffnet am 14. März eine Frühjahrs-Ausstellung von Aquarellen und Pastellen deutscher und französischer Impressionisten und Expressionisten von Liebermann bis Dix.

Das verlorene Kind

Roman
von
Rahel Sanzara

17. Fortsetzung.

Copyright 1926 by Ullstein A. G., Berlin.
(Nachdruck verboten.)

Inzwischen war die Bettlerin, der man das Kind abgenommen hatte, festgenommen worden. Sie konnte sich zwar nicht legitimieren, behauptete aber, daß das Kind ihr eigen sei; sie wolle es aber gern herschenken, da es ohnedies krank sei, und es überall besser haben würde als bei ihr. Man behielt sie, noch in Erwartung ihrer Ausweispapiere, in Gewahrsam.

Der Vater verbrachte die Tage nur bei dem Kind. Sie spielten zusammen, er beugte seinen schweren Nacken zu ihm nieder, und das Kind schlang seine Aermchen um ihn und sprudelte sein Lachen ihm ins Ohr. Es spielte mit seinen Händen, schmiegte sein Gesichtchen hinein, spielte mit dem Ring an seinem Finger und sang oder sprach leise vor sich hin. Es glich dem verlorenen eigenen Kind so sehr, daß der Vater oft in hilfloser Verwirrung vor ihm stand. Es nannte ihn vom ersten Augenblick an Papa und erwies ihm die liebevollsten Zärtlichkeiten. Doch Karl, den Sohn, erkannte es nicht, abweisend streckte es gegen ihn die Aermchen aus, und ganz vergebens war es, wenn der Vater das Kind an die Mutter oder an die Heimat, an das Haus mit dem Garten, an den Teich mit den Enten, an die Pferdchen, an all die Dinge, die sein Kind so geliebt hatte, erinnerte. Nach der Mutter gefragt, verzog sich sein Gesichtchen sofort zum Weinen, es schien sich zu fürchten und verlor alle Heiterkeit.

Seine Krankheit nahm immer mehr überhand, und trotz der sorgfältigsten und liebevollsten Pflege schwanden seine Kräfte dahin. Doch hofften noch alle, daß es gerettet werden könnte. Eines Abends hatte der Vater lange noch bei dem schlafenden Kind gesessen und sein Gesichtchen betrachtet. Er dachte an die Frau. Nach langer Zeit drängte es ihn, zu ihr zu sprechen, Mitteilung zu geben von dem, was er fühlte. In der Nacht wartete er, bis der Sohn schlief, stand dann leise auf, suchte sich Papier und schrieb folgenden Brief an seine Frau: „Geliebte Frau! Nach der langen Reise bin ich hier mit Karl gut angekommen und habe das Kind gefunden, das dem unseren so sehr gleicht, im Aussehen und in allem seinem lieben Wesen, daß ich Dir depeschiert habe wegen der Narbe auf der Brust. Doch dieses Merkmal fehlt, und das große Glück, unser liebes Kind wiedergefunden zu haben, ist uns nicht beschert. Die furchtbare Frage, wo es ist, ob es lebt, ob es noch in den Händen böser Menschen sich befindet, oder ob es selbst vielleicht schon zu einem verdorbenen, bösen Menschen geworden ist, oder ob es tot schon in der Erde ruht, durch eine unerforschliche Bestimmung wird uns, den Eltern, keine Antwort.

Geliebte Frau, ich will Dich um Verzeihung bitten, deshalb schreibe ich, denn Du sollst es bald wissen, und vielleicht muß ich längere Zeit hierbleiben. Ich habe Dich von mir gestoßen, und ich bin nicht zu Dir gekommen, und doch habe ich gefühlt, wie Du auf mich gewartet hast. Aber ich war im Tode bei lebendigem Leibe und Du noch im Leben. Aber jetzt ist mir, als sei ich auferstanden, und ich muß zurück zu Dir. Du wirst mich vielleicht nicht verstehen, denn ich habe zu lange geschwiegen, und nicht zu Dir gesprochen, aber es mußte sein.

Als ich das Kind hier sah, das dem unseren so sehr gleicht, das auch Anna heißt und zu mir Papa sagt, wie unser liebes Kind, fühlte ich doch sofort, daß es nicht unser Kind war, denn als ich es küssen wollte, fühlte ich nicht Dich, die Mutter, in ihm. Ich habe Dich gesucht vom ersten Augenblick meines Lebens an, wenn ein Mann an die Frau denkt. Und ich habe Dich gefunden, und Du bist mir gefolgt, nun verzeihe mir, daß ich Dich von mir gestoßen habe.

Ich habe den Plan gefaßt, daß ich das Kind, wenn seine Herkunft festgestellt sein wird und es wieder gesund ist, mit zu uns nach Hause bringen will. Wir werden es lieben und aufziehen, auch wenn es nicht unser Kind ist, und es soll unser Kind werden, nicht dem Blute nach, aber durch die Liebe, mit der wir es aufnehmen und für es sorgen wollen.

Lebe wohl, liebe Frau, hoffentlich bist Du schon ganz gesund, der Arzt sagte mir bei meiner Abreise, es sei nicht so schlimm. Denke an das Haus, und Blank soll gut für das Vieh sorgen, es ist unser Vermögen für die nächste Zeit. Karl geht es sehr gut hier, er staunt die fremde Welt an und liebt die Schwester.

Die Behörden sind überall eifrig, und die ganze Welt weiß von unserem Unglück, doch ein Höherer ist im Spiele, und alles Menschenwerk ist vergeblich.

Lebe wohl, grüße den Sohn, die Schwester, Emma und die anderen.

Lebe wohl, ich umarme Dich innigst, Dein Mann Christian B."

Im Morgengrauen, als die andern noch schliefen, rief er leise der Magd, die in der Küche schon hantierte, und schickte sie mit dem Brief zur Post.

Die nächsten Tage ging es dem Kinde besser, es bekam ein Kleidchen angezogen, und der Vater trug es im Zimmer umher, sang ihm Lieder vor, nach deren Takte er schritt. Karl, mit dem es sich nun auch langsam befreundet hatte, kroch auf allen Vieren am Boden und ließ es auf seinem Rücken reiten. Doch am fünften Tage nach dieser Besserung hatte es wieder hohes Fieber und lag apathisch in seinem Bettchen. Sein Lachen war verstummt.

Am nächsten Morgen kam seine Mutter. Sie hatte sich legitimiert als die Frau eines Arbeiters in Deutschland, die ihren Mann verlassen hatte und einem Landstreicher gefolgt war, und war aus der Haft entlassen worden. Sie war in schmutzige Lumpen gehüllt und hatte ein von Leidenschaften und Entbehrungen wohl gleicherweise ausgezehrtes Gesicht. Sie begehrte, das Kind zu sehen, und wurde an sein Bettchen geführt. Kaum sah sie das ruhig schlafende Kind, als sie einen lauten jammernden Schrei ausstieß: „Es stirbt, ach Gott, es stirbt!" rief sie unter Schluchzen. Das Kind erwachte, und bei ihrem Anblick jauchte es auf, mit seinen schwachen Kräften strebte es, sich zu erheben, schlang die Aermchen um die Mutter und preßte sich fest an ihre Brust. Als es dann wieder erschöpft zusammenfiel, ließ es sich ruhig wieder in sein Bettchen legen, und die Mutter verließ unter einer Flut von Tränen das Zimmer und die Wohnung und ließ sich nie wieder sehen.

Am Morgen des ersten Weihnachtstages fand man das Kind tot in seinem Bettchen. Es war am Abend still und friedlich eingeschlafen. Gegen Morgen erst hatte es die an seinem Bettchen wachende Professorin verlassen, und als sie mit dem Vater am Tage wieder zu ihm kam, die Arme voll neuer Spielsachen, erwachte es nicht mehr. Niemand war bei ihm gewesen, als es seinen letzten Atem verhauchte.

Es wurde in einen kleinen weißen Sarg, mit silbernen Sternen verziert, gelegt, der, nach der Sitte des Landes, mit hohen brennenden Kerzen Tag und Nacht umstellt war. Mit der traurigen Sicherheit, die sie bei dem Tod des eigenen Kindes sich erworben hatte, hatte es die Professorin gewaschen und gekleidet, sein vom Todesschweiß verwirrtes Haar geglättet, die geballten Händchen gelöst und um einen Zweig von Tannengrün ineinander gefaltet.

Der Vater stand vor der kleinen Leiche, dem Ebenbild seines Kindes. Entsetzen in der Brust, sah er hier seinen von Anbeginn gefühlten verzweifelten Glauben, daß sein verlorenes Kind tot sei, wie in einem überirdischen Spiegel vorgezeigt, strafend erfüllt.

Leise schluchzte der Sohn, und lautlos weinte die fremde Frau. Der Professor stand in einer Ecke des Zimmers; stumpf den Kopf gesenkt, die Hände auf dem Rücken gefaltet,

Die lateinamerikanische Universität Panama

Bericht für die „Vossische Zeitung“

✲ **Panama**, im Februar

Im Juni dieses Jahres wird in der Stadt Panama die Universidad Bolivariana eröffnet werden zum Gedächtnis an den Tag, da vor hundert Jahren der Befreier Südamerikas, Simon Bolivar, die Neue Welt zur Gründung eines panamerikanischen Bundes aufrief. Der Gedanke, am Hauptdurchgangspunkt des neuweltlichen Verkehrs eine akademische Bildungsstätte von zentralem Charakter zu errichten, wurde nach den Vorschlägen des Unterrichtsministers der Republik, Octavio Mendez Pereira, auf dem 3. wissenschaftlichen panamerikanischen Kongreß in Lima (Dezember 1924) von den Vertretern der lateinamerikanischen Staaten zum Beschluß erhoben. Die Universität stellt in ihrer Art ein Novum dar, das auch in Europa Beachtung verdient. Sie ist gedacht als zentrale Forschungs- und Bildungsstätte für die Kulturprobleme der Neuen Welt, im besonderen der mittel- und südamerikanischen Freistaaten, deren jeder einzelne namhafte Zuwendungen in Aussicht gestellt hat. Daß es zu einer solchen Neugründung kommen konnte, ist ein Zeichen, in welch starkem Maße die Idee der panamerikanischen Kulturgemeinschaft in Nord- und Südamerika bereits durchgedrungen ist, und es nimmt nicht wunder, daß die Vereinigten Staaten, die ja seit Jahrzehnten versuchen, wirtschaftlich und kulturell in Lateinamerika vorherrschenden Einfluß zu gewinnen, besonders stattliche Beihilfe leisten. Nach Maßgabe der Stiftungen wird den einzelnen Ländern ein Lehrstuhl in Aussicht gestellt, der kulturelle Besonderheiten des betreffenden Landes behandeln und an der geistigen Harmonie und Solidarität der Neuen Welt überhaupt mitarbeiten soll.

Nach dem Vorbilde der Universitäten Nordamerikas wird die Neugründung sich gliedern in eine Anzahl Fakultäten für berufliche akademische Studien und in ein freies Vorlesungswesen, das nach Art unserer Volkshochschule in mehr vermittelnder Lehrweise Probleme aus den Gebieten der Sprach-, Geschichts-, Literatur-, Philosophieforschung, der Mathematik, des Zeitungswesens, des Erziehungswesens u. a. behandeln wird. Für diese Vorlesungskurse werden jeweils bekannte Gelehrte aus Amerika und Europa berufen werden, die von der Regierung von Panama einen Lehrauftrag für kurze Zeit erhalten. An Fakultäten sind vorgesehen eine medizinische, die bereits eingerichtet ist und sich um das Gorgas-Institut für Tropenhygiene und die neuzeitlichen Hospitäler der Stadt Panama und der amerikanischen Niederlassung Ancon gruppiert, eine juristische, eine handels- und sprachwissenschaftliche und eine technische. Die Einrichtung weiterer Fakultäten ist für die Zukunft vorbehalten. Erfreulicherweise haben an dem glänzend ausgestatteten Gorgas-Institut bereits zwei verdiente deutsche Forscher, die Professoren Fülleborn und Mühlens des Hamburger Instituts für Schiffs- und Tropenkrankheiten, Arbeitsplätze zugesichert erhalten.

Eine Anzahl spezieller Forschungsinstitute wird der Universität angeschlossen werden, u. a. ein höheres pädagogisches Institut, für das deutsche Lehrkräfte in Aussicht genommen sind. Die Lehraufträge für spezielle Forschungsgebiete sollen amerikanischen und europäischen Wissenschaftlern übertragen werden. Es eröffnen sich hier vielversprechende Aussichten für jüngere deutsche Forscher, und die amtlichen Stellen und Vertretungen im Auslande sollten nichts unversucht lassen, durch persönliche Teilnahme an den Eröffnungsfeiern der deutschen Wissenschaft ein neues Feld der Betätigung zu erschließen. Die Republik Panama hat trotz des starken wirtschaftlichen Einflusses der Nordamerikaner ihre kulturelle Autonomie behauptet und ihr Schulwesen durch deutsche Lehrkräfte nach deutschem Muster organisieren lassen. Deutsche Gelehrte genießen in ganz Lateinamerika nach wie vor die größte Achtung. Die neugegründete Universität wird infolge ihrer zentralen Lage an einem der wichtigsten Durchgangspunkte des Weltverkehrs, an dem Wirtschaft und Kultur der Neuen und Alten Welt zusammentreffen, ihre Aufgabe besonders deshalb mit Erfolg durchführen können, weil die Verhältnisse in Panama seit Beginn des Kanalbaus eine ruhige, stetige und sichere Entwicklung genommen haben.

Dr. O. Lutz.

Kunst, Wissenschaft, Literatur

Deutsche Vorträge in Amerika. Die Carnegie-Stiftung, die ihr europäisches Büro neu organisiert hat, hat Professor Dr. Ernst Jäckh, den geschäftsführenden Vorsitzenden der Deutschen Hochschule für Politik, zu Vorträgen über „Das neue Deutschland“ an 15 amerikanischen Universitäten und Colleges eingeladen. Professor Jäckh, der sich zurzeit in den Vereinigten Staaten befindet, wird dieser Einladung in den kommenden Wochen Folge leisten.

Westgotische Malerei in Spanien. In der Preußischen Akademie der Wissenschaften sprach Prof. Dr. Adolf Goldschmidt über „Westgotische Wandmalerei in Spanien“. Die in der Kirche Santullano de los Prados in Oviedo (Asturien) vorgenommene Restauration brachte die Reste einer Bemalung sämtlicher Wände zutage, die ohne irgendeinen figürlichen Bestandteil nur ein Spiel mit Architekturbildern darstellt, wie es ähnlich die späten pompejanischen Stile aus der römischen Kaiserzeit überliefern. Da die Malerei der ursprünglichen Bauzeit, also dem 9. Jahrhundert, angehört und die damals in Oviedo errichteten Bauten des neuen westgotischen Königreichs gemäß einer gleichzeitigen historischen Quelle nach dem Vorbild derjenigen von Toledo, dem früheren Zentrum der Westgoten vor ihrem Zurückweichen nach dem Norden infolge der arabischen Invasion, eingerichtet wurden, so können wir auch in Toledo ähnliche Malereien voraussetzen, und diese wiederum müssen eine Fortsetzung römischer Provinzmalerei in Spanien gewesen sein, die demnach dem pompejanischen Stil ähnelte. Verwandte Spuren solchen Nachlebens lassen sich auch in östlichen Provinzen des römischen Reiches nachweisen. Diese Malerei wurde in Spanien dann im 10. Jahrhundert verdrängt durch eine stark arabisierende Malerei, der vor allem auch die zahlreichen Handschriftenillustrationen angehören, die dann allmählich im 11. und 12. Jahrhundert dem allgemein europäischen romanischen Stil weichen.

Die Bibliothek Corrado Riccis in Ravenna. Der namhafte Kunsthistoriker Corrado Ricci hat seine 10 000 Bände umfassende Bibliothek sowie die von ihm aufbewahrten Briefe der Biblioteca Classense seiner Vaterstadt Ravenna geschenkt. Unter den Briefen befinden sich solche von Pasquale Villari, Mommsen, Fogazzaro, Carducci, Pascoli, Benedetto Croce und Papst Pius XI.

Hochschulnachrichten. Der Abteilungsleiter am Kaiser-Wilhelm-Institut für Metallforschung in Berlin-Dahlem Dr. Ernst Schiebold ist zum außerordentlichen Professor der physikalisch-chemischen Mineralogie, Petrographie und Feinbaulehre an der Universität Leipzig ernannt worden.

Wegen Neubesetzung des Lehrstuhls für Geburtshilfe und Gynäkologie der Universität Leipzig sind Verhandlungen mit Professor Dr. Sellheim an der Universität Halle eingeleitet worden.

In Heidelberg verschied der a. o. Professor der Chemie an der Heidelberger Universität Dr. Ernst Mohr im 49. Lebensjahre.

Altungarische Musik. Einen Abend für altungarische Musik veranstaltet am 16. März, 7 Uhr, die Gesellschaft der Freunde des Ungarischen Instituts in der Alten Aula der Universität. Die Veranstaltung beginnt mit einer Einführung von Universitätsprofessor Dr. Georg Schünemann. Altungarische Musik wird von Dr. Imre Szilagyi erläutert und vorgetragen unter Mitwirkung der Opernsängerin Ida Heltai von der Städtischen Oper Berlin, begleitet von einer Musikkapelle.

Vorträge. Der chinesische Politiker Hian-Chee-Tsian spricht heute, Donnerstag, 8 Uhr, in der Buchhandlung Ostertag, Kleiststraße 20, über das Thema: „Die treibenden Kräfte der chinesischen National-Revolution“.

Jakob Wassermann liest auf dem 6. Dichterabend des Verbandes Deutscher Erzähler, am Sonntag, 14. März, 7.30 Uhr, im Plenarsaal des Reichstages, seine Novelle: „Adam Urbas“.

Auflösung der Versrätsel von Alfred Klaar im gestrigen Unterhaltungsblatt: Weiser, Freier, Buchen.

Sei modern

und elegant. Wähle die Frisur, die alle Vorzüge zur Geltung bringt. Je persönlicher das Haar »zugeschnitten« ist auf die Trägerin, um so kritischer wird es betrachtet — um so sorgfältiger muß es gepflegt sein.

Elida-Haarpflege

macht das Haar wundervoll schmiegsam, seidenweich und glänzend, diskret duftend.

Zur nächsten Kopfwäsche nur

ELIDA

HAARPFLEGE

---

empfand er Trauer, daß das Gute, das er stiften wollte, zunichte gegangen sei.

Sie forschten am nächsten Tage nach der Mutter des Kindes und erfuhren in der Herberge, in der sie gewohnt hatte, daß sie sich mit einem anderen Vagabunden zusammengetan und die Stadt verlassen habe.

Am vierten Tage begruben die fünf Menschen, der Professor, die Frau, Christian B., sein Sohn und die alte Magd, die auch dem Sarge folgen wollte, das Kind auf dem Kirchhof der fremden Stadt, in der Reihe der fremden Toten, und errichteten auf dem kleinen Grab ein hölzernes Kreuz, mit geschnitzten Rosen und Engeln verziert, das nur den Namen „Anna“ trug. In den ersten Tagen des Januar nahmen sie voneinander Abschied, und Vater und Sohn traten die Heimreise an.

Der Vater hatte noch auf eine Botschaft von daheim gewartet, doch nichts war gekommen. Sie brachen an einem dunklen, stürmischen Wintermorgen auf. Neuer Schnee fiel so stark, daß sie nur mit Mühe den ersten Teil der Reise vollenden und die große Stadt am Gebirge erreichen konnten. Hier wurden sie drei Tage aufgehalten durch ununterbrochen tobende Schneestürme, die die Straßen und Wege vollständig verschütteten. Schwarze Wolken hingen am Himmel, und der Tag war nicht mehr als eine fahle Dämmerung. Endlich, in der vierten Nacht, legte sich der Sturm, Licht ging wieder auf, und weiß und klar gefegt erschien der Himmel. Aber die Verwüstungen auf der Erde waren groß. Dächer und kleinere Häuser der Stadt waren von der Last des Schnees eingedrückt, Menschen, vergraben und auf den Wegen verirrt, fand man erstarrt in dem tiefen Schnee. Hunger herrschte. Alle arbeiteten, die ungeheuren Schneemassen auf Schlitten zu laden und sie so nach dem Flusse zu bringen. Denn das war der einzige Ausweg. Die Kälte stieg, der Schnee vereiste schnell, in großen Bergen und Blöcken schaffte man ihn auf die Eisfläche des mächtigen, breiten Flusses, wo er bald zu einem riesigen Gebirge sich auftürmte. Mit kleinen Oelfeuern taute man die zugefrorenen Brunnen, die vereisten Schlösser der Kirchen, die Riegel der Ställe auf, wo das Vieh, entkräftet von Hunger und Frost am Boden lag. Kleine Feuersbrünste entstanden und wurden mit Schnee bald wieder gelöscht.

Stumm und namenlos mit den anderen allen arbeiteten der Vater und der Sohn mit an dem Rettungswerk. Essen wurde ihnen gereicht, und nachts schliefen sie irgendwo am warmen Ofen, weit ab von ihrem Gasthaus. Doch am zweiten Tag schon begannen die Glocken wieder zu läuten, gewaltig dröhnten sie über die noch halb verschüttete und verstummte Stadt hin. Lichter erstrahlten wieder, die Heiligen lächelten von ihren hohen Säulen herab, in schwarzen Zügen strömten die Menschen auf den schmalen Spuren der Wege in die offenen Portale der Kirchen, Gesang ertönte und Orgelspiel und die leidenschaftlichen Worte junger Priester. Es lockte Christian, auch einzutreten und, auf den Knien liegend, die Augen auf das Abbild Gottes gerichtet, Klang und Worten zu lauschen, doch die schwere Botschaft, daheim in der Kirche, in der großen Stunde der Entscheidung vernommen, stieg mächtig wieder in seinem Herzen auf und erfüllte mit beiden, mit Licht und Finsternis, zum letzten Male und für alle Zeiten seine Seele. Er zog den zögernden Fuß von den Stufen der Kirche wieder zurück.

Sie fanden dann beide, ohne eigentlich zu suchen, in ihre Herberge zurück und Zimmer und Gepäck in voller Ordnung. Da ihre Barschaft, so gut sie auch vorgesorgt und berechnet war, zu Ende ging, erwarteten sie mit Sehnsucht die Möglichkeit ihrer Abreise. Endlich, nach einer Woche klaren Frostes, konnten sie zwei Plätze in der Post erhalten, mit der sie auf Umwegen zur Grenze gelangen konnten. Beim Abschied weigerte sich der Wirt, Geld von ihnen zu nehmen, außer einer Belohnung für die Dienstmägde, und durch Gebärden und Umarmungen gab er ihm zu verstehen, daß er ja auch in der Not wie ein Bruder gehandelt und ihnen geholfen habe. So schied der Vater aus diesem Lande, das alles Menschliche, Freude und Kummer, Liebe und Tod, ihm menschlich gezeigt hatte, weise und voll Güte.

Die Reise war sehr beschwerlich, die Kälte fast unerträglich, überall, auf den Feldern, umgab sie Tod, auf dem weißen Schnee lagen die Leichen der Tiere, verendet unter Hunger und Frost.

Als sie endlich wieder auf heimatlichem Boden waren, sandte Christian ein Telegramm voraus, das die Ankunft meldete. Als sie in S. eintrafen, wurden sie von der Schwester erwartet, die in Trauer gekleidet war. Tod empfing Christian auch hier. Martha, seine Frau, war seit einer Woche schon begraben. Die Botschaft ihres Todes hatte ihn, durch die Unwetter verzögert, nicht mehr erreicht, und ehe die Heimgekehrten noch die Schwelle des heimatlichen Hauses betreten konnten, führten ihre Schritte sie an das Grab, das Frau und Mutter barg.

Zurückgekehrt vom Kirchhof, stiegen sie in den Schlitten und fuhren heim. Der Wirtschafter war auch mitgekommen und lenkte. Sie fuhren in den Hof ein und traten in das Haus. Der jüngere Sohn kam herbeigelaufen, flog dem heimgekehrten Bruder um den Hals und weinte fassungslos. Emma lief, die Schürze vor das Gesicht geschlagen, bei dem Anblick des Herrn davon.

Christian stieg die Treppe empor und trat in das Schlafzimmer ein. Die Fenster waren verhängt, fahle Dämmerung erfüllte den Raum. Das breite Ehebett war mit einem riesigen Laken überdeckt, das Bett des Kindes, zu Füßen, fehlte. An seiner Stelle stand die Truhe, war geöffnet und leer, und in ihrer dunklen Höhlung offenbarte sich ihm plötzlich der Tod der Frau, den er an ihrem Grabe noch nicht hatte begreifen können. Er verließ das Schlafzimmer wieder und ging hinunter. Er zog die beiden völlig verstörten Söhne an sich und führte sie aus der Küche in das Wohnzimmer.

Das war verändert. Die Möbel waren umgestellt, die Wände waren neu bemalt und die Fenster mit neuen Gardinen geschmückt. Frische Tannenreiser steckten überall, und in der Mitte des Zimmers stand ein mit Kerzen geschmückter, hoher Weihnachtsbaum.

„Wer hat das alles so schön gemacht?“ fragte der Vater freundlich.

„Die Mutter,“ antwortete Gustav, der jüngere, leise.

„Nun ist sie tot, und die Schwester ist auch tot,“ sagte Karl und versuchte, es zu begreifen.

„Ja,“ sagte der Vater. „Gott schickt uns viel Unglück. Ihr seid noch jung und werdet es vergessen, und ich lebe noch und werde für euch sorgen.“

Er setzte sich mit den Kindern und der Schwester um den Tisch, sprach mit ihnen und nötigte sie zum Essen. Er beobachtete ihre Gesichter, er bemühte sich, die Schatten von Schmerz und Verzweiflung, die sich auf sie gelegt hatten, zu verscheuchen, und als er merkte, daß die Traurigkeit von ihnen wich, schickte er sie hinaus und befahl ihnen, die Reisesachen auszupacken und Karl sollte von der großen Reise erzählen.

Als die Kinder gegangen waren, schwiegen Bruder und Schwester noch lange. Endlich fragte er: „Wie ist es gekommen?“

„Es ist plötzlich gekommen. Als ich sie zum ersten Male nach deiner Abreise sah, saß sie in der Küche neben dem Herd. Sie sah zwar noch sehr elend aus und ihre Augen hatten einen unheimlichen Glanz, aber sie war sehr lebhaft, nur schwach. Ich kam an jedem Sonntag, und sie war immer wohler. Sie hat dann vor Weihnachten mit Emma angefangen, das ganze Haus zu reinigen, vom Boden bis zum Keller. Sie hat hier die Stube umgeräumt und frisch malen lassen. Sie ist sogar zweimal mit Emma in die Stadt gefahren und hat Geschenke und Kerzen für Weihnachten gekauft. Am Weihnachtsabend haben wir hier gefeiert, und sie hat alle beschenkt und war ganz froh, ich habe noch gedacht, daß sie zu froh sei. Aber in die Kirche ist sie nicht mitgefahren. Von dir hat sie die ganze Zeit nichts gesprochen, und wenn wir gefragt haben, hat sie nicht geantwortet.“

(Fortsetzung folgt.)

Gerichtliche Bekanntmachungen

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll

am 5. Mai 1926,

vormittags 10 Uhr,

an der Gerichtsstelle Berlin-Schöneberg, Grunewaldstr. 66/67, Zimmer Nr. 74, II, versteigert werden das im Grundbuche von Berlin-Steglitz, Band 21, Blatt 649 (eingetragene Eigentümerin am 4. Februar 1926, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Grundstücksgesellschaft Zimmermannstr. 8 m. b. H. in Berlin) eingetragene Grundstück Berlin-Steglitz, Humboldtstr. 19, Gemarkung Berlin-Steglitz, Kartenblatt 3, Parzelle 1024/120 und 1027/21, 9 a 32 qm und 41 qm groß, Grundsteuermutterrolle Art. 476, Nutzungswert 2560 M., Gebäudesteuerrolle Nr. 201, Wohnhaus mit Anbau und Hofraum.

— 10. K. 8. 26. —

Berlin-Schöneberg,
den 1. März 1926.
Das Amtsgericht, Abt. 10.

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll

am 1. Mai 1926,

vormittags 10 Uhr,

an der Gerichtsstelle Berlin-Pankow, Kissingenstraße 5/6, I, Zimmer Nr. 18, versteigert werden das im Grundbuche von Berlin-Pankow, Band 35 Blatt Nr. 1159 (eingetragene Eigentümer am 8. Januar 1926, dem Tage der Eintragung des Versteigerung-vermerks: Fabrikanten Arnold Berger und Siegmund Brandweiner in Wien, je zur Hälfte) eingetragene Grundstück Vorderhaus mit Hofraum und Hinterhaus mit Hofraum, Binzstr. 19 in Berlin-Pankow, Gemarkung Berlin-Pankow, Kartenblatt 1 Parzelle 452/12, 10,80 a groß Grundsteuermutterrolle Art. 1127, Nutzungswert 8720 M., Gebäude-teuerrolle Nr. 295.

Berlin-Pankow,
den 2. März 1926.
Amtsgericht. — 7. K. 39. 25. —

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll

am 8. Mai 1926,

vormittags 10½ Uhr,

an der Gerichtsstelle Berlin-Pankow, Kissingenstr. 5/6, II, Zimmer Nr. 18, versteigert werden das im Grundbuche von Berlin-Buchholz, Band 34, Blatt Nr. 1035 (eingetragene Eigentümer am 10. Februar 1926, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Kaufmann Erich Jörns in Berlin-Pankow) eingetragene Grundstück, Acker an der Rosenthaler Grenze, Gemarkung Berlin-Buchholz, Kartenblatt 1, Parzelle 3079/71, 1 ha 25 a 60 qm groß, Reinertrag 5,63 Taler, Grundsteuermutterrolle Art. 955.

Berlin-Pankow,
den 5. März 1926.
Amtsgericht. — 7. K. 5. 26. —

Zwangsversteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll

am 8. Mai 1926,

vormittags 10 Uhr,

an der Gerichtsstelle Berlin-Pankow, Kissingenstr. 5/6, I, Zimmer Nr. 18, versteigert werden das im Grundbuche von Berlin-Blankenburg, Band 6, Blatt Nr. 180 (eingetragener Eigentümer am 17. Februar 1926, dem Tage der Eintragung des Versteigerungsvermerks: Fabrikant Otto Kulcke in Berlin-Blankenburg, Gutenfelsstraße 23) eingetragene Grundstück, Acker Ecke Straße 9 und 14 (jetzt Ecke Gutenfels- und Rudelsburger Straße), Gemarkung Berlin-Blankenburg, Kartenblatt 1, Parzelle 2193/41, 9,54 a groß, Reinertrag —,67 Taler, Grundsteuermutterrolle Art. 165.

Berlin-Pankow,
den 5. März 1926.
Amtsgericht. — 7. K. 8. 26. —

Weitere Zwangsversteigerungen.

Zeichenerklärung:
F. = Fläche, N. = Nutzungswert.

Amtsgericht Charlottenburg: Am 29. Mai, 10 Uhr: Siemensstraße 31 in Grunewald-Forst, der Frau Wilhelmine Voigt gehörig. F. 13,33 a. N. 6300 M.

Amtsgericht Berlin-Wedding: Am 6. Mai, 10. Uhr: Holländerstraße 111 in Reinickendorf, dem Ernst Fischer G. m. b. H. gehörig. F. 12,61 a. N. 3294 M.

MARGARINE
buttergleich

Geschmack und Nährwert der Naturbutter durch die Zusammensetzung aus Frischmilch und edelsten Speisefetten.

Stets gleiche Qualität durch die sorgsame Arbeit der vollkommensten Spezialmaschinen.

Vollendete Reinheit, da bei der Herstellung keine Menschenhand die Ware berührt.

Täglich frischer Versand in Hunderten von Spezialwagen nach allen Teilen des Reichs.

Unerreichte Sparsamkeit bei allen diesen Vorzügen, denn „Rahma buttergleich" kostet

nur 50 Pfg. das ½ Pfd.